

1 **Entwurf des Wahlprogramms zur Landtagswahl 2021**

2 **DIE LINKE. Baden-Württemberg**

3

4 Stand: 29.9.2020

5

6

7 **Inhalt**

Einleitung	2
Kapitel 1: Für ein sozial-ökologische und feministische Zukunft und eine gerechte Gesellschaft	3
1.1. Für eine sozial-ökologische Zukunft	5
1.2. Baden-Württemberg sozial gerecht	6
1.3. Für gute Arbeit	7
1.4. Für eine gleichberechtigte und feministische Zukunft	9
Kapitel 2: Soziale Städte und lebenswerte Orte	10
2.1. Explodierende Wohnkosten? Mietendeckel drauf!	10
2.2. Tante Emma bleibt im Dorf! Den ländlichen Raum stärken.	11
2.3. Smart City - die vernetzte Stadt	12
2.4. Kreativ und Prekär? Kultur für Alle!	13
2.5. Breitensport fördern	14
Kapitel 3: Klimakrise, Mobilität und Landwirtschaft	15
3.1. Für eine soziale, ökologische und demokratische Energiewende	16
3.2 Bundesweite Regionalplanung – Flächenschutz im Land	16
3.3. Mobilität – vom Autoland zur neuen Mobilitätskultur	17
3.4. Ökologische Land- und Forstwirtschaft	19
3.5. Artenschutz geht uns alle an	21
Kapitel 4: Gesundheit darf keine Ware sein	21
4.1. Gute Pflege bedeutet mehr Würde	24
4.2. Hebammen und Geburtshilfe erhalten	24
4.3. Für eine moderne Drogenpolitik und eine bessere Suchtprävention	25
Kapitel 5: Bildung ist ein Menschenrecht	25
5.1 Kitas sind Lern- und Lebensorte	26
5.2 Die Schule von Morgen: eine Schule für Alle	27
5.3 Gute Ausbildung für alle	29
5.4 Uni für alle: ausfinanziert und demokratisch	29
5.5 Für ein Recht auf Weiterbildung!	31
Kapitel 6: Baden-Württemberg für Alle	32
6.1. Ein linker Feminismus für Baden-Württemberg!	32
6.2. Jugend mit Möglichkeiten und Zukunft	34
6.3. Vielfalt: Sichtbar, stark und sicher - in ganz Baden-Württemberg!	35
6.4. „Nicht über uns ohne uns“ - selbstbestimmte Behindertenpolitik	36
6.5. Ein gutes Leben – auch im Alter	37
6.6. Willkommen im Einwanderungsland Baden-Württemberg	37
6.7. Schutzsuchende aufnehmen und willkommen heißen	38
6.8. Rassisten und Faschisten keinen Raum bieten	39

6.9. Weltanschaulich frei!	39
Kapitel 7: Mehr Demokratie jetzt	40
7.1. Direkte Demokratie und Bürgerbeteiligung ausbauen	40
7.2. Für ein faires Wahlrecht	41
7.3. Freiheit erhalten. Polizeiaufgaben begrenzen	41
7.4. Verfassung schützen - ohne intransparenten Geheimdienst	42
7.5. Strafvollzug humanisieren	43
7.6. Medien – demokratisch und vielfältig	43
7.7. Wirtschaftsdemokratie: Sozial- und Transformationsräte	44
Kapitel 8: Für eine soziale, demokratische und zukunftsfähige Wirtschaft in Baden-Württemberg	45
Kapitel 9: Solide und Solidarische Finanzen für unsere Lebensqualität.	48
Kapitel 10: Konsequenz für Frieden und Abrüstung	51

8
9
10
11

12 **Einleitung**

13

14 Liebe Wählerinnen und Wähler,

15

16 alle Menschen, die in Baden-Württemberg leben, lernen und arbeiten, sollen in gleichem
17 Maß am gesellschaftlichen Leben teilhaben können. Das ist das Ziel linker Politik und diese
18 fehlt im Stuttgarter Landtag. DIE LINKE Baden-Württemberg ist im Deutschen Bundestag mit
19 sechs Abgeordneten vertreten und in vielen Gemeinderäten und Kreistagen im Südwesten
20 aktiv. Bei dieser Landtagswahl wollen wir nun den Sprung in den Landtag schaffen und dort
21 die politischen Gewichte nach links verschieben.

22

23 Die Corona-Krise hat wie ein Brennglas offenbart, was schon vorher falsch gelaufen ist: die
24 Schere zwischen Arm und Reich klappt weiter auseinander, zehntausende Beschäftigte
25 werden auf Kurzarbeit gesetzt oder ihnen wurde gekündigt und sie sind arbeitslos. Wir
26 fordern deswegen Kurzarbeit statt Entlassung.

27

28 Verlierer*innen in der Krise sind kleine Gewerbetreibende, Familien und hier speziell
29 Alleinerziehende, Studierende, Kulturschaffende und Menschen mit wenig Einkommen.
30 Gewonnen an der Krise haben hingegen Konzerne wie Amazon. Sie bekommen mit
31 Landesförderung und Steuersparmodellen den roten Teppich in neue Geschäftsbereiche
32 ausgerollt. Gewonnen haben auch Aktienbesitzende, die sich trotz Wirtschaftsflaute hohe
33 Dividenden auszahlen lassen.

34

35 Die Klimakrise stellt uns für enorme Herausforderungen. Nur wenige Jahre bleiben noch, um
36 das Pariser Klimaschutzziel von 1,5°C einzuhalten. Statt die Krise der Autoindustrie für eine
37 ökologische Verkehrs- und Energiewende zu nutzen, hält die grün-schwarze Landesregierung
38 weiter an der Subventionierung des Verbrennungsmotors fest. Sie unterstützt
39 Waffengeschäfte zudem ausbeuterische Lieferketten, klimaschädliche Produkte. Wir sagen:
40 Industrie und Wirtschaft müssen den Menschen dienen, nicht den maximal möglichen
41 Profiten. Unverkäufliche Autos stehen zu zig-Tausenden auf Halde während moderne Züge
42 fehlen. Die Zukunft in Baden-Württemberg hängt weder am Diesel noch am Elektroauto,

43 sondern am Ausbau des öffentlichen Verkehrs und an umweltfreundlichen Produkten. Wir
44 haben nur noch wenige Jahre, um die Klimakrise abzuwehren. Es muss jetzt gehandelt
45 werden!

46
47 Nutzen wir also die Erfahrungen aus der Corona-Krise, um uns als Land sozial gerechter und
48 ökologisch aufzustellen - oder bleibt alles beim Gleichen? Viele Menschen haben während
49 dem Lockdown solidarisch zusammengestanden und es gab eine breite Diskussion, was
50 wirklich wichtig ist und welche Arbeiten eine Gesellschaft am meisten braucht. Doch
51 während die Regierenden sich aufs Applaudieren beschränkten, blieben die Pflegekräfte,
52 Erzieher*innen, Busfahrerinnen und Kassiererinnen weiterhin schlecht bezahlt.

53
54 Corona hat die soziale Ungleichheit verschärft. Als LINKE haben wir uns für einen sozialen
55 und solidarischen Weg aus der Krise stark gemacht. Wir haben Druck in den Städten und
56 Gemeinden gemacht, um soziale Hilfen für die Menschen schnell auf den Weg zu bringen.
57 Diesen Weg wollen wir auch im Land beschreiten.

58
59 Wir stehen für ein Baden-Württemberg, das niemanden zurücklässt. Dafür arbeiten wir mit
60 sozialen Verbänden, mit Gewerkschaften, Bürgerinitiativen und Bündnissen zusammen. Wir
61 sind vor Ort im Austausch mit den Betroffenen und kennen ihre Lebenswirklichkeit. Das
62 werden wir in den Landtag tragen und dort Sprachrohr für den sozial-ökologischen Protest
63 und Wandel sein. Mehr noch, wir werden soziale Gerechtigkeit, ökologische Nachhaltigkeit
64 und demokratische Mitbestimmung im Landtag in konkreten Gesetzesinitiativen umsetzen.
65 Und nicht zuletzt wollen wir für Frauen, die im Durchschnitt 25 % niedrigere Einkommen haben
66 als Männer, gleiches Entgelt für gleichwertige Arbeit durchsetzen.

67
68 Die grün-schwarze Landesregierung macht Politik für Besserverdienenden, versagt aber völlig
69 bei Menschen in den unteren Einkommensschichten. Fehlanzeige beim sozialen
70 Wohnungsbau und es fehlt der ticketfreie Weg zu Schule, Ausbildung und Studium. Es gibt
71 keine gebührenfreien Kitas und das Land bildet seit Jahren zu wenig Erzieher*innen und
72 Lehrer*innen aus. Gespart wird wieder am falschen Ende: im Gesundheitswesen, bei
73 Krankenhäusern, Schulen und Kitas, beim öffentlichen Verkehr.

74
75 Diese Landesregierung hat an den Menschen vorbei regiert. Deshalb braucht es neuen Wind
76 von links im Landtag. Wir werden Rassisten die Stirn bietet und für eine humane
77 Geflüchtetenpolitik im Land eintreten. Wir stehen für eine Umverteilung von oben nach
78 unten und werden an der Seite der Gewerkschaften und der abhängig Beschäftigten, die von
79 Entlassung bedroht sind, um den Erhalt der Arbeitsplätze kämpfen. Wir scheuen keinen
80 Konflikt mit Superreichen und Konzerninteressen und fordern eine Millionärssteuer und eine
81 Sonderabgabe für Milliardäre. Damit wollen wir die Kommunen finanziell bei der
82 Krisenbewältigung unterstützen.

83
84 Dafür bitten wir um Euer Vertrauen und Eure Stimmen!

85
86

87 **Kapitel 1: Für ein sozial-ökologische und feministische Zukunft und** 88 **eine gerechte Gesellschaft**

89
90 Wir leben in einer Zeit großer gesellschaftlicher Umbrüche: Corona hat unseren Alltag aus
91 der Bahn geworfen. Die Wirtschaft ist in eine Krise geraten. Die Klimakrise ist mitten im

92 Gänge und der sozial-ökologische Umbau ist die größte Herausforderung, vor der wir als
93 gesamte Menschheit stehen.

94

95 Klimaschutz ist eine soziale Frage und eine Überlebensfrage. Beides kann nur zusammen
96 angegangen und zusammen gelöst werden. Baden-Württemberg muss als reiches
97 Bundesland dazu einen wirksamen Beitrag leisten. Mit seinen gut ausgebildeten Menschen,
98 mit den wirtschaftlichen und industriellen Ressourcen, mit den weltweiten
99 Handelsverbindungen könnte das Land sehr viel tun für einen sozial-ökologischen Umbau der
100 Gesellschaft und für eine weltweite Humanisierung der Lebens- und Arbeitswelt. Stattdessen
101 nimmt die soziale Ungleichheit im reichen Baden-Württemberg zu, während der materielle
102 Reichtum einiger Weniger immer weiterwächst.

103

104 Die Corona-Pandemie hat uns auch gezeigt, was wirklich wichtig ist. Die Krankenpflegerin, die
105 Kassiererin und der Busfahrer, die nach Kräften den Betrieb aufrechterhielten, haben uns aus
106 der Krise getragen – nicht die Bankiers und Großkonzerne. Gerade diese Jobs werden
107 allerdings oft schlecht bezahlt. Daran hat auch der oberflächliche Applaus der Politik nichts
108 geändert.

109

110 **Soziale Gerechtigkeit – Jetzt erst recht!**

111 Wir wollen eine sozial gerechte Gesellschaft, in der alle Menschen gleichermaßen teilhaben
112 und mitbestimmen können. Die Pandemie zeigt auf, wie weit wir davon noch entfernt sind.
113 Gleichzeitig verschärft sie die bestehenden Ungleichheiten: Was bedeuten
114 Kontaktbeschränkungen für Wohnungslose, für Menschen in Sammelunterkünften, für
115 Frauen, die von häuslicher Gewalt betroffen sind? Welche Arbeitsstätten wurden zu Corona-
116 Hotspots und wer hat nach den Schul- und Kitaschließungen die zusätzliche Sorgearbeit
117 übernommen?

118

119 Die Klimakrise, die Wohnungskrise und der Pflegenotstand sind das Resultat einer Politik, die
120 auf Profit gerichtet ist. Daran haben auch zwei grüngeführte Landesregierungen nichts
121 geändert. Im Gesundheitswesen wird weiter am Personal gespart und nach wie vor sollen in
122 Baden-Württemberg Krankenhäuser geschlossen werden. Altenheime und Wohnungen
123 werden als Kapitalanlage gehandelt und der Umweltschutz kurzfristigen Profiten
124 untergeordnet.

125

126 **Mehr Zeit – mehr Mitbestimmung!**

127 Wir wollen einen grundsätzlichen Kurswechsel in der Politik – hin zu einer sozial gerechten
128 und ökologischen Gesellschaft. Es wird Zeit, dass wir die drängenden Zukunftsfragen
129 demokratisch beantworten. DIE LINKE steht für eine Politik von unten, bei der alle Menschen
130 über die Grundlagen unseres Lebens und unsere Zukunft mitbestimmen. Dafür braucht es
131 soziale Sicherheit, mehr demokratische Mitbestimmung und Zeitwohlstand für Alle.

132

133 Die Digitalisierung verändert die Arbeitswelt. Wir wollen diese Veränderung im Sinne der
134 Beschäftigten, der Verbraucher*innen und der Umwelt mitgestalten. Unsere Antwort auf die
135 Produktivitätszuwächse der letzten Jahrzehnte ist eine kurze Vollzeit, d.h. eine 30 Stunden
136 Woche für alle mit Lohn- und Personalausgleich. Eine gerechte Verteilung von Arbeitszeit
137 muss auch die unbezahlte Sorge- und Hausarbeit umfassen. Noch immer übernehmen
138 Frauen* neben ihrer Erwerbsarbeit auch den überwiegenden Teil der unbezahlten Haus- und
139 Sorgearbeiten. Gleichzeitig wünschen sich viele Menschen mehr Zeit mit ihrer Familie. Wir
140 wollen eine geschlechtergerechte Aufteilung von Sorgearbeit fördern. Wir kämpfen für
141 Arbeitszeiten, die zum Leben passen – für mehr Zeit für uns selbst, für Muße und die aktive
142 Mitgestaltung unserer Gesellschaft.

143

144 **Unteilbare Solidarität für eine offene Gesellschaft**

145 Mehr als ein Drittel der Bewohner*innen Baden-Württembergs haben eine
146 Migrationsgeschichte. Ob in der Schule, bei der Ausbildungsplatz- und Wohnungssuche oder
147 beim Umgang mit der Polizei – People of Color und Menschen mit Migrationshintergrund
148 sind auf vielfältige Weise von Diskriminierung und Ausgrenzung betroffen. Politik und
149 Gesellschaft orientieren sich meist an den Anliegen der weißen Mehrheit. Dies ist auch eine
150 soziale Frage: Ausgrenzung und Rassismus erhöhen das Armutsrisiko. Die Menschen mit
151 Migrationsgeschichte verdienen Respekt und ein genauso gutes Leben wie alle anderen. Sie
152 haben den Wohlstand in diesem Land mit aufgebaut und ihre kulturelle Vielfalt bereichert
153 unser Land.

154

155 Wir sagen: Solidarität ist unteilbar. Der Kampf für soziale Gerechtigkeit und eine offene
156 Gesellschaft gehören zusammen. Rassistische Strukturen müssen abgebaut und rassistisches
157 Verhalten muss verhindert werden. Die häufig ungehörten Stimmen der Menschen mit
158 Migrationsgeschichte in das Parlament zu tragen ist uns als antirassistische Partei ein
159 besonderes Anliegen. Den Kampf gegen rassistische Ausgrenzung und Diskriminierung im
160 Alltag verbinden wir mit dem Kampf gegen Nazis, Rechtspopulisten und
161 Verschwörungsmymen.

162

163 **Wer zahlt für diese Krise?**

164 Während die Bundes- und Landesregierung für die Großkonzerne Finanzhilfen aufstellen,
165 wurden kleine und mittlere Betriebe und Solo-Selbständige mit Kleinstbeträgen abgespeist.
166 Zwei Millionen Erwerbstätige aus Industrie, Handel und Gewerbe in Baden-Württemberg
167 wurden in Kurzarbeit geschickt und hunderttausende Beschäftigte sind von Entlassungen
168 bedroht. Besonders hart hat es die Gastronomie, die Kultur- und Kunstszene getroffen. Viele
169 Studierende haben ihre Jobs verloren und Jugendliche verlieren ihre Perspektiven, da sie
170 keinen Ausbildungsplatz finden. DIE LINKE setzt sich deswegen vor Ort für einen sozialen
171 Schutzschirm für die Menschen ein. Für uns ist klar: Niemand darf vergessen werden!

172

173 Deswegen engagieren wir uns für die Rekommunalisierung von Krankenhäusern, für mehr
174 sozialen und genossenschaftlichen Wohnungsbau und fordern die Überführung von
175 Schlüsselindustrien in demokratische Eigentumsformen. Es ist höchste Zeit, dass wir die
176 drängenden Zukunftsfragen nicht weiter dem Markt überlassen. Geld ist genug da, es ist nur
177 ungleich verteilt! Im letzten Jahr ist die Zahl der Einkommensmillionäre in Baden-
178 Württemberg um 8% auf fast 4.000 gestiegen. Das ist das Ergebnis einer Wirtschafts- und
179 Steuerpolitik, die Reiche und Großkonzerne in den letzten Jahren immer wieder entlastet
180 hat. Wir wollen diesen Prozess umkehren und fordern eine Sonderabgabe für
181 Multimillionär*innen.

182

183 **1.1. Für eine sozial-ökologische Zukunft**

184 Soziale Bewegungen wie Fridays for Future oder Ende Gelände haben in den letzten Jahren
185 weltweit den Protest gegen den Stillstand in der Klimapolitik auf die Straße getragen. Doch
186 die Politik versagt weiter beim Klimaschutz. Die Corona-Krise hat daran nichts geändert. Wir
187 fordern schon seit vielen Jahren, dass es einen grundsätzlichen Kurswechsel in der
188 Klimapolitik und unserer Art des Wirtschaftens braucht. Der Kapitalismus setzt
189 zerstörerisches Wirtschaftswachstum voraus, doch die Ressourcen der Erde sind endlich. Die
190 Grünen fordern Postwachstumsansätze, wollen aber nicht mit der kapitalistischen
191 Verwertungslogik brechen, die die Ausbeutung der natürlichen Ressourcen voraussetzt. Als

192 LINKE wollen wir einen Linken Green New Deal diskutieren, der auf eine nachhaltige und
193 sozial gerechte Produktion zielt.

194

195 Denn wir haben nur noch wenige Jahre, um zu einem CO₂-neutralen Leben und
196 Wirtschaften zu kommen. Gelingt uns dieser Kurswechsel nicht, dann führt das nicht nur zu
197 einem weiteren Anstieg der Erderwärmung mit Unwettern, Dürren und Überflutungen,
198 sondern zu einer globalen sozialen Krise ungekannten Ausmaßes: Hunger und Flucht ganzer
199 Landbevölkerungen vor allem im globalen Süden werden die Folge sein. Die reichen
200 Industriestaaten des globalen Nordens mit ihrem kolonialen Erbe sind die Hauptverursacher
201 dieser Krise. Es ist an der Zeit Verantwortung zu übernehmen: Baden-Württemberg kommt
202 dabei eine besondere Rolle zu.

203

204 Als wichtiger Standort der Automobilindustrie muss das Land eine zentrale Vorreiterrolle in
205 der sozial-ökologischen Transformation spielen! Die grün-schwarze Landesregierung hat mit
206 ihrer Unterstützung einer Abwrackprämie für Verbrennermotoren gezeigt, dass mit ihr kein
207 Klimaschutz zu machen ist. Wir werden den Protest von der Straße ins Parlament tragen und
208 besonders dort unbequem sein wo Kapitalinteressen konsequenten Klimaschutz und einen
209 sozial-ökologischen Umbau der Industriegesellschaft blockieren. Mit zukunftsweisenden
210 Konzepten für einen sozial-ökologischen Umbau der Automobilindustrie wollen wir
211 gemeinsam mit den Beschäftigten, mit Gewerkschaften und unter Beteiligung
212 zivilgesellschaftlicher Akteure ein sozial-ökologisches Baden-Württemberg gestalten.

213

214 **1.2. Baden-Württemberg sozial gerecht**

215 Baden-Württemberg ist ein reiches Land, aber reich sind nur wenige. Auch hier wächst jedes
216 fünfte Kind armutsgefährdet auf, bei Kindern mit Migrationshintergrund sind es sogar 30%.
217 Ihnen werden soziale Teilhabe und Zukunftsperspektiven schon früh verwehrt.

218 Die Corona-Pandemie hat die soziale Ungleichheit weiter verstärkt. Während in Haushalten
219 mit guten Einkommen, stabiler Beschäftigung und angenehmer Wohnsituation das
220 Homeschooling meist funktionierte, war die Situation bei ärmeren Haushalten von
221 Existenzangst, Stress und fehlenden digitalen Ressourcen geprägt. Kurzarbeit und steigende
222 Lebensmittelpreise treffen die unteren Einkommen besonders schwer. Baden-Württemberg
223 ist nach wie vor das Bundesland, indem der Bildungserfolg der Kinder am stärksten von der
224 sozialen Herkunft der Eltern abhängt.

225

226 Doch auch vor Corona mussten Menschen trotz Vollzeitarbeit noch beim Jobcenter
227 aufstockende Leistungen beziehen, mussten Rentnerinnen und Rentner ihre Grundsicherung
228 mit Flaschensammeln aufbessern und Alleinerziehende sich am Monatsende fragen, wie sie
229 den Kühlschrank füllen können. Menschen verstecken oft verschämt ihre Armut, denn ihnen
230 wird vermittelt, dass ihre Situation selbstverschuldet sei.

231

232 Tatsächlich hat die Politik versagt. Wenn Befristungen, Leiharbeit und Niedriglöhne
233 zunehmen und die Einhaltung des kläglichen Mindestlohns nicht ausreichend kontrolliert
234 wird, dann ist das ein politisches Versagen. Wenn Kitas in Baden-Württemberg immer noch
235 nicht gebührenfrei sind und ein Volksentscheid dazu sogar geblockt wird, dann ist das ein
236 politisches Versagen. Kleiderkammern, die Tafeln und andere soziale Einrichtungen
237 versuchen dies mit viel ehrenamtlichem Einsatz aufzufangen. Das verdient unsere
238 Anerkennung. Gemeinsam mit Gewerkschaften, Sozialverbänden und Initiativen streiten wir
239 für eine Sozialpolitik, die allen Menschen Zukunftsperspektiven und soziale Sicherheit
240 ermöglicht, damit Tafeln und Kleiderkammern gar nicht erst nötig werden.

241

242 **Soziale Gerechtigkeit beginnt vor Ort**

243 Städte und Gemeinden tragen mit ihren Angeboten dazu bei, die verfehlte Sozialpolitik auf
244 Landes- und Bundesebene auszugleichen. Sie stehen aufgrund der enormen finanziellen
245 Einbußen durch Corona nun vor großen Problemen. Als LINKE setzen wir uns gemeinsam mit
246 dem Landkreistag, dem Städte- und Gemeindetag und der Gewerkschaft ver.di für einen
247 finanziellen Schutzschirm für die Kommunen ein. Wir wehren uns dagegen, wenn am Ende
248 die sozialen, ökologischen und kulturellen Angebote zur Haushaltskonsolidierung gestrichen
249 werden. Das würde Menschen aus ärmeren Haushalten besonders schwer treffen.

250

251 **Landesaktionsplan gegen Armut und für soziale Teilhabe**

252 Spätestens seit Corona ist klar: wir brauchen endlich einen Aktionsplan, der allen Menschen
253 gleiche soziale Teilhabe ermöglicht. Dazu gehört mehr sozialer Wohnraum, gebührenfreie
254 Kitas, kostenfreies Essen an Kitas und Schulen und freier Zugang zu öffentlichen
255 Dienstleistungen wie Schwimmbäder, Sportangebote, Museen und Theater. Den öffentlichen
256 Nahverkehr wollen wir generell kostenfrei für Alle. Ein erster Schritt dahin ist ein
257 landesweites Sozialticket, damit Menschen mit geringen Einkommen günstig den Nahverkehr
258 nutzen können. Die Rot-Grüne Landesregierung hatte es versprochen und nie eingehalten,
259 Grün-Schwarz wollte davon nichts wissen. Wir wollen uns dafür im nächsten Landtag
260 einsetzen und als soziale und kämpferische Opposition einen Landesaktionsplan für gleiche
261 soziale Teilhabe auf den Weg bringen.

262

263 **DIE LINKE fordert:**

- 264 • Familien entlasten: gebührenfreie Kitas, kostenfreies Mittagessen an allen Kitas und
265 Schulen und freie Schüler*innentickets. Ganztageschulen wollen wir ausbauen.
- 266 • Bezahlbares Wohnen: wir wollen den sozialen und barrierefreien Wohnungsbau
267 massiv ausweiten und eine neue Wohngemeinnützigkeit einführen.
- 268 • Sport und Kultur für Alle: freier Zugang zu öffentlichen Angeboten für Menschen mit
269 geringem Einkommen.
- 270 • Perspektiven bieten: Wir wollen Alleinerziehende und Erwerbslose durch mehr
271 öffentliche und fair entlohnte Beschäftigung unterstützen, die mit der
272 Kinderbetreuung vereinbar ist.
- 273 • Landessozialticket: in vielen Städten und Gemeinden hat DIE LINKE ein Sozialticket
274 einführen können, das muss landesweit gelten. Zumindest der Schulweg gehört
275 kostenfrei!
- 276 • Keine Verdrängung: Zwangsumzüge sowie Strom-, Wasser- und Gassperren lehnen
277 wir ab und setzen uns für einen Nothilfefond ein.
- 278 • Wir bleiben dabei – Hartz IV muss weg: Stattdessen wollen wir eine sanktionsfreie
279 Mindestsicherung und eine volle Übernahme der Kosten der Unterkunft durch die
280 Kommunen, in der auch Strom und Internet enthalten sind. Bei Ablehnung der
281 Kostenübernahme muss die Gemeinde eine kostengünstigere Wohnung nachweisen.
- 282 • Soziale Garantien für Alle: wir fordern eine eigene Kindergrundsicherung,
283 elternunabhängiges BAföG als Vollzuschuss und armutsfeste Renten. Niemand darf
284 zurückgelassen werden!

285

286 **1.3. Für gute Arbeit**

287 Baden-Württemberg gibt sich gerne als Musterländle für gute Arbeit, dabei nimmt schlechte
288 Arbeit stetig zu. Niedriglohn, Befristungen, Leiharbeit, Werkverträge, Arbeit auf Abruf – das
289 sind die Realitäten auf einem Arbeitsmarkt, der in erster Linie den Interessen der

290 Unternehmen folgt. Die CDU-Wirtschaftsministerin Hoffmeister-Kraut will sogar den 12-
291 Stunden Tag wiedereinführen und der grüne Sozialminister Lucha fördert Privatisierungen im
292 Gesundheitswesen.

293

294 Während sich immer mehr Betriebe aus der Tarifbindung stehlen, werden
295 Wanderarbeiter*innen in der Landwirtschaft, auf Stuttgart-21 Baustellen, in Schlachthöfen
296 oder im Versandhandel massiv ausgebeutet. Es wird höchste Zeit, das kriminelle
297 Subunternehmertum endlich zu ahnden und zu bestrafen!

298

299 Als LINKE wollen wir anders diskutieren. Wir wollen Arbeit, die zum Leben passt. Für uns
300 stehen die Menschen im Mittelpunkt, nicht die Unternehmensprofite und Aktiendividenden.
301 Neben der Arbeit wollen wir Zeit für unsere Familien und Freunde, Zeit für uns selbst und
302 auch Zeit für gesellschaftliches Engagement. Deswegen setzen wir uns für eine allgemeine
303 Arbeitszeitverkürzung ein. Ein erster Schritt wäre eine 30 Stunden Woche bei vollem Lohn-
304 und Personalausgleich. Da die Konzerne im Land bereits massiven Personalabbau
305 angekündigt haben wäre eine sofortige Arbeitszeitverkürzung ein Instrument, um
306 Arbeitsplätze zu sichern. Das Versagen der Unternehmen darf nicht auf dem Rücken der
307 Beschäftigten ausgetragen werden. Jahrelang haben sie riesige Gewinne erwirtschaftet, nun
308 sollen sie ihre Arbeitsplätze verlieren.

309

310 Vor allem muss gelten: Von Arbeit muss man leben können! Wenn Menschen trotz
311 Vollzeitstelle sich ihre Wohnung nicht leisten können, oder sogar „aufstocken“ gehen
312 müssen, dann läuft was schief. Die Subvention von Niedriglöhnen durch aufstockende
313 Sozialleistungen entlasten Unternehmer und stützen gleichzeitig prekäre Beschäftigung - und
314 das auf Kosten der Allgemeinheit. Deswegen ist es auch nicht hinnehmbar, wenn in Baden-
315 Württemberg gerade mal ein landesspezifischer Mindestlohn von 9,35 Euro gilt. In Berlin hat
316 die Rot-Rot-Grüne Landesregierung diesen auf 12,50 Euro hochgesetzt. Das kann Baden-
317 Württemberg auch, aber dafür braucht es Druck von links!

318

319 Die Lohnlücke zwischen Frauen und Männern beträgt bundesweit 22 %. In Baden-
320 Württemberg liegt die Lücke (Gender Pay Gap) bei 25 %. Das ist ein einsamer Spitzenwert.
321 Frauen verrichten nach wie vor den überwiegenden Teil der unbezahlten Sorge- und
322 Pflegearbeit. Auch das ist Arbeit, hier braucht es dringend ein gesellschaftliches Umdenken.

323

324 **DIE LINKE fordert:**

325

- Faire Bezahlung: 13 Euro landesspezifischer Mindestlohn!

326

- Gute Arbeit: Das Landestariftreue- und Mindestlohngesetz muss ein echtes
327 Tariftreuegesetz werden und in allen Bereichen gelten. Soziale und ökologische
328 Kriterien müssen bei der öffentlichen Auftragsvergabe gestärkt und deren Einhaltung
329 auch kontrolliert werden. Tariftreue muss wieder in allen Branchen zur Normalität
330 werden.

331

- Soziale Verantwortung: Der öffentliche Dienst stellt zunehmend befristet ein. Das darf
332 nicht sein - keine Leiharbeiter und Befristungen ohne Sachgrund bei allen öffentlichen
333 Stellen und Betrieben!

334

- Das Land als Vorreiterin: soziale Berufe gehören höher eingruppiert.

335

- Frauen*Arbeit ist mehr wert: Gleiche Bezahlung für gleichwertige Arbeit.

336

- Demokratie ausbauen: mehr betriebliche Mitbestimmung ermöglichen, z.B. bei der
337 Personalpolitik, bei Werkverträgen, Befristungen und Leiharbeit sowie bei geplanten
338 Verlagerungen und Ausgliederungen.

- 339
- 340
- 341
- 342
- 343
- 344
- 345
- 346
- 347
- Arbeitsrechte auch bei kirchlichen Trägern: Streikrecht und Schutz vor Diskriminierung, z.B. bei Scheidung oder Homosexualität, muss auch in Einrichtungen von Religionsgemeinschaften gelten.
 - Arbeitsschutz: Wir wollen Veränderungen in der Arbeitswelt wie die Digitalisierung für die Beschäftigten nutzen durch eine bessere Verteilung der Arbeit und kürzere Arbeitszeiten. Außerdem fordern wir ein Recht auf Weiterbildung.
 - Internationalismus: Wir brauchen ein Lieferkettengesetz, das Ausbeutung entlang der gesamten Produktions- und Lieferkette verhindert.

348 **1.4. Für eine gleichberechtigte und feministische Zukunft**

349 Arbeit ist mehr als nur Erwerbsarbeit. Unbezahlte Haus- und Sorgearbeit ist die unsichtbare
350 Grundlage unserer Ökonomie und sie wird überwiegend von Frauen* geleistet. Die ungleiche
351 Verteilung unbezahlter Arbeit zwischen den Geschlechtern ist eine wesentliche Ursache von
352 sozialer Ungleichheit. Eine geschlechtergerechte und gleichberechtigte Gesellschaft braucht
353 eine gerechte Verteilung und Reduzierung unbezahlter Haus- und Sorgearbeit. Wir kämpfen
354 daher für gebührenfreie und bedarfsgerechte Kitas, Ganztagschulen mit kostenfreiem
355 Mittagessen und eine zuverlässige Pflegeinfrastruktur auch für die Pflege von Angehörigen.

356
357 Die plötzlichen Schul- und Kitaschließungen haben gezeigt wie weit wir von einer echten
358 Gleichberechtigung der Geschlechter entfernt sind: Sie bedeuteten für viele Frauen* massive
359 Mehrfachbelastungen und einen Roll-back in die 1950er Jahre. Tatsächlich leisten Frauen*
360 aber auch in normalen Zeiten mehr als 1,5 Mal so viel unbezahlte Sorgearbeit als Männer.

361
362 Gerade in Baden-Württemberg ist es um die Geschlechtergerechtigkeit besonders schlecht
363 bestellt. Der Gender Pay Gap ist so hoch wie in keinem anderen Bundesland. Überwiegend
364 Frauen* arbeiten in Minijobs, Teilzeit und befristet. Die ungleiche Verteilung von unbezahlter
365 Sorgearbeit und die schlechtere Bezahlung von Berufen, in denen viele Frauen* und
366 Migrant*innen arbeiten, führen zu ungleicher Bezahlung zwischen den Geschlechtern. Viele
367 dieser Berufe – in der Pflege, Lebensmitteleinzelhandel oder Reinigungsbranche – haben uns
368 durch die Corona-Pandemie gebracht und wurden als systemrelevant eingestuft. Es ist jetzt
369 an der Zeit, dass gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit endlich Realität wird!

370
371 Frauen* müssen endlich stärker im Parlament vertreten sein. Seit Ende der 1960er Jahre
372 fordern Frauenverbände in Baden-Württemberg eine Reform des Landtagswahlgesetzes. Die
373 Grünen haben diese Reform versprochen und nach acht Jahre immer noch nicht auf den Weg
374 gebracht. Das Landtagswahlgesetz mit nur einer Stimme ohne Listenwahl diskriminiert
375 Frauen* systematisch, da in den Wahlkreisen vornehmlich Männer aufgestellt werden und es
376 keine Möglichkeit zur Quotierung gibt. DIE LINKE fordert daher ein Parité-Gesetz.

377
378 Unser Ziel ist eine Gesellschaft, in der Männer und Frauen* wirklich gleichberechtigte
379 Lebensrealitäten haben, in der das Gehalt nicht vom Geschlecht abhängt und Sorgearbeit
380 gerecht verteilt ist.

381
382 DIE LINKE in den Landtag – für eine sozial-ökologische und feministische Politik, die
383 Menschen und Umwelt in den Mittelpunkt stellt!

384
385

386 **Kapitel 2: Soziale Städte und lebenswerte Orte**

387

388 Wir wollen Städte und Gemeinden, die allen Menschen offenstehen und in denen ein buntes
389 und vielfältiges Zusammenleben möglich ist. Unser tägliches Leben wird bestimmt von dem,
390 was wir vor Ort vorfinden - angefangen bei der bezahlbaren Wohnung über den Zugang zu
391 öffentlichen Verkehrsmitteln, Beratungs- und Hilfsstrukturen oder Kulturangeboten.

392 Während die Mieten weiter steigen und kulturelle Angebote oder der Eintritt ins
393 Schwimmbad für viele Menschen unerschwinglich werden, schließen in kleineren
394 Ortschaften die Schwimmbäder, Jugendzentren oder Kinos. Die Landesregierung unterstützt
395 vor allem große prestigeträchtige Projekte wie den Umbau der Oper in Stuttgart während
396 kleinere Orte sich selbst überlassen werden und verkümmern. Es geht also nicht nur um
397 Bezahlbarkeit, sondern um auch um den Erhalt und Ausbau von Sport, Kultur und sozialen
398 Strukturen im ganzen Land. Wir wollen, dass alle gemeinsam entscheiden können, wie die
399 Orte aussehen, in denen wir leben.

400

401 **2.1. Explodierende Wohnkosten? Mietendeckel drauf!**

402 Die Mieten steigen immer weiter, in den Städten wie auch immer mehr im Land. Das ist die
403 Folge der Privatisierung des kommunalen Wohnungsbestands der letzten Jahrzehnte. Daran
404 hat sich auch die grün-rote Landesregierung beteiligt, die 21.500 landeseigene Wohnungen
405 der LBBW-Bank privatisierte.

406 Die aktuelle Regionalpolitik kennt nur Verlierende. Die strukturschwachen Regionen veröden
407 aufgrund von Abwanderung und Arbeitslosigkeit. Dort werden Menschen entwurzelt. Durch
408 die unregelmäßigen Investitionen in den Boomregionen ziehen besonders in den
409 Ballungszentren die Mieten an und die Menschen werden aus ihren Wohnungen vertrieben -
410 das zieht sich inzwischen bis in die mittleren Einkommen (Gentrifizierung). So geht es auch
411 vielen Menschen, die in sozialen Berufen arbeiten, Familien und besonders Alleinerziehende,
412 Studierende und Menschen, die auf eine barrierefreie Wohnung angewiesen sind. Während
413 zusätzlich die Nebenkosten wie Strom teurer werden, steigen Gehälter, Renten und
414 Sozialleistungen nicht gleichermaßen. Für die Menschen bedeutet das steigende Mietkosten,
415 umweltbelastende Pendelverkehre und der Verlust der Städte als gemeinsamer sozialer Ort.

416

417 Wohnen ist ein Grundrecht! Wir wollen im nächsten Landtag den sozialen und barrierefreien
418 Wohnungsbau kräftig ankurbeln. Bestehende Mieten wollen wir auf sechs Jahre einfrieren.
419 Dafür haben wir einen Volksantrag eingebracht, den wir gemeinsam mit Mietenbündnissen
420 und den sozialen Initiativen vor Ort voranbringen. Für einen Volksantrag müssen 70.000
421 Unterschriften in Baden-Württemberg gesammelt werden. Erst dann muss der Landtag sich
422 mit dem Anliegen beschäftigen.

423 Der freie Markt wird und kann das Mietenproblem nicht lösen. Mit den steigenden Mieten
424 wird kräftig umverteilt, von den kleinen und mittleren Einkommen hin zu privaten
425 Investor*innen. Hier wollen wir tätig werden für mehr sozialen und kommunalen
426 Wohnungsbau. Wohnungsbaugenossenschaften und Mietshäusersyndikaten wollen wir
427 fördern, ebenso wie Mehrgenerationenhäuser. Wohnen muss wieder stärker gemeinnützig
428 organisiert werden und gehört in die öffentliche Hand!

429

430 **DIE LINKE fordert:**

- 431 • Mietenstopp für sechs Jahre und mehr sozialer und barrierefreier Wohnungsbau.
- 432 • Schaffung eines gesetzlichen Rahmens für einen Mietendeckel, um auch im
433 ländlichen Raum steigende Mieten zu bekämpfen.

- 434 • Wir brauchen eine neue Wohngemeinnützigkeit: Wohnen ist zu wichtig, um es dem
435 Markt zu überlassen - Vonovia und Co enteignen!
- 436 • Das Land muss endlich direkt tätig werden über eine Landeswohnungsbaugesellschaft
437 und die Kommunen beim Wohnungsbau unterstützen. Die Bodenvergabe soll
438 vorrangig in Erbpacht erfolgen.
- 439 • Rechtlich verbindliche Mietspiegel in allen Städten mit mehr als 25.000
440 Einwohner*innen. Alle bestehenden Mietverhältnisse müssen in die Berechnung
441 einbezogen werden.
- 442 • Kein spekulativer Leerstand, denn Eigentum verpflichtet. Wir fordern eine
443 Meldepflicht für Vermieter*innen und wirksame Maßnahmen gegen
444 Zweckentfremdung.
- 445 • Bessere Förderung für Baugenossenschaften und soziale Projekte, die dauerhaft
446 günstige Mieten anbieten. Kommunen sollen selber Höchstmieten festsetzen dürfen.
- 447 • Die Wohnbaufördermittel des Landes für neuen Wohnraum und den Bau von 15.000
448 Sozialwohnungen im Jahr wollen wir erhöhen.
- 449 • Die Modernisierungsförderung wollen wir an eine Mietpreisbindung koppeln, um
450 Mietsteigerungen zu verhindern.
- 451 • Mieter*innenbeiräte ausbauen.
- 452 • Mehr Unterstützung für Obdachlose: Wir wollen Wohnungsnothilfen ausweiten und
453 Ansprechstellen schaffen, so dass den Menschen direkt, schnell und unbürokratisch
454 geholfen werden kann!

455

456 **Stadt der kurzen Wege – sozial und nachhaltig**

457 Stadt der kurzen Wege bedeutet, dass alle wichtigen Bereiche des Lebens wie Arbeit,
458 Wohnen und Freizeit auch im räumlichen Kontext zueinander stattfinden. Der moderne
459 Arbeits- und Wohnungsmarkt zwingt die Menschen dazu, immer größere Strecken zu ihrer
460 Arbeit zurückzulegen. Das produziert Pendelverkehre und ist weder sozial noch ökologisch
461 nachhaltig. Wir wollen Ortschaften mit lebendigen Quartieren, in denen wir gerne wohnen
462 und arbeiten, wo die Versorgung mit Lebensmitteln fußläufig erreichbar ist. Wir wollen
463 Stadtteile, in denen es Kindertagesstätten, Ärztezentren und Postämter gibt, wo
464 Stadtteilbibliotheken Orte der Begegnung sind und wir gerne unsere Freizeit verbringen.

465

466 Durch die Corona-bedingten Mindereinnahmen drohen nun in vielen Städten und
467 Gemeinden Einsparungen gerade in diesen Bereichen. Das gilt es zu verhindern. Es darf kein
468 Rotstift an den sozialen, kulturellen und ökologischen Projekten und Angeboten geben.
469 Schon jetzt müssen schutzsuchende Frauen in Frauenhäuser abgewiesen werden, weil es
470 nicht genug Plätze gibt. Corona hat den Bedarf an diesen Strukturen erhöht. Einrichtungen
471 wie die Tafeln und andere soziale Angebote werden durch den Einsatz der vielen
472 Ehrenamtlichen getragen und Beratungsangebote für Familien und Menschen in Not laufen
473 über. Wir wollen die Kommunen besser finanziell unterstützen, damit diese
474 Planungssicherheit für die Träger schaffen können.

475

476 **2.2. Tante Emma bleibt im Dorf! Den ländlichen Raum stärken.**

477 Für uns als LINKE ist das Schaffen gleichwertiger Lebensverhältnisse ein zentrales Anliegen.
478 Dies gilt auch hinsichtlich der zunehmenden Spaltung zwischen Stadt und Land. Die
479 Landesregierung versagt dabei hier entgegenzusteuern, Landflucht und Urbanisierung
480 nehmen weiter zu. Gerade die junge Generation wandert in hohem Maße aus dem
481 ländlichen Raum ab. Das führt zu weiter sinkenden Einnahmen der ländlichen Kommunen
482 und letztendlich dazu, dass wichtige Infrastrukturprojekte nicht mehr finanziert werden

483 können. Gleichzeitig gehen die letzten wichtigen Infrastrukturen vor Ort verloren: Lokale
484 Versorgungsstrukturen macht zu, Kneipen schließen und Vereine sind überaltert. Diesen Trend
485 wollen wir als LINKE umkehren und die Lebensqualität im ländlichen Raum stärken
486

487 **DIE LINKE fordert:**

- 488 • Überall gut erreichbare öffentliche Verwaltungen und Anschluss an den öffentlichen
489 Nahverkehr sicher zu stellen.
- 490 • Gemeinschaftliche und gemeinwohlorientierte Dorfläden finanziell fördern und in
491 jedem Dorf ansiedeln: Es braucht eine Rückkehr der sog. „Tante-Emma Läden“, die
492 eine Grundversorgung in Fußnähe für die ganze Bevölkerung sicherstellen. Daneben
493 wollen wir mobile Versorgungskonzepte und Produktionsgenossenschaften lokaler
494 Bauern fördern.
- 495 • Gaststätten und Kneipen in ländlichen Raum als Ort des sozialen Miteinanders
496 erhalten! Dafür wollen wir kostengünstige Räumlichkeiten und
497 Subventionierungsprogramme für kleine Kneipen zur Verfügung stellen, um ein
498 weiteres Aussterben zu verhindern.
- 499 • Für den Erhalt der kulturellen Infrastruktur wollen wir weitere Gelder bereitstellen,
500 denn kulturelle Teilhabe muss auch im ländlichen Raum möglich sein.
- 501 • Bus und Bahn in jedem Ort: Jedes Dorf muss eine Anbindung an den öffentlichen
502 Nahverkehr mit regelmäßiger Taktung von Montag bis Sonntag haben. Dazu braucht
503 es die zügige Umsetzung des von der Landesregierung verabschiedeten „Zielkonzept
504 2025 für den Schienenpersonennahverkehr in Baden-Württemberg“.
- 505 • Sicherung der medizinischen Versorgung im ländlichen Raum durch dezentrale
506 Gesundheitszentren und eine deutlich verbesserte Notfallversorgung. Die gesetzliche
507 Hilfsfrist von 15 Minuten muss im ganzen Land eingehalten werden.
- 508 • Erhalt von kleinen Schulen: Dabei helfen flexible Konzepte wie Schulverbünde, die
509 sich Schulleitung, Verwaltung und Lehrpersonal teilen. „Kurze Beine – kurze Wege“
510 soll weiterhin Leitlinie der Schulentwicklungsplanung im Grundschulbereich sein,
511 dasselbe gilt auch für Kita-Standorte.
- 512 • Stärkung der Vereinsstrukturen vor Ort: Landesfördermitteln für Vereins- und
513 Jugendheime wollen wir ausweiten und das Ehrenamt stärken.
- 514 • Eine gute Breitbandversorgung bedeutet Wirtschaftsförderung und muss Teil der
515 öffentlichen Daseinsvorsorge in jedem Dorf sein: Kein Dorf darf digital abgehängt
516 werden!
- 517 • Mehr Geld für den ländlichen Raum: Wir wollen strukturschwache Regionen finanziell
518 besser ausstatten. Zusätzliche Leistungen, die vom Bund oder Land z.B. im
519 Sozialbereich verabschiedet werden, müssen auch dauerhaft von diesen Ebenen
520 finanziert werden. Anschubfinanzierungen, wie z.B. bei der Anschaffung von IT-
521 Ausstattung, reichen oft nicht aus und müssen verstetigt werden. Die Umlage von
522 Bundes- und Landessteuern muss weniger stark von der Wirtschaftskraft einer Region
523 abhängen.

524

525 **2.3. Smart City - die vernetzte Stadt**

526 Die Digitalisierung der Städte kann viele positive Effekte auf das kommunale Leben haben,
527 zum Beispiel in Bereichen wie intelligente Verkehrsführung, Energienutzung oder politische
528 Mitbestimmung. Sie darf allerdings nicht dazu führen, die Abhängigkeit der Kommunen von
529 großen privaten Technologie-Anbietern oder Consulting-Unternehmen zu befördern. Den
530 Trend der Privatisierung öffentlicher Infrastruktur lehnen wir als LINKE entschieden ab und
531 setzen ihm eine Vision einer intelligenten Stadt für alle entgegen: der Ausbau der IT-

532 Infrastruktur, die Erzeugung und Verarbeitung von Daten sollen unter der Kontrolle der
533 kommunalen Verwaltung und Zivilgesellschaft stattfinden und allen Menschen
534 zugutekommen. Dafür müssen wir aber den Spartrend der Landesregierung gegenüber den
535 Kommunen stoppen und vor Ort genügend Geld, Personal und Wissen zur Verfügung stellen.
536 Niemand darf von gesellschaftlicher Teilhabe und politischer Mitbestimmung ausgeschlossen
537 sein. In Zeiten des digitalen Wandels darf ein Internet-Anschluss - auch in Zeiten von Corona -
538 kein Luxus sein: Innovation und soziale Teilhabe brauchen schnelles Internet an jedem Ort.
539

540 **DIE LINKE fordert:**

- 541 • Open-Source-Anwendungen - auch in den öffentlichen Verwaltungen, gemeinnützige
542 FabLabs (offene Werkstätten) und Innovationslabore wollen wir fördern.
- 543 • Initiativen zur Vernetzung von Kommunen fördern, um Erfahrungen und Wissen
544 auszutauschen, Ressourcen zu bündeln und Mehrfachentwicklungen zu vermeiden.
- 545 • Ein Recht auf Anonymität im Netz: Bei der Einführung digitaler Technologien muss der
546 Schutz von Persönlichkeitsrechten, inklusive Zugangs- und Nutzungsmöglichkeiten
547 und Datensouveränität an erster Stelle stehen.
- 548 • Die Durchsetzung von Basisinternetanschlüsse in jedem Haushalt und weitflächig im
549 öffentlichen Raum kostenfreien WLAN Zugang durch die öffentliche Hand oder
550 andere öffentliche Initiativen wie Freifunk.
551

552 **2.4. Kreativ und Prekär? Kultur für Alle!**

553 Kunst und Kultur sind gesellschaftsrelevant. Sie helfen uns, unterschiedliche Perspektiven auf
554 unser Miteinander, auf unsere Lebens- und Konsumweise zu werfen und zu hinterfragen. Ob
555 Street Art, Filmkunst oder Theater – das gemeinsame kulturelle Erleben mit Freunden und
556 Familie ist für uns alle wichtig. Wie wichtig Kultur für eine Gesellschaft ist hat uns die Corona-
557 Pandemie direkt vor Augen geführt, besonders getroffen hat sie aber die Kunst- und
558 Kulturschaffenden selber. Schon vor Corona lebten viele Künstler*innen prekär, nun stehen
559 weite Teile des Kulturbereichs vor konkreter Existenznot.
560

561 Spätestens jetzt muss klar sein: Kunst und Kultur darf nicht der Verwertungslogik
562 unterworfen werden. In der Kulturbranche arbeiten in Baden-Württemberg so viele
563 Menschen wie in der Autoindustrie, doch erhalten sie nicht annähernd die gleiche
564 Unterstützung und Aufmerksamkeit. Wir wollen die kulturelle Vielfalt schützen und die
565 Kulturförderung so aufstellen, dass Künstler*innen, Autor*innen und Publizist*innen auch
566 davon leben können. Das Missverhältnis zwischen institutioneller und projektorientierter
567 Kulturförderung muss beseitigt werden. Um zu belastbaren Strukturen vor allem in der
568 projektgeförderten Freien Szene zu kommen, muss Kulturförderung insgesamt nachhaltiger,
569 unbürokratischer, autonomer und weniger projektorientiert werden.
570

571 Durch die Corona-Krise wurde die künstlerische Produktion zudem spartenübergreifend ins
572 Digitale verschoben, was den Digitalisierungsprozessen in der Kultur einen enormen Schub
573 gibt. Um das Potential digitaler Angebote langfristig zu nutzen, wollen wir private und
574 öffentliche Kultureinrichtungen hier stärker unterstützen.
575

576 Alle Menschen sollen Zugang zu kreativen Gütern und Kultureinrichtungen bekommen. Die
577 Kulturförderung darf sich dabei nicht vorrangig auf Hochkultur und Prestigeprojekte
578 konzentrieren, sondern muss kulturelle Projekte in allen Sparten fördern. Das Ausspielen von
579 Hochkultur und freier Szene ist falsch. Baden-Württemberg braucht beides und zwar für Alle
580 zugänglich. Die öffentliche Hand muss gewährleisten, dass Menschen kostengünstigen oder

581 freien Zugang zu Kunst und Kultur haben und Kulturschaffende und Künstler*innen
582 öffentliche Räume und Plätze zur Verfügung stellen.

583

584 **DIE LINKE fordert:**

- 585 • Gute Arbeit, von der man leben kann: Prekäre Beschäftigung und Befristungen im
586 Kulturbereich lehnen wir ab. Kulturförderung wollen wir an soziale Standards für die
587 Beschäftigten knüpfen, z.B. durch branchenspezifische Honoraruntergrenzen und
588 Ausstellungshonorare für bildende Künstler*innen. Soloselbstständige und
589 freiberuflich Tätige wollen wir besser unterstützen.
- 590 • Solidarisch aus der Krise: Kommunale und landeseigene Träger von
591 Kultureinrichtungen müssen finanziell so ausgestattet werden, dass sie ihren freien
592 Mitarbeiter*innen und Honorarkräften auch während des eingeschränkten Betriebes
593 Ausfallhonorare und Lohnfortzahlungen zahlen können. Keine betriebsbedingten
594 Kündigungen in der aktuellen Krise.
- 595 • Förderung von Jugendkultur: Wir wollen die Kreativität der jungen Generation besser
596 fördern und z.B. mehr Proberäume für Bands und Ausstellungsräume bereitstellen,
597 indem wir mehr Räume in gesellschaftliches Eigentum überführen.
- 598 • die Stärkung von freier Szene und Subkultur, z.B. durch die Bereitstellung von
599 öffentlichen Räumen und einer nachhaltigen, weniger projektorientierten Förderung.
- 600 • Digitalisierungsprozesse stärker unterstützen und langfristig nutzbar machen.
- 601 • Ausreichende Finanzierung von Volkshochschulen, Bibliotheken und Musikschulen
602 durch Land und Kommunen.
- 603 • Mehr Kunst am Bau und im öffentlichen Raum.
- 604 • Öffentlich bezuschusste Kultureinrichtungen müssen allen kostenfrei offenstehen –
605 auch barrierefrei!
- 606 • Förderung von queerer, feministischer und migrantischer Kunst und Kultur:
607 Kultureinrichtungen müssen gesellschaftliche Diversität repräsentieren.
- 608 • Umwandlung von kommerziellen Werbeflächen zu freien Kunstflächen.
- 609 • bunt statt grau: Streetart stärken und öffentliche Flächen für Graffiti freigeben.
- 610 • Club- und Partyszene stärken und Clubsterben entgegenwirken, z.B. durch ein
611 Gewerbemietrecht mit regulierten Mieten und Kündigungsschutz.
- 612 • Selbstverwaltete Produktionshäuser und genossenschaftliche Modelle wollen wir
613 stärken durch langfristige Verbandsstrukturen und mehr hauptamtlicher Arbeit.
- 614 • Tanzverbot an stillen Feiertagen abschaffen.

615

616 **Wir vergessen nicht! Erinnerungskultur in Baden-Württemberg stärken**

617 Rassismus und rechte Hetze nehmen auch in Baden-Württemberg immer weiter zu. Umso
618 wichtiger ist es, sich der Verantwortung, die sich aus der deutschen Geschichte ergibt, zu
619 stellen und ALLES dafür zu tun, mögliche Wiederholungen im Keime zu ersticken.

620

621 **DIE LINKE fordert:**

- 622 • Erinnerungskultur an den deutschen Faschismus: Übernahme der Kosten von Schul-
623 und Bildungsfahrten zu KZ-Gedenkstätten.
- 624 • Koloniale Amnesie durchbrechen: Statuen und Straßennamen auf den Prüfstand.

625

626 **2.5. Breitensport fördern**

627 Sport bringt Menschen zusammen und wirkt integrativ. Dabei werden grundlegende Werte
628 wie Toleranz, Respekt und Fairness vermittelt. Damit die Sportvereine ein gutes und
629 inklusives Angebot an vielfältigen Sportarten leisten können, brauchen sie aber auch die

630 richtige Unterstützung. Leider fehlt in vielen Städten und Gemeinden das Geld für die
631 Sanierung von Sporthallen und -plätzen und für allgemeine Bolzplätze, auf denen junge
632 Menschen zusammenkommen und sich austoben können. Baden-Württemberg muss hier als
633 guter Teamplayer unterstützen, damit Sportstätten auf einen modernen Stand gebracht
634 werden können – ökologisch und barrierefrei.

635

636 **DIE LINKE fordert:**

- 637 • Bedarfsgerechte und kontinuierliche Förderung der Amateursportvereine durch das
638 Land z.B. durch einen Teilkostenzuschuss bei Investitionsprojekten wie neue
639 Sportplätze oder Sanierung zusätzlich zu der Unterstützung der Kommune. Kein
640 Projekt darf an fehlenden finanziellen Mitteln scheitern.
- 641 • Die Förderung multifunktionaler Sportflächen, die generationen- und
642 geschlechterübergreifende inklusive Angebote ermöglichen. Diese müssen allen
643 offenstehen und dürfen nicht nur über Vereine und Schulen zugänglich sein.
- 644 • Das Land soll alle Kosten zur notwendigen Umrüstung von Kunstrasenplätze für
645 Sportvereine übernehmen und dabei ökologische Aspekte besonders berücksichtigen.
- 646 • Eine deutliche Erhöhung der Übungsleiterpauschale inklusive einen
647 Weiterbildungszuschuss, um das ehrenamtliche Engagement zu fördern
- 648 • Einführung eines landesweiten Sportpasses: kostenlose und diskriminierungsfreie
649 Vereinsmitgliedschaft und Ausstattung für finanziell Benachteiligte.
- 650 • Wir sind gegen eine Kostenübernahme von Polizeieinsätzen bei Sportveranstaltungen
651 durch die Vereine. Die Gewährleistung von Sicherheit bei Großveranstaltungen muss
652 grundsätzlich beim Land liegen. Darüber hinaus muss die gezielte Überwachung und
653 Kriminalisierung von Fangruppierungen umgehend beendet werden.
- 654 • An allen Grundschulen muss ein flächendeckender Schwimmunterricht sichergestellt
655 werden. Keine Schließungen von Schwimmbädern.

656

657

658 **Kapitel 3: Klimakrise, Mobilität und Landwirtschaft**

659

660 Die Klimakrise ist die größte gesellschaftliche Herausforderung der kommenden Jahre. Dabei
661 reichen Einzelmaßnahmen nicht aus. Um den Anstieg der globalen Durchschnittstemperatur
662 auf 1,5°C zu begrenzen müssen wir alle Lebensbereiche auf eine vollständige
663 Dekarbonisierung und klimafreundliche Alternativen ausrichten. Wir setzen uns daher für
664 eine Klimaschutzprämisse ein, die alle Maßnahmen und Gesetze des Landes und der
665 Kommunen auf konsequenten Klimaschutz verpflichtet. Spätestens jetzt müssen alle Register
666 gezogen werden!

667

668 Zu allen notwendigen Maßnahmen, wie dem Ausstieg aus fossilen Energien, gehört
669 besonders die Stickstoffeinträge aus Verkehr, Industrie und Landwirtschaft zu verringern.
670 Umweltgifte, die das Artensterben beschleunigen, wollen wir verbieten und den Bausektor
671 klimafreundlich umstrukturieren.

672

673 **Klimaneutral bis 2035**

674 Unser Ziel ist ein klimaneutrales Baden-Württemberg bis 2035. Das ist machbar, wenn es
675 politisch gewollt ist. Die Landesregierung setzt stattdessen auf eine falsche Produktpolitik
676 und die einseitige Wirtschaftsförderung der Autoindustrie im Bereich der Elektromobilität
677 und des Individualverkehrs. Um die Klimakrise abzuwenden wird es nicht reichen, ein paar
678 Windräder mehr aufzustellen oder den Fuhrpark der Minister*innen um das ein oder andere

679 Wasserstoffauto zu ergänzen. Wir brauchen einen gesamtgesellschaftlichen Ansatz, der vor
680 allem nicht zu Lasten der Menschen mit kleinen und mittleren Einkommen geht.
681 Als LINKE nennen wir das sozial-ökologische Transformation. Für uns ist klar: die ökologische
682 und die soziale Frage gehören zusammen und müssen auch zusammen beantwortet werden.
683 Wir nennen das Klimagerechtigkeit.
684

685 **3.1. Für eine soziale, ökologische und demokratische Energiewende**

686 Das neue Klimaschutzgesetz der Landesregierung wird immer mehr zum Rohrkrepierer.
687 Bereits bevor das Gesetz in den Landtag ging, wurden die Solarpflicht und regionale
688 Ausbauziele gestrichen. Das an sich schon wenig ambitionierte Emissionsminderungsziel von
689 42 % bis 2030 wird so nicht erreicht, zumal der Ausbau der Windkraft inzwischen fast
690 vollständig zum Erliegen gekommen ist. Die von Grün-Schwarz angekündigte Energiewende
691 wird immer mehr zu einer Erdgas-Wende, was die Abhängigkeit von fossiler Energie weiter
692 zementiert.

693
694 Als DIE LINKE. Baden-Württemberg setzen wir auf eine Energiewende, die auch sozial ist. Die
695 kommunalen Stadtwerke sind für uns dabei die zentralen Akteurinnen einer nachhaltigen
696 Energieversorgung. Hier bietet sich die Möglichkeit, den ökologischen Umbau mit sozialer
697 Teilhabe, lokaler Wertschöpfung und demokratischer Gestaltungsmacht gleichermaßen zu
698 verwirklichen. Wir unterstützen deswegen örtliche Initiativen beim Kampf um die
699 Rekommunalisierung der Strom-, Gas-, Fernwärme- und Wassernetze als Teil der öffentlichen
700 Daseinsvorsorge.

701
702 Wir fordern die EnBW (Energie Baden-Württemberg) in ein öffentlich-rechtliches
703 Unternehmen umzuwandeln und so einen klaren Kurswechsel hin zu einer echten
704 Energiewende zu setzen. Investiert werden soll nur noch in regenerative Energiesysteme. Ein
705 ambitionierter Kohleausstiegsplan, der einen Ausstieg bis 2030 vorsieht, muss erarbeitet
706 werden. Das Neckarwestheim 2 wollen wir sofort stilllegen. Solange die EnBW noch
707 konventionelle Kraftwerke betreibt, müssen diese in einer speziellen Unternehmenssektion
708 zusammengefasst und schrittweise abgewickelt werden. Diese Abwicklung darf aber nicht
709 auf dem Rücken der Beschäftigten ausgetragen werden. Den Beschäftigten müssen
710 Weiterbildungsprogramme angeboten werden, damit sie in anderen Bereichen des
711 öffentlichen Dienstes arbeiten können.

712
713 **DIE LINKE fordert:**

- 714 • Verpflichtung von Solaranlagen für alle Neubauten in Verbindung mit regenerativer
- 715 Wärmeezeugung.
- 716 • Rekommunalisierung der Energie- und Wasserversorgung.
- 717 • Energetische Sanierung landeseigener Immobilien.
- 718 • Progressive Energie-Tarife, die geringen Verbrauch honorieren und hohen Verbrauch
- 719 stärker belasten. Für Menschen mit geringem Einkommen wollen wir Sozialtarife für
- 720 Strom und Wärme, Sperrungen darf es nicht geben!
- 721 • Ausbau der Windenergie mit Bürger*innenbeteiligung und Energiegenossenschaften.
- 722 • Wiedereinführung der Gaspreiskontrolle.

723

724 **3.2 Bundesweite Regionalplanung – Flächenschutz im Land**

725 Die Regionalentwicklung verläuft in Baden-Württemberg sehr ungleich. Das äußert sich in
726 wachsenden Metropolregionen mit zunehmender sozialer Spaltung und steigenden Mieten

727 auf der einen Seite und der zunehmenden Verödung ländlicher Regionen auf der anderen
728 Seite. Auch unter einem grünen Ministerpräsidenten ist das Land in Sachen Regionalplanung
729 und Flächenschutz kein Vorbild. Völlig ungerührt von regionalen Erfordernissen werden
730 selbst an kleinen Orten riesige Gewerbe-, Lager- und Industriehallen ohne Rücksicht auf
731 Verkehrswege und Verfügbarkeit von Arbeitskräften auf fruchtbare Äcker und Wiesen
732 gesetzt. Beteuerungen zur Innenentwicklung und zum maßvollen Umgang mit Grund und
733 Boden sind oft leere Versprechen. Eine marktkonforme Kommunalpolitik treibt die
734 Kommunen zum Totsparen und in den Wettlauf zur Gewinnung von Unternehmen.

735
736 Stattdessen braucht es Maßnahmen für eine neue Investitionslenkung, die eine solidarische
737 Regionalentwicklung ermöglicht. Die bisherige Investitionslenkung ist extrem
738 unternehmerfreundlich und teuer. Ziel ist eine nachhaltige, intergenerationale
739 Bauleitplanung seitens der Fachaufsicht. Das Ziel der Raumordnung muss in der Stärkung
740 strukturarmer Räume liegen und die Produktions- und Dienstleistungsstandorte besser
741 verteilen.

742

743 **3.3. Mobilität – vom Autoland zur neuen Mobilitätskultur**

744 Mobilität ist Bewegungsfreiheit und Voraussetzung, um am gesellschaftlichen Leben
745 teilzunehmen. Doch während die neue Klimaschutzbewegung fragt, wie wir Verkehr
746 emissionsarm und nachhaltig gestalten können, zwingen Wirtschaft und Jobcenter den
747 Betroffenen immer längere Pendelwege zur Arbeit auf. Die rasant steigenden Mieten in den
748 Ballungsräumen drängen die Menschen aus der Stadt und verursachen so weitere
749 Pendelverkehre – insbesondere für Menschen mit kleinen Einkommen.

750 Um unnötigen Verkehr zu begrenzen setzen wir uns als LINKE für einen Ansatz der kurzen
751 Wege ein: Arbeit, Bildung, Wohnen und Freizeit an einen Ort. Leider beobachten wir das
752 Gegenteil. Immer mehr Einrichtungen zentrieren sich in den Städten, Schulen werden
753 verlagert, kleine Nahversorger durch große Discounter verdrängt. Der Ausbau des
754 öffentlichen Nahverkehrs in Baden-Württemberg stagniert seit Jahren und wer auf dem Land
755 lebt, kommt um das Auto gar nicht herum. Die letzten beiden grün-geführten
756 Landesregierungen haben daran nichts geändert.

757

758 Für uns ist das Rückgrat einer **neuen Mobilitätskultur** der vernetzte Umweltverbund – zu
759 Fuß, per Rad, mit Carsharing, mit Bus und Bahn und das alles natürlich **barrierefrei**. Der
760 barrierefreie Ausbau der Haltestellen hinkt seit Jahren hinterher, das muss sich endlich
761 ändern. Statt öder Asphaltwüste wollen wir mehr Grün in der Stadt durch städtische und
762 regionale Umweltzonen. 90% der innerörtlichen Wege sollen bis 2035 im Umweltverbund
763 zurückgelegt werden – das ist unser Ziel! Im ländlichen Raum setzen wir dafür auf ein Netz
764 von Radschnellwegen, Sharing-Angeboten und wohnortnahe, digitalisierte
765 Mobilitätsangebote in öffentlicher Hand. Ruf- und Bürger*inbusse und Anrufsammeltaxen
766 sollen ausgebaut werden, um in den weniger wirtschaftlichen Bereichen die Lücken zu
767 schließen. Außerdem wollen wir die Nachtverkehre ausbauen, denn auch nachts muss man
768 von der Party oder bei Schichtende sicher nach Hause kommen.

769

770 Neue Innovationen in der urbanen Mobilität wollen wir mit Hinblick auf die Gesamtökobilanz
771 prüfen. E-Scooter verschrotten zum Beispiel schnell und sind unter Klimaschutzaspekten
772 fragwürdig.

773

774 So schaffen wir eine sozial-ökologische Transformation hin zu einer neuen Mobilitätskultur.
775 Die Autoindustrie soll dabei gemeinsam mit den Beschäftigten und den Gewerkschaften

776 sozial verträglich umbaut werden. Hier wurden in den letzten Jahren wichtige Entwicklungen
777 verpasst. Dennoch ist klar, dass es für die Beschäftigten klare Perspektiven geben muss.

778
779 Mobilität muss allen möglich sein. Wir fordern daher einen kostenfreien Nahverkehr für alle
780 Menschen und wollen im nächsten Landtag dafür die rechtlichen Weichenstellungen
781 angehen. Kurzfristig fordern wir die Einführung eines landesweiten Sozialtickets wie es
782 unsere LINKEN Kommunalfraktionen schon in vielen Orten durchgesetzt haben. Dafür sollen
783 die Verkehrsverbünde, die ein Sozialticket anbieten, vom Land einen Zuschuss erhalten.

784
785 **DIE LINKE fordert:**

- 786 • Mobilität für Alle: die Einführung eines kostenfreien Nahverkehrs für alle Menschen,
787 Ausbau des ÖPNV und eine bessere Taktung - gerade auch in der Fläche.
- 788 • Ausbau des Radwegenetzes und Vorrang für Rad und Fußgänger*innen in allen
789 Städten und Gemeinden. Kostenlose Fahrradmitnahme in Bus und Bahn.
- 790 • Straßenerhalt statt Neubau.
- 791 • Mobilitätskarte- und App für Baden-Württemberg, um Bus, Bahn, CarSharing,
792 Fahrradverleih und Taxi für die Menschen besser zu vernetzen.
- 793 • Fluglärmaktionsplan und striktes Nachtflugverbot. Die Kapazitäten in Stuttgart dürfen
794 nicht weiter ausgebaut werden, regionale Flughäfen wollen wir abbauen.
- 795 • Den Güterverkehr wollen wir weitestgehend auf die Schiene verlagern.
- 796 • Der Schiffsverkehr, z.B. auf dem Rhein muss ökologisch und nachhaltig strukturiert
797 werden.
- 798 • Mobilität barrierefrei – auch an den Haltestellen.

799
800 Beim **Schieneverkehr** gilt für uns: Bürger*innenbahn statt Börsenbahn. Die Privatisierung
801 der Deutschen Bahn oder kommunaler Verkehrsbetriebe lehnen wir ab. Gerade im
802 ländlichen Raum sind sie Teil der Grundversorgung, zumal sich die Arbeitsbedingungen für
803 die Beschäftigten durch Privatisierungen deutlich verschlechtern. Wir wollen die
804 Fahrgastzahlen bis 2030 verdoppeln und die zügige Realisierung und die Weiterentwicklung
805 des Zielkonzept 2025 für den Ausbau des Schienenpersonennahverkehrs (SPNV). Dafür
806 brauchen wir eine deutliche Erhöhung der Investitionen in den Ausbau des
807 Schienenverkehrs, besonders im ländlichen Raum. Die Kommunen dürfen dabei nicht alleine
808 gelassen werden.

809
810 Wir bleiben dabei: **Stuttgart 21** ist ein Milliardengrab! Neben den immensen Kosten und den
811 Sicherheitsrisiken wird der neue Bahnhof auch weniger Kapazität haben. Wir fordern
812 deswegen einen Teil des Kopfbahnhofes zu erhalten, um die Kapazität des Schienenverkehrs
813 auch künftigen Anforderungen anpassen zu können. Dafür werden wir im nächsten Landtag
814 einen Vorschlag für ein landesweites Förderprogramm zum Neubau und zur Reaktivierung
815 von Güterschlussgleisen einbringen, insbesondere für den regionalen Güterverkehr. Die
816 „rollenden Lager“ müssen runter von der Autobahn und den Straßen. Für die „letzte Meile“
817 beim Lastverkehr sollen anbieterneutrale Logistik-Hubs zur stadtverträglichen Feinverteilung
818 geschaffen werden. Das muss ein verbindliches Ziel kommunaler Mobilitätsplanung und
819 förderfähig nach dem Landesverkehrs- und Finanzierungsgesetz werden.

820
821 Wir setzen uns für eine verlässliche Bahn mit einem landesweiten integralen Taktfahrplan
822 nach Schweizer Modell ein, bei dem jeder Ort stündlich angefahren wird. Bis zur Einführung
823 eines ticketfreien ÖPNV wollen wir einen landesweit einheitlichen Tarifverbund.

824

825 Beim **Straßenverkehr** wollen wir uns für eine Tempobegrenzung von 80 km/h auf
826 Landesstraßen und 30 km/Stunde in den Städten einsetzen. Außerdem wollen wir
827 verkehrsberuhigte und Shared-Space Bereiche in Wohngebieten und Versorgungsbereichen
828 gezielt fördern. Das sind Bereiche, die von allen Verkehrsteilnehmer*innen gemeinsam
829 genutzt werden. Unser Ziel ist es, mehr und mehr autofreie Zonen zu ermöglichen. Hierfür
830 wollen wir Parkraum zur anderweitigen Nutzung für Radabstellplätze oder Aufenthaltsorte
831 umwidmen, denn der Autoverkehr nimmt auch physisch mit Abstand die meiste Fläche ein.
832 Durch Entsiegelung solcher Flächen sollen zudem mehr Grünflächen geschaffen werden. Der
833 Landesentwicklungsplan soll mit dem Ziel der Verkehrsvermeidung fortgeschrieben werden.
834 Dazu zählt die Sicherung der Nahversorgung in kleinen Gemeinden mit Lebensmitteln,
835 Gesundheit und anderen notwendigen Leistungen. Mittel im Straßenbau wollen wir
836 vorrangig dafür einsetzen, Straßen zu erhalten und nicht, neue zu bauen. Wir setzen uns für
837 autofreie Innenstädte, für mehr Busverkehre und ein gut zugängliches Fahrradverleihsystem
838 in den Städten ein.

839
840 Wir wollen den Ausbau des **Radverkehrs** deutlich schneller voranbringen. Dafür werden wir
841 das 2016 von der Landesregierung verabschiedeten „RadNetz“ Streckenkonzept durch eine
842 Erhöhung der Landesfördermittel und zusätzlichen Planungsstellen beschleunigen.
843 Radschnellwege wollen wir systematisch ausbauen und zusätzliche Fördermittel
844 bereitstellen, um bestehende oder neu geplante Fahrradstraßen nach der Musterlösung des
845 Landes zu realisieren (z.B. durch Vorrangregelung oder Sperrung für den Autoverkehr). Auto-
846 Fahrspuren wollen wir für den Radverkehr umwidmen. Die kostenlose Fahrradmitnahme in
847 den Zügen des ÖPNV muss auch für die Zeit von Montag bis Freitag zwischen 6 und 9 Uhr
848 gelten.

849
850 Obwohl wir viele Strecken im Alltag zu Fuß zurücklegen, wird der **Fußverkehr** kaum in die
851 politische Betrachtung einbezogen. Wir wollen die Landesfördermittel nach dem
852 Landesgemeindevkehrsfinanzierungsgesetz ausweiten, um gute und sichere Fußwege in
853 den Kommunen zu ermöglichen. Den Fußverkehr wollen wir gegenüber dem Autoverkehr
854 stärken. z.B. durch Fußgängerzonen und die Ausweitung des „Fußverkehrs-Check“ auf
855 möglichst viele Kommunen. Das Land muss die Kommunen bei der Identifizierung von
856 Verbesserungen im Fußverkehr stärker unterstützen.

857
858 Der **Luftverkehr** belastet die Umwelt und Menschen besonders, deshalb dürfen die
859 Kapazitäten in Stuttgart nicht ausgebaut werden. Mittelfristig sollen die regionalen Flughäfen
860 geschlossen werden. Wir wollen Flugverkehre zusätzlich besteuern und damit den
861 innerstaatlichen Flugverkehr abbauen. Darüber hinaus fordern wir einen Fluglärmmaktionsplan
862 und ein striktes Nachtflugverbot.

863

864 **3.4. Ökologische Land- und Forstwirtschaft**

865 Eine nachhaltige Landwirtschaft muss vor allem eines gewährleisten: die Menschen mit
866 gesundem, ökologischem und fair produziertem Nahrungsmittel zu versorgen. Eine gute
867 Ernährung muss allen Menschen, unabhängig ihres Einkommens, möglich sein. Statt billiger
868 Lebensmittel mit oftmals fragwürdiger Produktkette braucht es deswegen gute und
869 bezahlbare Produkte, bei denen auch die Beschäftigten in der Landwirtschaft fair bezahlt
870 werden. Regional und ökologisch zu produzieren – das muss den Landwirtinnen und
871 Landwirten aber auch ermöglicht werden und dafür braucht es eine konkrete Anreizstruktur.
872

873 Seit einigen Jahrzehnten stellen wir jedoch eine andere Entwicklung fest: die bäuerlichen
874 Familienbetriebe werden immer mehr zu voll technisierten und oft hoch verschuldeten
875 Betrieben. Um konkurrenzfähig zu bleiben musste immer mehr energiereiches Futter
876 importiert werden. Der Energie-, Pestizid-, Düngemittel- und Medikamenteneinsatz nahm zu
877 und die Massentierhaltung wuchs. „Wachsen oder weichen“ ist die Alternative, vor die
878 Landwirt*innen gestellt sind. Entgegen den Versprechungen im Koalitionsvertrag gab es
879 unter der grün-schwarzen Landesregierung kaum Fortschritte für eine ökologische bäuerliche
880 Land- und Forstwirtschaft, genauso wenig wie für den Artenschutz oder den Boden- und
881 Wasserschutz.

882

883 Wir setzen uns für eine Bodenpolitik ein, bei der den Landwirt*innen nicht der Boden unter
884 dem Traktor entzogen wird. Wo der Pachtanteil hoch ist, sind sie den Profitinteressen für
885 neue Gewerbe- und Baugebiete ausgeliefert. Bei anhaltendem Flächenfraß und Zersiedelung
886 wird eine Bewirtschaftung zusammenhängender Felder erschwert.

887

888 Der permanente ökonomische Druck in der Landwirtschaft drückt zudem die Löhne. Nicht
889 nur Landwirt*innen selber verdienen kaum etwas, auch die Erntehelfer*innen und andere
890 Beschäftigte arbeiten oft unter Mindestlohn. Die großen Agrarkonzerne und die
891 Abnahmepreise des Einzelhandels drücken die Erzeugerpreise dermaßen stark nach unten,
892 dass den Betrieben hier kaum Spielraum bleibt. Das muss sich ändern. Auch Beschäftigte in
893 der Landwirtschaft haben ein Recht auf ein auskömmliches Einkommen, dafür braucht es
894 faire Preise!

895

896 **DIE LINKE fordert:**

- 897 • Eine gezielte Anreizstruktur für landwirtschaftliche Betriebe, um auf 100%
898 ökologische und nachhaltige Bewirtschaftung umzustellen. Die Übergangszeit von
899 konventioneller zu ökologischer Produktion muss dabei abgesichert werden.
- 900 • Wochenmarkt statt Weltmarkt: Stärkung regionaler Produktion und Vermarktung.
- 901 • Faire Löhne: faire Abnahmepreise für eine faire Bezahlung der Beschäftigten!
- 902 • Deckelung der Produktionsmengen, Grundwasserschutz und weniger
903 Futtermittelimporte, z.B. durch Festlegung von Höchstquoten beim Tierbestand pro
904 Wirtschaftsfläche.
- 905 • Mehr Forschung von natürlichen Pflanzenschutzmitteln.
- 906 • Weniger Medikamente in der Tierzucht: wir brauchen eine landesweite Strategie, um
907 die Entstehung multiresistenter Keime zu verhindern.
- 908 • Arbeitsbedingungen und Tierwohl auch in der Fleischindustrie verbessern. Das
909 Beispiel Tönnies zeigt wie es nicht laufen darf!

910

911 Zum **Schutz der Böden und Gewässer** setzen wir uns für eine konsequente Umsetzung der
912 Wasserrahmenrichtlinie ein und wir streben einen bilanzierten Netto-Null-Flächen-Verbrauch
913 an. Durch die Sondererlaubnis der Kohle- und Atomkraftwerke ihr Kühlwasser in die Flüsse
914 abzugeben, werden diese aufgeheizt und die Fische sterben. Hier braucht es andere
915 Mechanismen, vor allem aber die schnellstmögliche Umstellung auf regenerative Energien. Ein
916 Bodenschutzgesetz soll weitere Bodenversiegelung verhindern. Vermeidbare
917 Bodenabtragungen wollen wir durch Wiederherstellungsmaßnahmen überkompensieren, um
918 die Bodenfruchtbarkeit zu erhalten. Die Erosion durch nicht-ökologische Landwirtschaft ist
919 ein großes Problem. Wir setzen uns daher für die vollständige Umstellung auf ökologische
920 Landwirtschaft ein.

921

922 Auch der **Waldschutz** gewinnt seit den heißen Sommern der letzten Jahre und den immer
923 öfter auftretenden Waldbränden zusätzlich an Bedeutung. Um den Waldboden weniger zu
924 schädigen und die extreme Mechanisierung der Waldbewirtschaftung zu mindern braucht es
925 mehr Personal. Der Wasserhaushalt des Bodens muss geschützt werden und dort, wo er
926 durch Holzernte und die dafür angelegten Gassen und Entwässerungsgräben geschädigt wird,
927 auch wiederhergestellt werden. Die Holzvorräte im Wald wie auch den Alt- und Totholzanteil
928 wollen wir deutlich erhöhen, da naturnahe Wälder eine wichtige Kohlenstoffsенke für den
929 Klimaschutz sind. Den Anteil der naturnahen Wälder, die aus der wirtschaftlichen Nutzung
930 herausgenommen und sich selbst überlassen werden, wollen wir deswegen kontinuierlich
931 erhöhen.
932

933 **3.5. Artenschutz geht uns alle an**

934 Wir erleben derzeit ein globales Artensterben. Die Vielfalt biologischer Arten nimmt so
935 rasant ab wie nie zuvor in der Geschichte der Menschheit. Auch in Baden-Württemberg geht
936 die Artenvielfalt zurück, rund 40% der heimischen Arten sind laut Schätzungen bedroht.
937 Besonders deutlich wird dies am Insektensterben. Grund dafür ist der Verlust der natürlichen
938 Lebensräume unter anderem durch die konventionelle Landwirtschaft. Auch darum ist der
939 Wechsel auf ökologische Landwirtschaft dringend.
940

941 **DIE LINKE fordert:**

- 942 • Stärkung des Artenschutzgesetzes und Wiederherstellung natürlicher Lebensräume
943 wie beispielsweise Hecken und Bäume.
- 944 • Keine Primatenversuche in Baden-Württemberg. Alternative Verfahren zu
945 Tierversuchen wollen wir fördern und als Standard festsetzen.
- 946 • Die LED-Straßenbeleuchtung wollen wir auf ein warm-weißes Lichtspektrum
947 umstellen, um Insekten zu schützen und Lichtverschmutzung zu begrenzen.
- 948 • Kommunale Verbote von Zirkusbetrieben mit Wildtieren: Die Tiere leiden unter
949 Stress, Dressur und dem ständigen Reisen. Zahlreiche tierfreie Zirkusse zeigen, dass es
950 auch ohne geht.

951

952

953 **Kapitel 4: Gesundheit darf keine Ware sein**

954

955 Corona zeigt uns, wie wichtig ein funktionierendes Gesundheitssystem ist. In Baden-
956 Württemberg wie auch bundesweit kamen viele Pflegekräfte an ihre Grenzen, um einen
957 Kollaps zu verhindern. Während sich alle einig waren, dass hier Großartiges geleistet wurde
958 und mit Applaus nicht geizten, hat sich die Arbeitssituation für die Beschäftigten aber nicht
959 verbessert. Statt ausreichend Personal und einer tariflichen Erhöhung der Einkommen gab es
960 eine Einmalzahlung, und das auch nur für Einige.

961

962 Als LINKE stehen wir für einen anderen Ansatz. Gesundheit ist ein Menschenrecht und als
963 solches Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge. Gesundheit gehört in die öffentliche Hand und
964 alle müssen Anspruch haben auf eine gute medizinische Versorgung auf dem neusten Stand.
965 Es braucht eine flächendeckende Versorgung, auch in den ländlichen Regionen. Am besten ist
966 es, wenn die Menschen gar nicht erst krank werden. Damit aber auch alle Menschen ein
967 gesundes Leben führen können, kämpft DIE LINKE für Umwelt- und Lebensbedingungen, die
968 nicht krankmachen. Das bedeutet bessere Vorsorgemaßnahmen, bestmögliche Versorgung
969 im Krankheits- und Pflegefall und Gesundheitserziehung. (Pflegerische) Angehörige und

970 Patient*innen müssen dabei stärker in den Fokus genommen werden. Auch der Wohnraum,
971 der Arbeitsplatz oder die Unterkünfte für Geflüchtete und Obdachlose dürfen nicht krank
972 machen.

973

974 Statt Wettbewerb und Profitlogik im Gesundheitssystem wollen wir eine bedarfsorientierte
975 Finanzierung. Leider sieht die Realität anders aus. Durch die Einführung des
976 Fallpauschalensystem, das jeder Krankheitsdiagnose einen bestimmten Abrechnungswert
977 zuweist, wurde das Gesundheitswesen tiefgreifend kommerzialisiert. Die Behandlung
978 chronisch Kranker rentiert sich nicht, Knie-OPs hingegen sehr. Krankenhäuser werden
979 gezwungen, gewinnorientiert zu agieren und zur Kostensenkung Personal einzusparen. Die
980 Folge davon ist: „Was sich nicht rechnet, wird runtergefahren.“ Selbst große Klinik-Ketten, die
981 Kostenvorteile für sich realisieren können, machen das so. Und immer mehr Klinikstandorte
982 rutschen in die roten Zahlen. Dieser Prozess wurde durch Corona noch verstärkt, da die
983 Krankenhäuser Behandlungen verschieben mussten, die sie finanziell nicht ausreichend
984 ersetzt bekamen.

985

986 Außerdem verlagern immer mehr Betreiber von Kliniken und Pflegeeinrichtungen weite Teile
987 der nicht-medizinischen Tätigkeitsbereiche in sogenannte Servicegesellschaften aus. Für die
988 Beschäftigten bedeutet das weniger Gehalt, weniger Urlaub und mehr Befristung. Unser Ziel
989 ist klar: ein Betrieb – eine Belegschaft – ein Tarifvertrag!

990

991 Wettbewerb und Konkurrenz haben in der Gesundheit nichts zu suchen, denn Renditeziele
992 dürfen nicht über die Versorgung der Patientinnen und Patienten entscheiden. Wir wollen
993 eine solidarische Finanzierung des Gesundheitswesens, das auch große Einkommen und alle
994 Einkommensarten entsprechend belastet und so für alle eine stabile Versorgung garantiert.

995

996 **DIE LINKE fordert:**

997

- Mehr Personal im Pflege- und Gesundheitswesen sowie eine gesetzliche und tarifliche Personalbemessung an den Krankenhäusern

998

999

- Eine solidarische Finanzierung: Das Fallpauschalensystem zwingt die Krankenhäuser in eine Wettbewerbslogik und treibt sie in die roten Zahlen. Wir wollen eine solidarische Gesundheitsversicherung, in die alle entsprechend ihres Gesamteinkommens einzahlen. So wird eine Finanzierung ermöglicht, die die tatsächlichen Kosten des Gesundheitswesens sichert.

1000

1001

1002

1003

1004

1005

1006

1007

- Immer wieder kommt es zu Engpässen bei wichtigen Medikamenten, Impfstoffen und Materialien. Das Land muss entsprechende Vorräte anlegen und die Produktion im Inland voranbringen.

1008

1008 **Keine Schließung von Krankenhäusern!**

1009

1010

1011

1012

1013

1014

1015

1016

1017

1018

1019

1020

1009 Statt aus der Corona-Pandemie die richtigen Schlüsse zu ziehen will der grüne Sozialminister
1010 Lucha weiter an seinen Schließungsplänen festhalten. Er verkauft das unter den
1011 Schlagworten Professionalisierung und Konzentration. Niemand ist gegen bessere
1012 Krankenhäuser und sicher ist es sinnvoll, bestimmte Spezialleistungen auch an einzelnen
1013 Standorten zu konzentrieren. Was aber wirklich dahinter steht ist ein massiver Abbau von
1014 Gesundheitsversorgung in der Fläche. Es geht um Kosteneinsparungen und
1015 Renditemaximierung. Dabei hat Corona deutlich gezeigt, wie wichtig eine flächendeckende
1016 Versorgung ist. Sollen Notfall-Patient*innen künftig 45 Minuten zum nächsten Krankenhaus
1017 fahren? Wir haben bereits große Lücken bei der rettungsdienstlichen Versorgung. Ein
1018 weiterer Abbau wird zu dramatischen Konsequenzen für Patientinnen und Patienten führen.
1019 Als LINKE wehren wir uns deswegen vor Ort und in den Bündnissen gegen mögliche
1020 Schließungen.

1021

1022 Hinzu kommt, dass das Land Baden-Württemberg seit vielen Jahren seinen finanziellen
1023 Verpflichtungen gegenüber den Krankenhäusern bei den Investitionen nur zur Hälfte
1024 nachkommt. Dabei ist das Land gesetzlich verpflichtet, die Krankenhäuser bei den
1025 notwendigen Bauvorhaben zu unterstützen.

1026

1027 **DIE LINKE fordert:**

- 1028 • Kein Abbau der Versorgung in der Fläche: Die Konzentration von medizinischen
1029 Leistungen darf die Grundversorgung nicht reduzieren.
- 1030 • Kommunale Krankenhäuser erhalten und privatisierte Kliniken rekommunalisieren.
- 1031 • Das Land muss endlich den Investitionsstau bei den Krankenhäusern, Psychiatrien und
1032 Unikliniken beenden, damit notwendige Maßnahmen ohne Belastungen für die
1033 Kommunen und Krankenhäuser erfolgen können.
- 1034 • Das Land muss sich auch bei der Errichtung und Instandhaltung von
1035 Pflegeeinrichtungen wieder mit Zuschüssen beteiligen.
- 1036 • Aus Corona lernen: das Land muss die erforderlichen Gelder für den Bau von
1037 Infektions-, Isolier- und Quarantänebereiche in Krankenhäusern zur Verfügung stellen.
- 1038 • Gesundheitsberatungen für Frauen ausbauen und Frauengesundheitszentren besser
1039 finanziell absichern.
- 1040 • Kinderkliniken ausbauen und an die Bedürfnisse der Kinder anpassen.
- 1041 • Gesundheitsversorgung für Alle: Einführung von elektronischen Gesundheitskarten
1042 für Geflüchtete, anonymen Krankenscheine und eines staatlichen Behandlungsfonds.

1043

1044 **Stadtteil-Gesundheitszentren**

1045 Obwohl die größeren Städte in Baden-Württemberg meist ärztlich überversorgt sein sollen,
1046 gibt es innerstädtisch bei der ärztlichen Grundversorgung in der Regel große Unterschiede.
1047 Das betrifft insbesondere Stadtteile, die überdurchschnittlich von krankmachenden
1048 Umstände wie soziale Ungleichheit, Armut, Vereinsamung und Stress betroffen sind.
1049 Vor allem hier wollen wir kommunale Gesundheitszentren (Stadtteilpraxen) schaffen, um
1050 Gesundheitsversorgung und -vorsorge zu verbessern. In solchen Stadtteilpraxen soll
1051 hausärztliche und psychotherapeutische Versorgung in Koordination mit Gesundheits- und
1052 Sozialberatung und -hilfe über die rein medizinische Behandlung hinaus betrieben werden.

1053

1054 **Ambulant vor Stationär**

1055 Dabei steht für uns der Grundsatz „ambulant vor stationär“ im Mittelpunkt. Stationäre
1056 Aufnahmen von Menschen mit psychischen Erkrankungen sind soweit es geht zu vermeiden.
1057 Die Kapazitäten für psychiatrische Ambulanzen, Tageskliniken und stationsäquivalente
1058 Behandlung wollen wir ausbauen und einen psychologischen Notdienst in allen Kreisen
1059 einführen. Die Behandlungsbedingungen müssen personell und räumlich so festgesetzt
1060 werden, dass Gewalt gegen Patient*innen und Beschäftigte vermieden wird.

1061

1062 **Gesundheitsversorgung für Alle**

1063 800.000 Menschen in Deutschland verfügen über keinen oder nur einen sehr
1064 eingeschränkten Krankenversicherungsschutz. Die Folgen sind oft dramatisch. Wir fordern
1065 die Einführung einer elektronischen Gesundheitskarte für Geflüchtete, eines landesweiten
1066 staatlichen Behandlungsfonds für nicht Krankenversicherte sowie einer Clearing-Stelle zur
1067 (Re-)Integration von Betroffenen in das Krankenversicherungssystem nach dem Vorbild
1068 Rheinland-Pfalz. Dafür muss Baden-Württemberg die entsprechende gesetzliche Grundlage
1069 schaffen und in Verhandlungen mit den Krankenkassen treten. Kurzfristig braucht es die
1070 Einführung von anonymen Krankenscheinen damit allen Menschen in Baden-Württemberg

1071 unabhängig von ihrer aktuellen Lebenssituation der dringend benötigte Zugang zu
1072 Gesundheitsleistungen ermöglicht wird. Auf Bundesebene fordern wir die
1073 Krankenversicherung für alle.

1074

1075 **Keine Diskriminierung von queeren Menschen**

1076 Wir setzen uns gegen die Diskriminierung von queeren Menschen im Gesundheitswesen ein.
1077 Auf Bundesebene wollen wir das Transsexuellengesetz zugunsten einer unbürokratischen
1078 Personenstands- und Vornamenänderung abschaffen und therapeutische Unterstützung und
1079 körperliche Anpassung von trans*Personen von den Krankenkassen finanzieren lassen.
1080 Konversionstherapien (sog. „Homo- und Transheilung“) gehören ausnahmslos verboten,
1081 ebenso wie medizinisch nicht zwingend notwendige genitalverändernde Eingriffe an Kindern
1082 und Jugendlichen wie beispielsweise an Intersexuellen. Das faktische Blutspende- und
1083 Männer, die mit Männern Sex haben (MSM) und transsexuelle Personen ist diskriminierend
1084 und gehört abgeschafft.

1085

1086 **4.1. Gute Pflege bedeutet mehr Würde**

1087 Die Zahl der älteren und pflegebedürftigen Menschen nimmt zu. Die Versorgung hält damit
1088 aber nicht Schritt. Wir brauchen Arbeitsbedingungen in der Altenpflege, die eine
1089 menschenwürdige Versorgung der Bewohnerinnen und Bewohner ermöglicht und eine
1090 deutlich verbesserte Landespersonalverordnung. Wir kämpfen für ein Ende der
1091 „Minutenpflege“ durch eine bessere Fachkraftquote in den ambulanten Pflegediensten. In
1092 der Pflege ist die Bezahlung völlig unzureichend. Wir werden uns für mehr Gehalt und mehr
1093 Anerkennung in der Altenpflege einsetzen! Pflegenden Angehörige brauchen endlich eine
1094 bessere Absicherung und müssen finanziell entlastet werden. Die steigenden Versorgungs-
1095 und Unterbringungsmöglichkeiten dürfen nicht zu Lasten der Bewohner*innen und deren
1096 Angehörigen gehen. Wir setzen uns daher für ein Pflegegeld analog zum Elterngeld ein.

1097

1098 Auch hier muss gelten: Pflege ist Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge und gehört in die
1099 öffentliche Hand. Nur ein sehr kleiner Teil der Pflegeplätze befindet sich in kommunaler
1100 Trägerschaft, das muss sich ändern. Auf Bundesebene setzen wir uns daher für eine
1101 paritätisch finanzierte Pflegevollversicherung ein, die alle Risiken abdeckt und die auch
1102 solidarisch von allen Menschen und allen Einkommensgruppen gleichermaßen getragen
1103 wird. Statt Pflegegrade braucht es ein ganzheitliches Pflegekonzept und eine gesetzliche
1104 Festschreibung professioneller Pflegestandards.

1105

1106 **DIE LINKE fordert:**

- 1107 • Das Land muss die erforderlichen zusätzlichen Kapazitäten für Heimplätze schaffen.
- 1108 • Die Landesregierung muss sich für eine bessere Bezahlung der Pflegekräfte und für
1109 eine bundesweit einheitliche Personalbemessung in den Heimen einsetzen.

1110

1111 **4.2. Hebammen und Geburtshilfe erhalten**

1112 Die Geburt ist ein wichtiger und kritischer Moment für Mütter und muss auf beste Weise
1113 begleitet werden. Das leisten Hebammen, allerdings könnten sie ein aussterbender
1114 Berufszweig werden. Immer mehr Hebammen können sich die rasant steigenden Beiträge zur
1115 Berufshaftpflicht nicht mehr leisten. Dabei sind sie ein wichtiger Teil der ganzheitlichen
1116 Medizin und unersetzlich für viele gebärenden Frauen, die sich auf die Unterstützung und die
1117 Erfahrung von Hebammen verlassen. Wir fordern deswegen bessere Arbeitsbedingung und

1118 Bezahlung – und vor allem eine Übernahme der Versicherungsbeiträge, wie für es die
1119 angestellten Hebammen an den Kliniken bereits üblich ist. Geburtshilfliche Abteilungen
1120 wollen wir auch in der Fläche erhalten und Geburtshäuser einrichten. Eine neonatologische
1121 Notfallversorgung wollen wir absichern. Gewalt gegen Frauen durch medizinisch nicht nötige
1122 Eingriffe während der Geburt muss endlich als solche erkannt und eingestellt werden!
1123

1124 **4.3. Für eine moderne Drogenpolitik und eine bessere Suchtprävention**

1125 Drogen werden täglich konsumiert, ob sie nun verboten sind oder nicht. Eine Verbotspolitik
1126 führt nachweislich nicht zu weniger Konsum, aber sie kriminalisiert die Menschen und hält
1127 sie davon ab, Beratungs- und Hilfsangebote aufzusuchen. DIE LINKE steht für eine aufgeklärte
1128 und moderne Drogenpolitik, die Betroffenen tatsächlich hilft. Wir wollen Präventions- und
1129 Entzugsprogramme fördern und die Beratungsstellen finanziell absichern. Den
1130 Drogenkonsum wollen wir entkriminalisieren, denn nicht Strafe und Repression hilft den
1131 Betroffenen, sondern Prävention und Aufklärung.
1132

1133 Viele Menschen sterben auch deswegen am Drogenkonsum, weil sie durch die
1134 Kriminalisierung auf den Schwarzmarkt angewiesen sind. Qualitätskontrollen, Eindämmung
1135 von schädlichen Streckmitteln und effektiver Jugendschutz sind so nicht möglich. Daher
1136 fordern wir die landesweite Einführung von Drogenkonsumräume, in denen
1137 Schwerstabhängige mitgebrachte Suchtmittel unter hygienischen Bedingungen und unter
1138 Aufsicht konsumieren können.
1139

1140 Auch die gesundheitlichen Auswirkungen von Tabak und Alkohol dürfen nicht unterschätzt
1141 werden. Wir fordern deswegen ein generelles Werbeverbot für Tabak und Alkohol und
1142 wollen die Potentiale und Langzeitfolgen von e-Zigaretten, die auch nikotinfrei konsumiert
1143 werden können, wissenschaftlich stärker ergründen.
1144

1145 Die Glücksspielbranche erzielt den größten Teil ihres Umsatzes durch suchterkrankte
1146 Menschen. Wir wollen Aufklärungs- und Präventionsprogramme fördern, die sich mit den
1147 Gefahren des Glücksspieles beschäftigen. Glückspielautomaten sollen lediglich in dafür
1148 ausgewiesenen Spielhallen aufgestellt werden und nicht in Gastronomiebetrieben, in denen
1149 eine Kontrolle kaum möglich ist.
1150

1151 **Cannabis: Legalize it!**

1152 Das traditionelle Denkschema, das Alkohol verharmlost und Cannabis verteufelt gehört
1153 endlich durchbrochen! Für uns ist klar: Gebt das Hanf frei, so wie es in vielen anderen
1154 Ländern auch gerade passiert. Als erster Schritt müssen die zulässigen Höchstmengen, die
1155 nicht strafrechtlich verfolgt werden an die Realität angepasst werden, um Konsument*innen
1156 nicht weiter zu drangsalieren. Wir wollen uns aktiv für Bundesratsinitiativen für eine
1157 regulierte Abgabe von Cannabis – zum Beispiel in Form von Cannabis-Social-Clubs – und für
1158 eine umfängliche Verwendung von Cannabis als Medizin stark machen.
1159
1160

1161 **Kapitel 5: Bildung ist ein Menschenrecht**

1162
1163 Die Corona-Pandemie hat die soziale und herkunftsbedingte Schieflage unseres
1164 Bildungssystems offengelegt und verschärft. Viele Kinder und Jugendliche wurden
1165 monatelang abgehängt und Eltern wurden allein gelassen. Geldbeutel, Herkunft und

1166 Schulabschluss der Eltern bestimmen auch ohne Krise maßgeblich die Chancen, die ein Kind
1167 heute im baden-württembergischen Bildungssystem hat. Wer erst spät in der Kita die
1168 deutsche Sprache lernt, wer zu Hause keinen ruhigen Arbeitsplatz mit Computer und
1169 schnellem Internet besitzt oder wer als erster in der Familie eine Hochschule besucht, muss
1170 hohe Hürden überwinden, um später zu den Bildungsgewinner*innen zu gehören. Statt
1171 diese institutionelle soziale Spaltung zu überwinden, reproduziert unser bisheriges
1172 Bildungssystem diese immer wieder aufs Neue.

1173
1174 DIE LINKE betont hingegen: Bildung ist ein Menschenrecht und sollte Gemeinschaftsaufgabe
1175 sein. Wir setzen uns für die Stärkung der Kinderrechte ein. Wir wollen ein
1176 zukunftsorientiertes und auf Kooperation ausgelegtes Bildungssystem. Eines, das unabhängig
1177 von sozialem Hintergrund, Herkunft oder geistiger sowie körperlicher Leistungsfähigkeit
1178 individuell fördert. Eine gute Bildung muss allen gebührenfrei zur Verfügung stehen und darf
1179 sich nicht nur auf die Weitergabe von Faktenwissen reduzieren wie es die Bildungsreformen
1180 der Landesregierung jüngst beförderten. Gute Bildung hilft, individuelle und kreative
1181 Fähigkeiten zu entdecken und fördert Selbstbestimmung. Inklusion, Diversität, Umwelt-,
1182 Friedens- und Demokratiebildung sind für uns übergreifende Prinzipien, die im gesamten
1183 Bildungssystem zu verwirklichen sind.

1184

1185 **5.1 Kitas sind Lern- und Lebensorte**

1186 Der erste und wichtigste Schritt, um Chancengleichheit zu verwirklichen, sind die Kitas. Für
1187 die Entwicklung von Kindern ist die Erfahrung von sozialem Miteinander elementar. Es darf
1188 nicht sein, dass diese wichtigen Erfahrungen an dem Geldbeutel der Eltern scheitern. Schon
1189 in der Vergangenheit haben wir uns zusammen mit dem landesweiten Bündnis für
1190 gebührenfreie Kitas für die Beitragsfreiheit eingesetzt. So würden auch Eltern entlastet. Der
1191 Vorstoß für gebührenfreie Kitas wird jedoch seitens der Landesregierung abgelehnt. Aber
1192 auch in Bezug auf den qualitativen Anspruch der Lernangebote und den Arbeitsbedingungen
1193 werden Defizite deutlich. Der Erzieher*innenberuf erfährt noch immer eine zu geringe
1194 Wertschätzung - das zeigt sich zum Beispiel an der Bezahlung. Da hauptsächlich Frauen in
1195 unseren Bildungseinrichtungen arbeiten, ist dies auch eine Frage der
1196 Geschlechtergerechtigkeit. Wir setzen uns für mehr Wertschätzung und dafür ein, den
1197 Erzieher*innenberuf attraktiver zu machen. Kinder verdienen die besten Bedingungen.

1198

1199 **DIE LINKE fordert:**

- 1200 • Einen Rechtsanspruch auf einen beitragsfreien Ganztagesplatz in Wohnortnähe für
1201 jedes Kind ab dem ersten Lebensjahr.
- 1202 • Die Behebung des Personal-, Studien- und Ausbildungsplatzmangels an Kitas:
1203 Beitragsfreie staatliche Ausbildungsplatzangebote ausbauen und Mangel an
1204 Studienplätzen für Kindheitspädagogik abbauen.
- 1205 • Eine Aufwertung des Erzieher*innenberufs durch gute Arbeitsbedingungen und eine
1206 angemessen vergütete Bezahlung - auch für Auszubildende.
- 1207 • Frühkindliche Bildungskonzepte, die nach wissenschaftlichen Standards unter
1208 Einbeziehung der Eltern und Erzieher*innen erarbeitet und regelmäßig evaluiert
1209 werden.
- 1210 • Eine inklusive Bildung und Kinderbetreuung. Notwendig ist hierfür der Einsatz von
1211 professionellen Inklusionsfachkräften.
- 1212 • Die Ermöglichung der Bereitstellung von Dolmetscher*innen für Elterngespräche.

1213

1214

1215 **5.2 Die Schule von Morgen: eine Schule für Alle**

1216 **Investitionen in die Schulen sind Investitionen in die Zukunft**

1217 Die Schulschließungen als Folge der Corona-Pandemie haben die soziale und politische
1218 Schiefelage im baden-württembergischen Bildungssystem verschärft, welche durch die
1219 Landesregierungen der letzten Jahrzehnte verursacht wurden. Kinder aus finanziell ärmeren
1220 und nichtakademischen Haushalten haben häufig den Anschluss verloren.
1221 Nachdem die Grünen und die CDU die Schulcloud „Ella“ mit Millionenverlusten in den Sand
1222 gesetzt haben, plant Kultusministerin Eisenmann jetzt den lukrativen Markt für Schulclouds
1223 an Microsoft zu vergeben und öffnet damit die Schultore für die Monopolstellung eines US-
1224 Konzerns, der nicht an deutsche Datenschutzbestimmungen gebunden ist. DIE LINKE fordert,
1225 dass die Wahrung der Schüleridentität eine hoheitliche Aufgabe in staatlicher Hand bleiben
1226 muss. Die Netzidentitäten der Schüler*innen dürfen nicht in die Hand eines privaten
1227 Konzerns gegeben werden. Es fehlt eine stabile digitale Infrastruktur für Lehrkräfte und
1228 Schüler*innen. An vielen Schulen sind nicht nur digitale, sondern auch pädagogische
1229 Innovationen wie das selbstständige Lernen noch nicht angekommen. Die Landesregierungen
1230 haben es versäumt, Maßnahmen zu treffen, um die Attraktivität des Lehrer*innenberufs zu
1231 erhöhen. Stattdessen trugen sie durch Planungsfehler und angekündigten Stellenabbau-
1232 Pläne zu einem Lehrkräftemangel bei. Für die nächsten Jahre droht eine massive
1233 Verschärfung. Der Bildungsnotstand zeigt sich auch anhand eines Investitions- und
1234 Sanierungsstau an unseren Schulen. Wir brauchen eine Investitionsoffensive in unsere
1235 Schulgebäude und -räume, die einen differenzierten Unterricht und eine rhythmisierte
1236 Ganztagesbildung ermöglichen.

1237

1238 **DIE LINKE fordert:**

- 1239 • Stärkung der Gemeinschaftsschulen, auch durch flächendeckend aufzubauende von
1240 mehreren benachbarten Gemeinschaftsschulen gemeinsam angebotene Oberstufen.
1241 Das mehrgliedrige Schulsystem, das Ungleichheitsdenken und Konkurrenz verschärft,
1242 muss stufenweise in eine Schule für alle, basierend auf solidarischem gemeinsamem
1243 Lernen, umgebaut werden. Aussagekräftige schriftlich ausformulierte Beurteilungen
1244 sollen langfristig Noten ersetzen.
- 1245 • Die Rückkehr zum G9-Abitur, um der zunehmenden Überlastung von Schüler*innen
1246 entgegenzuwirken und der zunehmenden Vielfalt gerecht zu werden.
- 1247 • Eine Förderung der demokratischen Mitbestimmung und des Dialogs zwischen Eltern,
1248 Schüler*innen, Schulleiter*innen und Lehrkräften miteinander durch die Stärkung von
1249 Rechten der Vertretungsgremien sowie durch mehr Einbindung in die
1250 Maßnahmenplanung des Kultusministeriums.
- 1251 • Eine Änderung der Lernmittelverordnung für verpflichtende Standards für die digitale
1252 Schulausstattung, die Förderung von freien und konzernunabhängig bereitgestellten
1253 Lehr- und Lernmaterialien und die Anschaffung digitaler Endgeräte.
- 1254 • Ein Land-Bund-Programm, um ein einheitliches landesweites digitales
1255 Schulverwaltungs- und Lernsystem einzurichten und um Schüler*innen sowie
1256 Lehrkräften zur Nutzung der Lernplattform ein kostenfreies digitales Endgerät zur
1257 Verfügung zu stellen.
- 1258 • Eine Aus- und Fortbildungsinitiative zum inklusiven, digitalen, pädagogisch
1259 begleiteten und selbstständigen Lernen sowie zur kritischen Medienbildung und
1260 Informatiklehre. Auch müssen mehr Lehrkräfte zum Thema künstliche Intelligenz
1261 fortgebildet werden.
- 1262 • Ein nachhaltiges Konzept zum sich ergänzenden Einsatz von digitalen und analogen
1263 Lernmethoden, das gemeinsam von Schüler*innen, Lehrkräften,
1264 Wissenschaftler*innen und Eltern erarbeitet und evaluiert wird.

- 1265 • Eine Nachbesserung und attraktivere Gestaltung der Reform des Lehramtsstudiums,
1266 indem die berufsrelevanten sowie pädagogischen (zum Beispiel Medienpädagogik)
1267 Ausbildungsteile und integrative sowie inklusive Kompetenzen gestärkt werden.
- 1268 • Den Einsatz fortgeschrittener Lehramtsstudierende als pädagogische Assistenzkräfte
1269 in Krisensituationen gegen angemessene Bezahlung. Es braucht einen Rechtsanspruch
1270 auf einen Referendariatsplatz für alle Absolvent*innen eines Lehramtsmasters.
- 1271 • Eine Stärkung des Grundschullehramts: Regelstudienzeit auf zehn Semester
1272 aufstocken und Ausbildungskapazitäten ausbauen.
- 1273 • Die Sicherstellung der didaktischen und pädagogischen Qualifizierung von
1274 Quereinsteiger*innen.
- 1275 • Gute Arbeitsbedingungen für unsere Lehrkräfte und strukturell gleiche Bezahlung für
1276 alle Lehrkräfte - unabhängig von Schulart und Status.
- 1277 • Die Beendigung der unsozialen Praxis der wiederholten Befristung von Lehrkräften bis
1278 zum Beginn der Sommerferien. Wir fordern die unbefristete Anstellung von
1279 Lehrkräften.
- 1280 • Die Aufstockung der Vertretungsreserve um zusätzlich fünf Prozent des Grundbedarfs
1281 und von Verwaltungspersonal, um Lehrer*innenkollegien und Schulleiter*innen zu
1282 entlasten.

1283

1284 **Demokratische Bildung für eine gerechte und weltoffene Gesellschaft**

1285 Rassismus und andere Formen von Menschenfeindlichkeit dürfen an unseren Schulen keinen
1286 Platz haben. Wir begrüßen deshalb Initiativen wie "Schule ohne Rassismus". Den 8. Mai - Tag
1287 der Befreiung - wollen wir als verpflichtenden schulischen Projekttag festlegen. Jeder
1288 Schülerin und jedem Schüler muss außerdem mindestens einmal in der Schulzeit eine
1289 kostenlose Fahrt zu einer Gedenkstätte ermöglicht werden. Das im Bildungsplan
1290 festgeschriebenen Lernziel der geschlechtlichen und sexuellen Vielfalt muss endlich
1291 konsequent durch das Kultusministerium und in der Unterrichtspraxis umgesetzt werden. Es
1292 braucht eine Aufwertung der gesellschaftswissenschaftlichen und musischen Fächer sowie
1293 mehr Freiheit für die Schwerpunktsetzung - vor allem ab der Oberstufe. Wir fordern einen
1294 Ethikunterricht für alle in allen Schulformen. Dafür müssen genug Ausbildungskapazitäten an
1295 den Universitäten geschaffen werden.

1296

1297 Die Bundeswehr nutzt Berufsorientierungswochen an Schulen zur von der UN-
1298 Kinderrechtskonvention abgelehnten Anwerbung Minderjähriger. Wir lehnen die Versuche
1299 der Bundeswehr, Schüler*innen für den Dienst an der Waffe zu rekrutieren, ebenso ab wie
1300 den Einsatz von Jugendoffizieren zur Propagierung von Kriegseinsätzen. Vielmehr sollten
1301 Friedensinitiativen wie DFG-VK mehr Raum bekommen.

1302

1303 **Sozialer Benachteiligung entgegenwirken**

1304 Es darf keine Schulen geben, in denen junge Menschen benachteiligt oder bevorzugt werden.
1305 Das Grundgesetz verbietet eine "Sonderung" in Eliteschulen. Der Ausbau von
1306 Schulsozialarbeit, Sonderpädagogik und Unterstützung durch Inklusions- sowie
1307 Integrationsfachkräfte hilft Hürden zu überwinden und Konflikte zu lösen. Lehrkräfte müssen
1308 durch multiprofessionelle Teams entlastet werden. Wir setzen uns für eine inklusive Schule
1309 ein, die in der Konsequenz sonderpädagogische Schulen überflüssig macht.

1310

1311 Die individuelle Förderung der Schülerinnen und Schüler muss im Vordergrund stehen.
1312 Zusätzlich muss der Klassenteiler schrittweise auf 25 und in der Grundschule auf 20 gesenkt
1313 werden. Die Pflichtstundenzahl für Lehrkräfte muss reduziert werden. DIE LINKE setzt sich
1314 außerdem für einen Rechtsanspruch auf einen Platz an einer Ganztageschule ein. Wir

1315 fordern, dass alle Schulen, die Ganztagschule werden wollen, vom Land die nötigen Mittel für
1316 Umbau und Personal erhalten. Das Mittagessen in Kitas und Ganztagessschulen muss
1317 gebührenfrei sein, genauso wie freiwillige Bildungs- und Betreuungsangebote vor und nach
1318 dem Unterricht sowie Klassenfahrten. Zum Recht auf gebührenfreien Unterricht gehört die
1319 Übernahme der Kosten, die durch den Schulweg entstehen. Land und Schulträger sollen
1320 zahlen, nicht Eltern. Bildungsqualität darf nicht vom Geldbeutel abhängen. Wir setzen uns für
1321 einen Sozialindex bei der Schulfinanzierung und Versorgung mit Lehrkräften und
1322 Schulsozialarbeit ein, sodass Schulen in benachteiligten Gegenden zusätzlich unterstützt
1323 werden. So kann der Bildung von Brennpunktschulen entgegengewirkt werden.
1324

1325 **5.3 Gute Ausbildung für alle**

1326 Infolge von Transformationsprozessen und Krisen ist ein Rückgang an Ausbildungsverträgen
1327 zu verzeichnen. Es muss sichergestellt werden, dass die Ausbildungskapazitäten und das
1328 erfolgreiche duale Ausbildungssystem erhalten bleiben. Die Ausbildung muss auch in der
1329 Corona-Pandemie fortgesetzt werden können. Gemeinsam mit den Gewerkschaften fordern
1330 wir eine gesetzliche Ausbildungsplatzumlage. Unternehmen, die keine Ausbildungsplätze
1331 anbieten, müssen sich solidarisch mit einer Abgabe an der Finanzierung von
1332 Ausbildungsplätzen beteiligen. Im Grundgesetz muss ein Rechtsanspruch auf eine
1333 vollqualifizierende Ausbildung verankert werden. Auch für Auszubildende muss gelten: faire
1334 Ausbildungsvergütungen und gute Arbeitsbedingungen! Auf Bundesebene setzen wir uns
1335 deshalb für eine Mindestausbildungsvergütung für alle Auszubildenden ein, die bei 80% der
1336 durchschnittlichen tariflichen Ausbildungsvergütungen liegt.
1337

1338 **DIE LINKE fordert:**

- 1339 • Längere Berufspraktika an allen Schularten, um die zunehmende Anzahl der
1340 Ausbildungsabbrecher*innen zu reduzieren.
- 1341 • Zur Stärkung der Berufsschulbildung: Wir fordern zusätzliche Mittel für die personelle
1342 und sachliche Ausstattung, denn auch hier muss Lernmittelfreiheit gelten.
- 1343 • Die Beendigung des Unterrichtsausfalls an beruflichen Schulen.
- 1344 • Ein kostenfreies Azubi-Ticket, das landesweit gilt und die Übernahme von
1345 Lernmittelkosten.
- 1346 • Einen Einsatz auf Landesebene, um die betriebliche Mitbestimmung von
1347 Auszubildenden zu stärken und um Azubis vor dem Einsatz für ausbildungsfremde
1348 Tätigkeiten zu schützen.
1349

1350 **5.4 Uni für alle: ausfinanziert und demokratisch**

1351 Die Hochschulen und Universitäten in Deutschland sind eine Medaille mit zwei Seiten: Auf
1352 der einen Seite finden sich Erkenntnisfortschritt, soziales Miteinander und
1353 Persönlichkeitsentwicklung, auf der anderen Seite Zukunftsängste, Konkurrenz und
1354 Prekarisierung. Studierende, die durch Leistungsdruck und Geldsorgen zunehmend psychisch
1355 krank werden, sind ebenso Realität an den Hochschulen in Baden-Württemberg wie ein
1356 akademischer Mittelbau und andere Stellen, zum Beispiel in der Verwaltung, in befristeten
1357 Arbeitsverträgen ohne langfristige Berufsperspektiven an der Uni. Im Gegensatz
1358 zur unternehmerischen Hochschule will sich die LINKE stark machen für soziale Sicherheit,
1359 Ausfinanzierung und demokratische Mitbestimmung. Das ist notwendig für gutes,
1360 innovativen Lernen und Forschen.
1361

1362 **Für eine soziale und offene Hochschule**

1363 Steigende Mieten, ein zu niedriges BAföG, das kaum jemand mehr bekommt und schlecht
1364 bezahlte und unsichere Nebenjobs sind die wichtigsten Gründe für die prekäre soziale Lage
1365 der Studierenden. Hinzu kommen zusätzliche Probleme für Studierende aus dem Nicht-EU-
1366 Ausland und solche mit Kindern oder Behinderung. In der Corona-Krise hat sich die soziale
1367 Not der Studierenden verschärft. Etwa die Hälfte von ihnen hat ihren meist unverzichtbaren
1368 Nebenjob verloren, neue Arbeit lässt sich kaum finden und die bisherige staatliche Corona-
1369 „Soforthilfe“ reicht oft nicht aus. Zudem sind die Digital-Semester durch die Corona-
1370 Pandemie kein vollwertiger Ersatz für Präsenzsemester. Auch sind die Hochschulen in
1371 Deutschland seit Jahren massiv unterfinanziert. Wachsende Studierendenzahlen, steigender
1372 Bedarf an Räumen und Lehrkräften, und das im Zuge der Klimakrise drängend gewordene
1373 Ziel klimaneutraler Hochschulen erhöhen den Finanzbedarf weiter. In der Not sind die
1374 Hochschulen dazu übergegangen Drittmittel aus der freien Wirtschaft einzuwerben.
1375 Vielerorts wie etwa beim Forschungsverbund Cyber Valley in Tübingen ist eine
1376 Kommerzialisierung der Wissenschaft bereits im Gange. Die Unabhängigkeit der
1377 Wissenschaft ist gefährdet. Diese Finanzierungsprobleme versucht die bisher verantwortliche
1378 Politik nur für einige wenige Eliteuniversitäten zu lösen.

1379
1380 **DIE LINKE fordert:**

- 1381 • Die Ausfinanzierung aller Hochschulen durch massive Aufstockung der universitären
1382 Grundmittel.
- 1383 • Die Ausgestaltung von Digital-Semestern als Solidarsemester: keine Anrechnung auf
1384 BAföG oder Regelstudienzeit, zusätzliche Prüfungsversuche.
- 1385 • Eine Bundesratsinitiative zur Schaffung eines elternunabhängigen, höheren BAföGs
1386 als Vollzuschuss - ohne Auflagen wie Staatsbürgerschaft, Alter oder Einhaltung der
1387 Regelstudienzeit.
- 1388 • Eine massive Erhöhung der Landeszuschüsse für die Studierendenwerke zur
1389 Schaffung bezahlbaren studentischen Wohnraums.
- 1390 • Die Abschaffung der durch Grün-Schwarz eingeführten rassistischen Studiengebühren
1391 für Nicht-EU-Ausländer*innen sowie Zweitstudiengebühren. Nein zu jeder Form von
1392 Studiengebühren!
- 1393 • Das Zurückdrehen der Verschulung und Vereinzelung im Studium durch Bologna.
1394 Anwesenheitspflicht abschaffen.
- 1395 • Keine überfüllten Lehrveranstaltungen: allgemeine Betreuungsquote von 40
1396 Studierenden zu je einer Professor*in.
- 1397 • Einen massiven Ausbau der Studienplatzkapazitäten im Bachelor und Master. Jede*r
1398 muss gemäß der Berufs- und Ausbildungsfreiheit ihren oder seinen
1399 Wunschstudiengang auch im Master studieren können. Dies muss durch einen
1400 individuellen Rechtsanspruch einklagbar sein.
- 1401 • Die Inklusion an Hochschulen sicherzustellen: Barrierefreiheit in allen Aspekten,
1402 angemessener Umbau von Gebäuden, Lehre für hör- und seheingeschränkte
1403 Studierende und psychisch eingeschränkte Studierende individuell möglich machen.
- 1404 • Mehr Demokratie: Ein starkes politisches Mandat für die Studierendenschaften, mehr
1405 Transparenz und paritätische Besetzung der Hochschulgremien mit allen
1406 Statusgruppen, Abschaffung der Hochschulräte.
- 1407 • Die Öffnung der Universitäten in die Gesellschaft hinein durch Finanzierung von
1408 Angeboten des Wissenstransfers, zum Beispiel Citizen Science, Bürger*innen-
1409 Universität, Wissenschaftshäuser oder Wissenschaft für alle.

1410
1411 **Sichere Arbeit: für eine allgemeinwohlorientierte Wissenschaft**

1412 Der Berufsalltag unter der Professur und von technischen und administrativen
1413 Mitarbeitenden ist prekär. Dauerhafte Vollzeitstellen, mit genug Zeit für eigene Forschung,
1414 sind selten. Der Befristungswahnsinn ist durch das Wissenschaftszeitvertragsgesetz im
1415 System verankert. Darunter leidet auch die Wissenschaft. Im Sinne ihrer gesellschaftlichen
1416 Verantwortung sollen Hochschulen einen Beitrag für eine friedliche Entwicklung der
1417 Menschheit unter Berücksichtigung unserer natürlichen Lebensgrundlagen leisten. Dazu
1418 braucht es eine zivil-ökologische Klausel im Landeshochschulgesetz. Forschung an Rüstung
1419 oder klimaschädlichen Technologien wäre dadurch an allen Hochschulen und zivilen
1420 Forschungseinrichtungen ausgeschlossen. Um die Freiheit der Wissenschaft zu
1421 gewährleisten, sollen hochschuleigene Ethikkommissionen die Einhaltung dieser Klausel
1422 selbst kontrollieren. Kritische Wissenschaft muss gefördert werden.

1423

1424 **DIE LINKE fordert:**

- 1425 • Die Beendigung der Prekarisierung wissenschaftlicher Arbeit: Dauerstellen für
1426 Daueraufgaben, Wissenschaftszeitvertragsgesetz abschaffen, Ausbau von Tenure-
1427 Track-Beschäftigungsmodellen, die Schaffung von Dauerstellen unterhalb der
1428 Professur.
- 1429 • Eine neue Organisationsstruktur für die Hochschulen: Statt von
1430 einzelnen Professorinnen und Professoren abhängig zu sein, soll der
1431 wissenschaftliche Nachwuchs Abteilungen (Departments) zugehören. Dies schafft
1432 flachere Hierarchien und mehr Demokratie an der Hochschule.
- 1433 • Geschlechtergerechte Stellenbesetzung mittels fachspezifischer Quoten.
- 1434 • Die Förderung von Open Access von Publikationen, Forschungsdaten und
1435 Lehrmaterialien.
- 1436 • Das Vorantreiben von Forschung zu Technologiefolgenabschätzung mit
1437 weitreichenden gesellschaftlichen Implikationen wie etwa Künstliche Intelligenz.
- 1438 • Eine stärkere Förderung von kritischen Wissenschaften: Forschung und Lehre zu
1439 Themen wie Klima, Rassismus oder friedenspolitischen Themen muss ausgebaut
1440 werden.

1441

1442 **5.5 Für ein Recht auf Weiterbildung!**

1443 Lebenslanges Lernen und eine qualitativ hochwertige Bildungsteilnahme müssen allen
1444 ermöglicht werden. Die digitale Transformation führt dazu, dass vor allem körperlich schwere
1445 und routinierte Arbeitstätigkeiten ersetzt werden. Gleichzeitig schafft die Digitalisierung auch
1446 neue Arbeitsfelder und stellt neue Anforderungen, wofür es eine umfassende
1447 praxisorientierte Weiterbildungsoffensive bedarf. Als LINKE verstehen wir Weiterbildung aber
1448 auch als Form der persönlichen Weiterentwicklung. Wir setzen uns auf Bundesebene für
1449 einen Rechtsanspruch auf Weiterbildung ein.

1450

1451 **DIE LINKE fordert:**

- 1452 • Eine flächendeckende Aufrechterhaltung der pluralen Weiterbildungslandschaft und
1453 die Förderung digitaler und generationenübergreifender Weiterbildungsangebote in
1454 allen Bereichen.
- 1455 • Eine sofortige Erhöhung der Landeszuschüsse für die Volkshochschulen auf Höhe des
1456 Bundesdurchschnitts. Mittelfristig braucht es weiterer substanzieller Zuschüsse, um
1457 die Grundbildung an den Volkshochschulen zu stärken.
- 1458 • Eine Ausweitung des Bildungszeitgesetzes: mehr Bildungsurlaub und ohne inhaltliche
1459 Beschränkung.

- 1460 • Ein von Unternehmen finanzierter Weiterbildungsfonds für die Beschäftigten, um
1461 beispielsweise die Kostenübernahme der Weiterbildung zu gewährleisten.
1462 • Angemessene, tarifgebundene Gehälter für Lehrende in der Weiterbildung.
1463 Honorararbeitsverhältnisse dürfen nicht die Regel sein!

1464
1465

1466 **Kapitel 6: Baden-Württemberg für Alle**

1467

1468 In Baden-Württemberg leben Menschen aus allen Ecken der Welt. Unsere Gesellschaft ist
1469 bunt und vielfältig. Doch nicht alle Menschen können in gleichem Maße die Möglichkeiten
1470 nutzen, die sich uns bieten. In Baden-Württemberg werden Frauen im Vergleich zu Männern
1471 zum Beispiel so schlecht bezahlt wie in keinem anderen Bundesland. Für Menschen mit
1472 Behinderung ist der Kinobesuch mit Freunden immer noch eine Herausforderung und
1473 Angriffe auf Trans*Frauen nehmen zu. Während die Grünen im Bundestag als Partei für
1474 Menschenrechte gelten, schieben sie in Baden-Württemberg auch nach Afghanistan ab.
1475

1476 Wir wollen ein Baden-Württemberg für Alle. Egal wo Du herkommst, welches Geschlecht Du
1477 hast, wen Du liebst oder ob Du im Rollstuhl sitzt – alle Menschen haben unveräußerliche
1478 Rechte. Gemeinsam sind wir bunt und vielfältig und so wollen wir auch das Land gestalten.
1479

1480 **6.1. Ein linker Feminismus für Baden-Württemberg!**

1481 Frauen* halten die Gesellschaft am Laufen. Ob in der Pflege, im Lebensmitteleinzelhandel
1482 oder der Reinigungsbranche – all diese Bereiche wurden in der Corona-Pandemie als
1483 systemrelevant eingestuft. Hier sind mehr als 75% der Beschäftigten Frauen*.
1484

1485 In der Corona-Krise wird aber auch deutlich, dass die Gesellschaft ohne die unbezahlte Arbeit
1486 von Frauen* in Familien und in Nachbarschaften nicht existieren kann. Meist waren es die
1487 Mütter, die den Ausfall von Kita und Schule neben dem Homeoffice kompensiert haben. Bei
1488 den Corona-Hilfspaketen sind sie aber weitestgehend leer ausgegangen. Anstatt die
1489 Beschäftigten in der Pflege zu stärken und Frauen mit Sorgeverantwortung zu entlasten, setzt
1490 die grüne Landesregierung sich für die Automobilindustrie ein.
1491

1492 Die soziale Realität von Frauen* unterscheidet sich von Männern durch eine massive
1493 Lohnungleichheit und Diskriminierungen wie Sexismus, Gewalt gegen Frauen* und fehlende
1494 politische Repräsentation. Das Selbstbestimmungsrecht von Frauen* wird in vielen Bereichen
1495 beschnitten: Die Abtreibungsparagraphen 218 und 219 verhindern die körperliche und
1496 sexuelle Selbstbestimmung von Frauen* und die aktuelle Situation in der Geburtshilfe führt
1497 zur Menschenrechtsverletzungen im Kreißsaal. Bei der Landtagswahl sind sie durch das
1498 aktuelle Wahlgesetz benachteiligt, da in den Wahlkreisen vornehmlich Männer aufgestellt
1499 werden und es keine Möglichkeit zur Quotierung gibt.

1500
1501

1502 **Unbezahlte und bezahlte Sorgearbeit aufwerten**

1503 Haus- und Sorgearbeit, die Frauen* unbezahlt zu Hause leisten, ist die unsichtbare Grundlage
1504 unserer Ökonomie. Die Sorge für andere wird in unserer Gesellschaft jedoch nicht honoriert.
1505 Dabei leisten Frauen* durchschnittlich mehr als 1,5 Mal so viel unbezahlte Sorgearbeit wie
1506 Männer. Dieser Gender Care Gap ist eine wesentliche Ursache des Gender Pay Gaps. Der
1507 Gender Pay Gap – die durchschnittliche Lohnlücke zwischen Männern und Frauen* – ist in
1508 Baden-Württemberg mit 25 % besonders hoch. Viele Frauen arbeiten zudem in prekären
1509 Beschäftigungsverhältnissen, in Minijobs und Fristverträgen. Sie sind deshalb in der
1510 drohenden Rezession besonders von Arbeitslosigkeit betroffen. Und Altersarmut hat vor
1511 allem ein weibliches Gesicht, denn in keinem anderen Bundesland erhalten Frauen*
1512 durchschnittlich so viel weniger Rente als Männer. Auch hier ist Baden-Württemberg
1513 bundesweit trauriges Schlusslicht bei der Gleichberechtigung von Frauen*.

1514

1515 DIE LINKE fordert, dass die Lebenslagen von Frauen* in allen politischen Entscheidungen
1516 berücksichtigt werden müssen. Politische Entscheidungen und öffentliche Ausgaben müssen
1517 darauf geprüft werden, inwiefern sie die Aufwertung von Sorgearbeit, die Reduktion und
1518 geschlechtergerechte Verteilung von unbezahlter Sorgearbeit und die Lohngleichheit
1519 zwischen den Geschlechtern fördern. Der bedarfsgerechte Ausbau der öffentlichen
1520 Daseinsvorsorge in Pflege und Erziehung, eine Reduktion der Wochenarbeitszeit auf 30
1521 Stunden und eine Anhebung des Mindestlohns auf 12 Euro, die Erhöhung des
1522 Pflegemindestlohns und die Einführung von Flächentarifverträgen im Einzelhandel bzw. die
1523 Allgemeinverbindlichkeit von Tarifverträgen sind wichtige Schritte, um die Lebenslagen von
1524 Frauen zu verbessern.

1525

1526 **DIE LINKE fordert:**

- 1527 • Lehrstühle für Geschlechterstudien/Gender Studies wollen wir finanziell fördern und
1528 zumindest einen Lehrstuhl zu unbezahlter Sorgearbeit einrichten.
- 1529 • Gleichstellungsprogramme stärken: Sorge- und Pflegearbeit muss gesellschaftlich
1530 aufgewertet und gerecht zwischen den Geschlechtern verteilt werden.
- 1531 • Mütter- und Familienzentren: Wir wollen Anlaufstellen mit integrierten
1532 Kindertagesstätten und Angeboten für Senior*innen, Treffs für Jugendliche und
1533 Arbeitslose, Koordinierung von Nachbarschaftshilfe und günstigen Mittagstischen.
- 1534 • Auftragsvergabe geschlechtergerecht, das bedeutet gleiche Bezahlung von Frauen
1535 und Männern und familienfreundliche Strukturen sollen Kriterien bei der öffentlichen
1536 Auftragsvergabe werden.
- 1537 • Mehrgenerationen-Wohnprojekte und genossenschaftliche Pflegeprojekte durch ein
1538 Landesprogramm fördern.

1539

1540 **Gewalt gegen Frauen stoppen**

1541 In Deutschland ist jede vierte Frau von Partnerschaftsgewalt betroffen. Frauen mit
1542 Behinderung trifft es besonders häufig. Sie erleben sexualisierte Gewalt zwei- bis dreimal
1543 häufiger als Frauen im Bevölkerungsdurchschnitt. 2019 wurde alle 72 Stunden eine Frau von
1544 ihrem (Ex-)Partner getötet. Wir fordern, dass Frauen- und Kinderschutzhäuser und
1545 Frauenberatungsstellen vollständig öffentlich finanziert werden. Die Istanbul-Konvention
1546 muss endlich umgesetzt werden, denn es fehlen im Land über 2000 Frauenhausplätze und in
1547 neun Landkreisen gibt es keine Fachberatungsstelle für Frauen, die von Gewalt betroffen
1548 sind. Frauenhilfestrukturen müssen zur kommunalen Pflichtaufgabe werden. Gewaltschutz
1549 braucht geschulte Behörden und Polizei, auch bei digitaler Gewalt. Gewaltschutz beginnt
1550 zudem bei der Prävention, nämlich der Bekämpfung von Sexismus und Frauenfeindlichkeit.
1551 Dazu gehört auch das Verbot von sexistischer Werbung.

1552

1553 **Für ein Parité-Gesetz**

1554 Obwohl Frauen* über 50% der Bevölkerung in Baden-Württemberg ausmachen, beträgt der
1555 Frauenanteil im Landtag gerade 26,6%. Frauen sind gerade dort, wo die Gesetze gemacht
1556 werden, nicht ausreichend vertreten. Das baden-württembergische Landtagswahlrecht steht
1557 der Chancengleichheit von Frauen* entgegen. Wir fordern daher eine Reform des
1558 Landtagswahlrechts und die Einführung eines Parité-Gesetzes.

1559

1560 **6.2. Jugend mit Möglichkeiten und Zukunft**

1561 Etwa 25% der Menschen in Baden-Württemberg sind 25 Jahre und jünger. Bei politischen
1562 Entscheidungen werden Jugendliche und junge Erwachsene jedoch oft außen vor gelassen.
1563 Dabei sind sie es, die die falschen Weichenstellungen in der Sozial- und Umweltpolitik in
1564 Zukunft ausbaden müssen. Viele von ihnen gehen deswegen freitags auf die Straße um
1565 gehört und um einbezogen zu werden.

1566

1567 Seit einigen Jahren kommen viele von ihnen zu uns, um sich gemeinsam für eine sozial-
1568 ökologische Transformation zu engagieren, für bessere Bildung und gegen Rechts. Bei der
1569 letzten Kommunalwahl hatten wir in vielen Städten mit die jüngsten Wahllisten und eine
1570 ganze Reihe von jungen Menschen sitzt nun für DIE LINKE Baden-Württemberg in den Kreis-
1571 und Gemeinderäten. Sie arbeiten eng mit den Jugendverbänden und -gruppen zusammen,
1572 vernetzen sich, engagieren sich für echte Beteiligung von jungen Menschen in der Politik.

1573

1574 Es wird Zeit, dass junge Menschen nicht nur dann angehört werden, wenn es gerade gut ins
1575 Image passt. Es gilt zuzuhören, einzubinden und mitentscheiden zu lassen. Wir wollen uns
1576 deswegen im nächsten Landtag dafür einsetzen, dass ein Jugendparlament gebildet wird, das
1577 bei den Entscheidungen des Landtags verpflichtend angehört werden muss. In allen
1578 Kommunen muss es das Recht auf einen Jugendgemeinderat bzw. einen Jugendbeirat geben.

1579

1580 Außerdem wollen wir uns für mehr **selbstverwaltete Jugendzentren** einsetzen, in denen
1581 junge Menschen sich konsumfrei treffen, diskutieren und kulturell betätigen können. Die
1582 Vereine und die Jugendarbeit wollen wir finanziell besser aufstellen. Dafür werden wir im
1583 nächsten Landtag ein Landesprogramm für mehr Stellen in der Jugendarbeit vor Ort
1584 auflegen. Das ehrenamtliche Engagement von Hunderttausenden Jugendlichen in Sport-
1585 Kultur- und Musikvereinen, in Jugendverbänden und Jugendzentren, bei der
1586 Integrationsarbeit mit Geflüchteten, bei Fridays for Future, in zivilen Einrichtungen wie
1587 Naturschutz, THW, Feuerwehr oder Rotes Kreuz stärkt das solidarische Verhalten in der
1588 Gesellschaft. Diese **Jugendarbeit** muss in Zusammenarbeit mit den Schulen und den
1589 Bildungseinrichtungen ständig gestärkt werden.

1590

1591 **Freizeit- und Kulturtickets, Mobilität – Feiern gehen muss drin sein!**

1592 Wir werden uns für die Einführung eines kostengünstigen und landesweiten Ferien- und
1593 Kulturtickets einsetzen. Hierbei sollen Kreise und kreisfreie Städte mit den Jugendhäusern,
1594 Trägern der Jugendhilfe, Vereinen, Kinos und ähnlichen Einrichtungen vereinbaren, welche
1595 Angebote in so einem Ticket zusammengefasst werden können. Für junge Menschen auf
1596 dem Land ist Mobilität zudem ein echtes Problem. Wenn der Bus nur alle zwei Stunden und
1597 nach 20 Uhr gar nicht mehr fährt, ist Feiern oder ins Kino gehen schwierig. Wir wollen den
1598 ÖPNV deswegen gerade in die Fläche ausbauen und einen ticketfreien ÖPNV für Alle!

1599

1600 **6.3. Vielfalt: Sichtbar, stark und sicher - in ganz Baden-Württemberg!**

1601 Die Vielfalt der Geschlechter, der sexuellen Orientierungen und Lebensweisen ist gelebte
1602 Realität in Baden-Württemberg. DIE LINKE fordert einen umfassenden Schutz dieser Vielfalt
1603 durch Staat und Gesellschaft. Ein diskriminierungsfreies, gleichberechtigtes und
1604 selbstbestimmtes Leben muss für alle Menschen möglich sein.

1605
1606 Leider erfahren queere (zum Beispiel lesbische, schwule, bi-, pan- und asexuelle,
1607 transsexuelle, transgender, intersexuelle, non-binäre und ageschlechtliche) Menschen
1608 weiterhin zahlreiche Diskriminierungen. Gewonnene Freiheiten und Fortschritte bei der
1609 rechtlichen und gesellschaftlichen Gleichstellung werden von konservativen, rechten und
1610 religiös-fundamentalistischen Kräften bedroht. Beleidigungen und Zurücksetzung queerer
1611 Menschen am Arbeitsplatz und im öffentlichen Raum sind alltäglich. Hass und Ablehnung
1612 wirken bis in das familiäre Umfeld hinein.

1613
1614 Die grün-schwarze Koalition bleibt queerpolitisch weit hinter dem Notwendigen zurück. Es
1615 drohen Stillstand und sogar Rückschritte. Die Wahl einer Unterstützerin der queerfeindlichen
1616 „Demo für Alle“ zur Landtagsvizepräsidentin - auch mit Stimmen der Grünen - und ihre
1617 Entsendung in den SWR-Rundfunkrat sind im höchsten Maße empörend. Das CDU-geführte
1618 Kultusministerium versagt bei der Umsetzung der „Leitperspektive Bildung für Toleranz und
1619 Akzeptanz von Vielfalt“, und das Innenministerium hält an der bizarren Praxis der
1620 Registrierung von HIV-positiven Menschen mit dem Merkmal ANST (für „ansteckend“) fest.
1621 Gleichzeitig unterbleiben die systematische Erfassung von queerfeindlichen Straftaten und
1622 ihre differenzierte Ausweisung in den Kriminalitätsstatistiken. Verfolgung aufgrund der
1623 sexuellen Orientierung spiegelt sich in den Asylverfahren nicht ausreichend wieder.

1624
1625 **DIE LINKE fordert:**

- 1626 • Schutz vor Diskriminierung: Queere Menschen und Regenbogenfamilien müssen in
1627 allen gesellschaftlichen Bereichen geschützt werden! Im öffentlichen Raum, in ihrer
1628 Freizeit, im Sport, in ihren Familien, in der Schule und am Arbeitsplatz.
- 1629 • Aufträge und Fördermittel des Landes sollen nur an Betriebe vergeben werden, die
1630 einen wertschätzenden Umgang mit Vielfalt praktizieren.
- 1631 • Aufklärungskampagnen: Das Land Baden-Württemberg muss verstärkt über die
1632 Vielfalt der Geschlechter, sexuelle Orientierungen und Lebensweisen informieren,
1633 Aufklärungskampagnen fördern und für Akzeptanz werben. Die Umsetzung der
1634 Leitperspektive „Bildung für Toleranz und Akzeptanz von Vielfalt“ an den Schulen
1635 muss fachlich, materiell und personell sichergestellt und regelmäßig evaluiert
1636 werden.
- 1637 • Das Land Baden-Württemberg soll ein Anti-Diskriminierungsgesetz nach Berliner
1638 Vorbild erhalten, das es ermöglicht, bei Diskriminierungen auch gegen öffentlich-
1639 rechtliche Einrichtungen zu klagen. Das Personal in allen Einrichtungen des Landes
1640 (zum Beispiel Behörden, Krankenhäuser, Polizei und Justiz) soll für queere Belange
1641 sensibilisiert werden.
- 1642 • Selbstverwaltete Community-Zentren in allen Regionen Baden-Württembergs:
1643 Schutzräume für Aufklärung, Beratung, Selbsthilfegruppen und die Entfaltung queerer
1644 Kultur.
- 1645 • Beratungsangebote für queere Menschen und ihre Angehörigen wollen wir ausbauen
1646 Ihre Verfügbarkeit muss auch in pandemiebedingten Lock-Down-Zeiten gewährleistet
1647 sein. Die Beratenden müssen angemessen bezahlt werden und sozial abgesichert
1648 arbeiten können.
- 1649 • Queerfeindliche Straftaten müssen systematisch erfasst und ausgewiesen werden!

- 1650 • Die sinnlose und stigmatisierende Praxis der Kennzeichnung von HIV-und/oder
1651 Hepatitis-positiven Menschen mit dem Kürzel ANST im Zusammenhang mit
1652 strafrechtlichen Ermittlungen muss sofort beendet und alle Daten gelöscht werden.
1653 • Schutz von queeren Geflüchteten und bessere Beratung.
1654 • Der Rundfunkrat des Südwestdeutschen Rundfunks (SWR) muss endlich um
1655 Vertreter*innen queerer Netzwerke und Organisationen ergänzt werden.
1656 • Abschaffung des Transsexuellengesetzes auf Bundesebene zugunsten einer
1657 unbürokratischen Personenstands- und Vornamensänderung im
1658 Personenstandsgesetz.
1659

1660 **6.4. „Nicht über uns ohne uns“ - selbstbestimmte Behindertenpolitik**

1661 Hindernisse für Menschen mit Behinderung müssen vor allem im Bildungsbereich beseitigt
1662 werden. In Baden-Württemberg sind rund 1,4 Millionen Menschen betroffen. Die meisten
1663 erleben täglich Einschränkungen, Benachteiligungen und Diskriminierungen durch die
1664 Gestaltung unserer Umwelt, unseres Umfeldes, durch Gesetze und bewusste Ausgrenzungen,
1665 Barrieren in Gebäuden, Verkehrssystemen oder in der Kommunikation. Frauen mit
1666 Behinderungen sind besonders oft noch zusätzlich von Erwerbslosigkeit, Armut und
1667 Abhängigkeit betroffen.
1668

1669 DIE LINKE will die 2009 in Deutschland unterzeichnete UN-Behindertenrechtskonvention,
1670 sofort und konsequent umsetzen. In der Bildung, in der Arbeitswelt und im Privaten stehen
1671 oft zwei Welten nebeneinander. Für die Mehrheit der Menschen wurden die wichtigsten
1672 Hindernisse beseitigt und die Teilhabe ermöglicht. Für die Minderheit, Menschen mit
1673 Behinderungen, wurde eine Parallelwelt geschaffen, die zwar in Sondereinrichtungen bessere
1674 Bedingungen schafft, aber häufig an den Rand der Gesellschaft führt. Diese Parallelwelt
1675 wollen wir überflüssig machen indem fördernde Maßnahmen bis hin zur persönlichen
1676 Assistenz in allen Unternehmen, Bildungseinrichtungen und im Alltag integriert werden. Das
1677 gilt für Schulen, wie für Werkstätten für Menschen mit Behinderung (WfbM) und
1678 barrierefreien Wohnraum. Die Verantwortung für Bildung trägt das Land, für eine inklusive
1679 Arbeitswelt vor allem Großbetriebe und der öffentliche Dienst.

1680 Die Corona-Pandemie zeigt, dass bis zur vollständigen Inklusion die Fördereinrichtungen für
1681 Menschen mit Behinderungen finanziell besser ausgestattet werden müssen.
1682

1683 **DIE LINKE fordert:**

- 1684 • Bildung inklusiv - vom Kindergarten bis zur Hochschule.
1685 • Sogenannte „Förderschulen“ schrittweise in qualifizierte Regelschulen umwandeln.
1686 • Menschen mit Behinderung nach Tarif bezahlen. Der gesetzliche Mindestlohn muss
1687 auch in Werkstätten für behinderte Menschen (WfbM) gelten.
1688 • Jedes Unternehmen, das zur Ausgleichsabgabe verpflichtet ist, muss Menschen mit
1689 Behinderungen beschäftigen. Von Unternehmen, die keine oder nicht ausreichend
1690 behinderte Menschen beschäftigen, wird eine Ausgleichsabgabe erhoben, die
1691 deutlich über den Kosten der möglichen Arbeitsplätze liegt.
1692 • Die Schwerbehindertenvertretung in den Betrieben rechtlich stärken.
1693 • Menschen mit Behinderung haben ein Recht auf Sexualität, Adoption und Assistenz
1694 für betreuende Eltern.
1695 • Für öffentliche Investitionen und Fördergelder gilt Barrierefreiheit als
1696 Vergabekriterium.
1697

1698 **6.5. Ein gutes Leben – auch im Alter**

1699 Die LINKE will, dass alle Menschen bis ins hohe Alter hinein gut und in Würde leben können,
1700 dass sie selbstbestimmt leben und aktiv an der Gesellschaft teilhaben. Umgekehrt ist die
1701 Lebenserfahrung älterer Menschen wichtig. Der Erhalt der Gesundheit, ein den
1702 Lebensumständen entsprechender Wohnraum und der Schutz vor Verarmung für alle sind
1703 für uns deswegen zentrale politische Ziele.
1704

1705 Immer mehr Menschen haben trotz lebenslanger Erwerbs- und Sorgearbeit im Alter nicht
1706 genug für ein gutes Leben. Immer mehr ältere Menschen sind auf Grundsicherung
1707 angewiesen oder müssen ihre schmale Rente mit Minijobs und Flaschensammeln
1708 aufbessern. Prekäre Arbeitsverhältnisse, die fortschreitende Umverteilung nach oben und
1709 eine Rentenpolitik, die die Bevölkerungsentwicklung mit immer mehr älteren Menschen
1710 nicht berücksichtigt, sind Ursache dafür. Auf Bundesebene setzt sich DIE LINKE für eine
1711 solidarische Mindestrente von 1050 Euro ein.
1712

1713 **Die LINKE fordert:**

- 1714 • Mehr barrierefreien, altersgerechten, generationenübergreifenden und bezahlbaren
1715 Wohnraum. Mehrgenerationenhäuser wollen wir ausbauen.
- 1716 • Wohnortnahe (Grund-)ärztliche Versorgung.
- 1717 • Ausbau kombinierter Mobilitätsangebote für ältere Menschen.
- 1718 • Förderung von Begegnungsangeboten im Ort / im Quartier und Ausbau von
1719 Beratungs- und Betreuungsangeboten.
- 1720 • Die Berücksichtigung der Lebenslagen von älteren Frauen, von älteren Menschen mit
1721 Migrationsgeschichte, Menschen mit Behinderung und queeren älteren Menschen.
1722

1723 **6.6. Willkommen im Einwanderungsland Baden-Württemberg**

1724 Die Bevölkerung Baden-Württembergs ist vielfältig, über 30 % der Menschen hat eine
1725 Migrationsgeschichte. Das bereichert das Leben in Baden-Württemberg.
1726 Rechte Parteien heizen bewusst mit rassistischer Hetze gegen Geflüchtete und Einwanderer
1727 das politische Klima auf. Diskriminierungen in Institutionen, Schulen, auf dem Arbeits- und
1728 Wohnungsmarkt aufgrund von Aussehen, Namen oder Religionszugehörigkeit erschweren
1729 vielen Menschen das Leben. Viele Einwander*innen arbeiten als Ungelernte, in Leiharbeit
1730 oder werden mit Dumpinglöhnen, Scheinselbstständigkeit und halblegaler Unterbringung
1731 ausgebeutet. Menschen mit Migrationsgeschichte leiden häufig unter
1732 Mehrfachdiskriminierung, Stigmatisierung und Ausbeutung. Die ältere Generation lebt
1733 besonders häufig in Altersarmut. Der schulische und berufliche Werdegang der Kinder ist oft
1734 aufgrund ihrer Herkunft erschwert. Queere Geflüchtete werden zusätzlich zu ihrer Herkunft
1735 auch aufgrund ihrer sexuellen Identität ausgegrenzt.
1736 DIE LINKE tritt für ein weltoffenes Land und ein respektvolles Miteinander ein. Alle müssen
1737 die gleichen Rechte haben.
1738

1739 **DIE LINKE fordert:**

- 1740 • Racial Profiling stoppen: Menschen dürfen nicht wegen ihrer Hautfarbe im Fokus
1741 polizeilicher Kontrollen stehen. Wir wollen deswegen ein Monitoring und eine
1742 unabhängige Stelle auf Landesebene für Beschwerden zu Polizeiübergriffen
1743 einführen.

- 1744 • Aktive Antidiskriminierungspolitik: Verpflichtende antirassistische und interkulturelle
- 1745 Weiterbildungen für Lehrkräfte und Staatsbeschäftigten und mehr Menschen mit
- 1746 Migrationserfahrungen in alle Ebenen des öffentlichen Dienst.
- 1747 • Wer hier lebt, soll auch hier wählen: uneingeschränktes Wahlrecht für Menschen, die
- 1748 ihren Lebensmittelpunkt seit mindestens fünf Jahren in Baden-Württemberg haben.
- 1749 • Berufsqualifikationen aus dem Ausland unbürokratisch anerkennen.
- 1750 • Einbürgerungskampagnen und einfachere Einbürgerung ohne Zwang, die bisherige
- 1751 Staatsangehörigkeit abzugeben.
- 1752 • Das Aufenthaltsrecht darf nicht vom Familienstatus, Deutschkenntnissen, einem Job
- 1753 oder dem Kontostand abhängig gemacht werden. Familiennachzug wollen wir
- 1754 vereinfachen und für illegalisierte Menschen ohne Ausweispapiere Aufenthaltsrecht
- 1755 schaffen.
- 1756 • Förderung des muttersprachlichen Unterrichts in allen Schulformen.
- 1757 • Zugang zu Integrations- und Sprachangeboten für alle.
- 1758 • Stärkere Förderung sozialen, kulturellen und politischer Selbstorganisation von
- 1759 Menschen mit Migrationsgeschichte.
- 1760

1761 **6.7. Schutzsuchende aufnehmen und willkommen heißen**

1762 Menschen, die vor Krieg, Hunger und Not fliehen, wollen wir willkommen heißen und ihnen
 1763 ein unabhängiges und diskriminierungsfreies Leben ermöglichen.

1764 Flucht ist Folge von Krieg und bewaffneten Konflikten, politischer, rassistischer, religiöser und
 1765 sexueller Verfolgung, Umweltzerstörung sowie Armut, Not und Ausgrenzung. Die
 1766 Industriestaaten, auch Deutschland und die EU, tragen hierfür maßgeblich
 1767 Mitverantwortung. Durch die Ausbeutung von Ressourcen werden wirtschaftliche und
 1768 soziale Grundlagen in den Entwicklungs- und Schwellenländern systematisch zerstört. Wir
 1769 setzen uns für die Bekämpfung von Fluchtursachen ein: durch eine solidarische Wirtschafts-
 1770 und Handelspolitik, den Stopp aller Waffenexporte, das Beenden der Auslandseinsätze der
 1771 Bundeswehr und die konsequente Förderung von Frieden. Solange Fluchtursachen bestehen,
 1772 sind wir verpflichtet, Geflüchtete aufzunehmen und uns für ihre gleichberechtigte Teilhabe
 1773 am gesellschaftlichen Leben einzusetzen.

1774
 1775 **DIE LINKE fordert:**

- 1776 • ein Landesaufnahmeprogramm nach Berliner Vorbild, das den Kommunen mehr
- 1777 Möglichkeiten bei der Aufnahme von Geflüchteten gibt.
- 1778 • Baden-Württemberg soll Sicherer Hafen werden und freiwillig mehr Geflüchtete
- 1779 aufnehmen.
- 1780 • Keine Kriminalisierung von Flüchtlingshelfer*innen und Seentretter*innen!
- 1781 • Dezentrale Unterbringung und freie Wohnortwahl für geflüchtete Menschen. Ein
- 1782 landesweites, soziales Wohnbaukonzept soll die integrative Unterbringung von
- 1783 Flüchtlingen ermöglichen.
- 1784 • Auch in Unterkünften für Geflüchtete müssen Grundrechte wie die Unverletzlichkeit
- 1785 der Wohnung gelten. Besonders schutzbedürftige Personen brauchen eigene Räume.
- 1786 • Das Land soll die gesetzliche Bleiberechtsregelung geduldeter Geflüchteter
- 1787 konsequent anwenden. Über Bleiberechtsoptionen muss proaktiv von unabhängigen
- 1788 Stellen informiert werden.
- 1789 • Kostenlose Beratung und Verfahrenshilfe im Asylverfahren. Wir wollen die
- 1790 Beibehaltung der unabhängigen Sozial- und Verfahrensberatung in den
- 1791 Erstaufnahmeeinrichtungen des Landes und besseren Rechtsschutz gegen
- 1792 Abschiebungen. Die Kosten für anwaltliche Vertretungen sollen künftig im Rahmen

- 1793 der Verfahrenskostenhilfe im vorgerichtlichen Verwaltungsverfahren übernommen
1794 werden.
- 1795 • Keine Abschiebungen aus Baden-Württemberg! Das Land soll einen
1796 Winterabschiebestopp erlassen und diesen auch bundesweit bewirken. Kitas,
1797 Bildungs- und Jugendhilfeeinrichtungen und Krankenhäuser müssen zu Schutzräumen
1798 vor Abschiebungen werden.
 - 1799 • Ein Ende der Abschiebungshaft in Baden-Württemberg und Schließung der
1800 Abschiebehaftanstalt Pforzheim.
 - 1801 • Jegliche Verschärfungen des Asylrechts sofort abschaffen! Streichung der Einstufung
1802 Geflüchteter in sogenannte sichere Herkunftsländer und Abschaffung des Konzepts
1803 der „sicheren Herkunftsländer“.
 - 1804

1805 **6.8. Rassisten und Faschisten keinen Raum bieten**

1806 Baden-Württemberg für Alle heißt, dass wir Ausgrenzung, Bedrohung und Gewalt keinen
1807 Raum geben und sie gesellschaftlich ächten, uns zu unserer historischen Verantwortung
1808 bekennen und Verantwortung für die Zukunft in einer solidarischen Welt übernehmen. Ob
1809 physische oder digitale Hetze, Verleumdung oder Bedrohung: niemand darf aus egal
1810 welchem Motiv heraus in seinen Grundrechten verletzt werden. Von deutschem Boden darf
1811 nie wieder ein Krieg ausgehen.

1812 1813 **DIE LINKE fordert:**

- 1814 • Antirassismus und Antifaschismus in der Landesverfassung verankern!
- 1815 • Die Einrichtung einer Enquete-Kommission gegen rassistische Gewalt.
- 1816 • Die Einrichtung eines Untersuchungsausschusses zum NSU und zu rechten
1817 Netzwerken in Polizei und Sicherheitsbehörden: der Mord an der Heilbronner
1818 Polizistin Michèle Kiesewetter und die Verstrickung einiger ihrer Kolleg*innen in den
1819 Baden-Württembergischen Ku-Klux-Klan sind bisher nicht vollständig aufgeklärt
1820 worden.
- 1821 • Entschlossene Aufklärung der Bedrohung von linken Politiker*innen und
1822 Aktivist*innen durch den NSU 2.0.
- 1823 • Der 8. Mai wird in Baden-Württemberg als Tag der Befreiung gesetzlicher Feiertag.
- 1824 • Wir wehren uns gegen jede Form der rassistischen Stammbaumforschung. Migration
1825 darf nicht zum Sündenbock für Ausschreitungen gemacht werden. Vielmehr wollen
1826 wir die sozialen Ursachen bekämpfen und Perspektiven das Zusammenleben in
1827 unserer Gesellschaft für die junge Generation schaffen.
- 1828

1829 **6.9. Weltanschaulich frei!**

1830 Die LINKE Baden-Württemberg steht zum Recht auf Religionsfreiheit: niemand darf aufgrund
1831 seiner Zugehörigkeit zu einer bestimmten Weltanschauungsgemeinschaft bevorzugt oder
1832 benachteiligt werden. Es muss sowohl möglich sein, die eigene Religion frei auszuüben als
1833 auch ein Leben frei von Religion gestalten zu können.

1834 1835 **DIE LINKE fordert:**

- 1836 • Die Landesverfassung wird weltanschaulich neutral überarbeitet, keine
1837 Glaubensrichtung wird pauschal zur Leitkultur für alle Menschen erklärt.
- 1838 • Ethikunterricht wird Pflichtfach an allgemeinbildenden Schulen.

- 1839
- 1840
- 1841
- 1842
- 1843
- 1844
- 1845
- 1846
- 1847
- Das „Tanzverbot“ an sogenannten „stillen Feiertagen“ (Allerheiligen, Allgemeiner Buß- und Betttag, Volkstrauertag, Totengedenktag, Gründonnerstag, Karfreitag, Karsamstag) wird ersatzlos gestrichen.
 - Das Land setzt sich im Bundesrat dafür ein, dass im Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz und im Betriebsverfassungsgesetz die Ausnahmeregelungen für Religionsgemeinschaften als Arbeitgeberinnen gestrichen werden.

1848 **Kapitel 7: Mehr Demokratie jetzt**

1849

1850 Gelebte Demokratie braucht starke Freiheitsrechte und mehr demokratische

1851 Mitbestimmungsmöglichkeiten – in den Kommunen, Parlamenten und den Betrieben.

1852 Demokratie heißt für uns auch Wirtschaftsdemokratie, d.h. mehr demokratische

1853 Einflussmöglichkeiten auf wirtschaftspolitische Grundsatzentscheidungen. Demokratie heißt

1854 auch den Einzelnen vor einem sich selbst ermächtigenden Staat zu schützen. Zentrale Fragen,

1855 die unser Leben und unsere Zukunft betreffen, sollen von uns allen und nicht nur von großen

1856 Unternehmern entschieden werden: Wie und wo wollen wir wohnen? Wie sieht eine

1857 klimafreundliche Industrie aus? Welche medizinische Versorgung habe ich in meiner Nähe?

1858

1859 **7.1. Direkte Demokratie und Bürgerbeteiligung ausbauen**

1860 Grüne und CDU haben mit der Zurückweisung des Volksantrags für gebührenfreie Kitas unter

1861 Beweis gestellt, dass demokratische Mitbestimmung mit ihnen nicht zu haben ist. Es ist

1862 unerträglich, dass in Baden-Württemberg 35% aller Bürgerbegehren meist aufgrund von

1863 Formfehlern für unzulässig erklärt werden. Unnötige bürokratische Hürden müssen abgebaut

1864 und mehr Transparenz muss hergestellt werden. Das baden-württembergische

1865 Informationsfreiheitsgesetz ist eines der schlechtesten in ganz Deutschland. Es verhindert,

1866 dass Bürger*innen Informationen erhalten anstatt dies zu ermöglichen. Wir wollen mehr

1867 Transparenz statt Beratungen hinter verschlossenen Türen und mehr demokratische

1868 Mitbestimmung.

1869

1870 **DIE LINKE fordert:**

- 1871
- 1872
- 1873
- 1874
- 1875
- 1876
- 1877
- 1878
- 1879
- 1880
- 1881
- 1882
- 1883
- 1884
- 1885
- 1886
- Bürgerfreundliche Überarbeitung des Volksabstimmungsgesetzes für landesweite Volksanträge, Volksbegehren und Volksabstimmungen: Eine verbindliche Zulässigkeitsprüfung muss bereits vor Beginn von großen Unterschriftensammlungen ermöglicht werden, ebenso eine Online-Eintragung für Volksbegehren. Von Bürger*innen eingebrachte Gesetzentwürfe sollen im Laufe des Verfahrens weiterentwickelt werden können. Volksbegehren sollten zur Korrektur von Landtagsbeschlüssen ermöglicht werden („fakultative Referenden“).
 - Einführung von Bürgerbegehren zu landkreisbezogenen Themen, die in den Kreistagen behandelt werden.
 - Einwohneranträge an Gemeinderäte erleichtern.
 - Förderung digitaler Verwaltungsdienstleistungen und Online-Mitbestimmung der Bürger*innen durch E-Government-Projekte.
 - Ein umfassendes Transparenzgesetz nach dem Vorbild von Hamburg, das durch einen unabhängigen Bürgerrat ausgearbeitet werden soll.
 - Der Landtag muss formale Hürden beseitigen, damit zu allen Tagesordnungspunkten einer Gemeinderatssitzung spontane Anhörungen von betroffenen Einwohner*innen

- 1887 ermöglicht werden. Das Gebot, öffentlich zu tagen, muss für Ausschüsse in gleicher
1888 Weise gelten wie für die Kreistags- und Gemeinderatssitzungen selbst.
1889 • Wir wollen in Baden-Württemberg einen Bürgerhaushalt einführen, bei dem
1890 Bürger*innen Projekte einreichen können und selbstständig über die Vergabe der
1891 Finanzmittel entscheiden können.
1892 • Direktwahl aller Regionalversammlungen sowie der Landrätinnen und Landräte.
1893

1894 **7.2. Für ein faires Wahlrecht**

1895 Ihr Versprechen zur Reform des kritikwürdigen Landtagswahlrechts haben die Grünen nun
1896 schon zwei Mal nach jeder Landtagswahl gebrochen. Davon hängt aber die
1897 Geschlechtergerechtigkeit zentral ab, denn das bisherige Landtagswahlrecht benachteiligt
1898 Frauen schwer. Der baden-württembergische Landtag hat einen Frauenanteil von nur 26,6%.
1899 Auch in anderer Hinsicht gibt es beim Wahlrecht in Land und Kommunen Reformbedarf.
1900

1901 **DIE LINKE fordert:**

- 1902 • Ein neues Landtagswahlgesetz, das durch einen unabhängigen Bürgerrat
1903 ausgearbeitet wird.
1904 • Bei der Landtagswahl zwei Stimmen wie bei der Bundestagswahl (Erststimme für
1905 Persönlichkeiten aus dem Wahlkreis; Zweitstimme für Parteien in Form von
1906 Landeslisten) und zwei statt nur einen zu wählenden Abgeordneten pro Wahlkreis
1907 (die dazu an die Größe von Bundestagswahlkreisen angepasst werden), damit jede
1908 Partei zwei gleichberechtigte Bewerber*innen für einen Wahlkreis aufstellen kann.
1909 • Wir wollen einen angemessenen Frauenanteil im Landtag auch gesetzlich verankern.
1910 Das soll durch ein Paritätsgesetz erreicht werden. Das heißt, Parteien müssen ihre
1911 Wahllisten nach Geschlecht quotieren.
1912 • Gegen Bürgermeister*innen, die jedes Vertrauen verspielt haben, muss durch
1913 Bürgerbegehren ein vorzeitiges Abwahlverfahren einleitbar sein, wie es z.B. heute
1914 schon in Schleswig-Holstein möglich ist.
1915 • Absenkung des Mindestwahlalters bei Landtagswahlen auf 16 Jahre.
1916

1917 **7.3. Freiheit erhalten. Polizeiaufgaben begrenzen**

1918 Demokratie braucht Freiheitsrechte wie der Mensch die Luft zum Atmen. Doch die grün-
1919 schwarze Landesregierung baut mit der Verschärfung des Polizeigesetzes Freiheitsrechte ab.
1920 Die Grünen haben in der Regierung der CDU die Innenpolitik komplett überlassen und so die
1921 Angriffe auf die Freiheitsrechte ermöglicht. So wurden mit dem Polizeiaufgabengesetz von
1922 2017 Polizei und Verfassungsschutz befugt schon präventiv und in Verdachtsfällen private
1923 Chats von Bürger*innen mitzulesen, der Staatstrojaner wurde eingeführt und die
1924 automatisiert ausgewertete Videoüberwachung ermöglicht. Dazu erklärte Ministerpräsident
1925 Kretschmann, man sei damit „an die Grenze des verfassungsmäßig Machbaren“ gegangen.
1926 Inzwischen wird über die nächste Verschärfung des Polizeigesetzes verhandelt. Dabei wird
1927 insbesondere die Repression gegen Personen, die von der Polizei oft ohne konkrete Hinweise
1928 als „Gefährder*innen“ verdächtigt werden, verschärft. Gleichzeitig höhlen
1929 verdachtsunabhängige Kontrollen vor Großveranstaltungen das Grundrecht auf
1930 Versammlungsfreiheit immer weiter aus. Unverhältnismäßige Polizeieinsätze sind aber nicht
1931 nur bei Demonstrationen ein Problem. Rassistische motivierte Polizeikontrollen („Racial
1932 Profiling“) und Gewalt sind für viele Menschen in Baden-Württemberg Alltag. Das wollen wir
1933 ändern!
1934

1935 **DIE LINKE fordert:**

- 1936 • Die Rücknahme der unter Grün-Schwarz beschlossenen Polizeigesetze und ein Ende
1937 der Militarisierung der Polizei.
- 1938 • Den Erhalt von Polizeistationen im ländlichen Raum. Polizeilicher Schutz darf keine
1939 Frage des Wohnortes sein.
- 1940 • Das Ende der Videoüberwachung von Versammlungen und öffentlichen Plätzen. Das
1941 schafft keine Sicherheit, sondern verlagert allenfalls Kriminalität.
- 1942 • Eine unabhängige Beschwerde- und Ermittlungsstelle für polizeiliches Fehlverhalten
1943 nach Vorbild des englischen IOPC. Diese muss unabhängig entscheiden können,
1944 eigenständige Ermittlungen gegen die Polizei einzuleiten. Die faktische Straffreiheit
1945 polizeilichen Fehlerhaltens wollen wir so beenden.
- 1946 • Die Einführung einer individuellen Kennzeichnungspflicht für Polizist*innen.
- 1947 • Ein Landes-Antidiskriminierungsgesetz mit einem Verbandsklagerechts gegen
1948 Sicherheitsbehörden sowie einer Beweiserleichterung für Betroffene von
1949 Diskriminierung.
- 1950 • Die Deckelung der polizeilichen Präventivhaft auf 96 Stunden nach dem Vorbild
1951 Bremens.
- 1952 • Bei der Polizeiausbildung muss ein größeres Gewicht auf Antirassismus, Antisexismus,
1953 Deeskalation und politische Bildung gelegt werden, um z.B. „Racial Profiling“ zu
1954 vermeiden.
- 1955 • Polizeiliche Kontrollen sollen ebenfalls nach Bremer Vorbild zukünftig gegenüber den
1956 Kontrollierten zu begründen sein. Der Anlass der Kontrolle muss in einer Quittung für
1957 den Kontrollierten vermerkt werden. So lässt sich Racial Profiling effektiv verhindern.
- 1958 • Eine Privatisierung polizeilicher Aufgaben, etwa durch private Sicherheitsdienste,
1959 lehnen wir entschieden ab.
- 1960 • Das Ende der Kriminalisierung unabhängiger medialer und politischer Initiativen etwa
1961 durch Vereinsverbote („linksunten.indymedia“) sowie der kurdischen
1962 Freiheitsbewegung.
- 1963

1964 **7.4. Verfassung schützen - ohne intransparenten Geheimdienst**

1965 Die Verfassung muss geschützt und verteidigt werden. Aber der Geheimdienst
1966 „Verfassungsschutz“ schützt die Ziele der Verfassung leider nicht. Im Fall der rechten
1967 Terrorgruppe NSU, die zehn Morde beging, darunter auch in Baden-Württemberg, blieb der
1968 Landes- und Bundesverfassungsschutz nicht nur weitgehend tatenlos. Er behinderte die
1969 Ermittlungen und die Aufklärung und relativierte die Gefahr von Rechts. Nach zwei
1970 mangelhaft durchgeführten NSU-Untersuchungsausschüssen sind der Mord und der
1971 Mordanschlag von Heilbronn nicht aufgeklärt und ist das Terrornetzwerk in Baden-
1972 Württemberg nicht ausgehoben. Das geht so nicht und ist nur die Spitze des Eisbergs von
1973 Verfehlungen des „Verfassungsschutzes“.

1974

1975 **DIE LINKE fordert:**

- 1976 • Auflösung des „Verfassungsschutzes“ als Geheimdienst. Stattdessen Schaffung einer
1977 transparent arbeitenden wissenschaftlichen Beobachtungsstelle von Angriffen auf
1978 Menschenrechte, Grundrechte und Demokratie ohne geheimdienstliche Befugnisse.
- 1979 • Konsequenzen aus dem NSU-Komplex ziehen: V-Leute-System beenden. Rassismus,
1980 Gewalt und Menschenfeindlichkeit müssen wirksam bekämpft werden.
- 1981 • Mehrfach hat sich der Landesverfassungsschutz der parlamentarischen Kontrolle
1982 entzogen. Dies wollen wir in einem Untersuchungsausschuss aufarbeiten und davon

- 1983 ausgehend die parlamentarische Kontrolle des Verfassungsschutzes bis zu seiner
 1984 Auflösung stärken.
- 1985 • Förderung zivilgesellschaftlichen Engagements: Wir wollen eine stärkere Förderung
 1986 von Projekten zur Gewaltprävention, zur Demokratieförderung und für Antirassismus.
 - 1987 • Unter der durch den Geheimdienst „Verfassungsschutz“ exekutierten
 1988 Berufsverbotspolitik vor allem der 1970er und 1980er Jahre leiden viele Betroffene
 1989 noch heute. Wir fordern dazu eine kritische Aufarbeitung und die staatliche
 1990 Rehabilitation und Entschädigung der Berufsverbotsopfer.
 - 1991

1992 **7.5. Strafvollzug humanisieren**

1993 Die Resozialisierung von Straftäter*innen, ein wesentliches Ziel des Strafvollzugs, wird durch
 1994 die Institution Gefängnis grundsätzlich untergraben. Der Freiheitsentzug kann nicht auf ein
 1995 selbständiges und verantwortungsvolles Leben in Freiheit vorbereiten. Die Hälfte aller
 1996 verurteilten Straftäter wird deshalb rückfällig. Ex-Gefangenen gelingt ein Neustart meist
 1997 nicht. Sie finden oft weder Job noch Wohnung. Wir sind gegen Zwangsarbeit in Gefängnissen,
 1998 von der kapitalistische Unternehmen profitieren und die Gefangene in ein Leben in Armut
 1999 schickt. Statt auf Repression setzen wir auf Prävention. Wir stehen für die Entwicklung von
 2000 sinnvollen Alternativen zur Freiheitsstrafe. Diese braucht es insbesondere für jugendliche
 2001 Straftäter*innen. Wo es nicht anders möglich ist, müssen Freiheitsstrafen anders ausgestaltet
 2002 werden. Wir wollen akzeptable Haftbedingungen besonders für Menschen, die von
 2003 Diskriminierung betroffen sind. Hierzu muss das Kaputtsparen des Justizvollzugs beendet
 2004 werden.

2005 **DIE LINKE fordert:**

- 2006 • Unterfinanzierung des Strafvollzugs und Überbelegung von Gefängniszellen beenden.
- 2007 • Einführung von mind. 80% des gesetzlichen Mindestlohns, volle Sozialversicherung
 2008 und eine Gesundheitsversorgung für Strafgefangene, die den Vorgaben der
 2009 gesetzlichen Krankenversicherung entspricht.
- 2010 • Zugang zum Internet, zu Psycholog*innen und Sozialarbeiter*innen sowie
 2011 Weiterbildung für Strafgefangene sicherstellen.
- 2012 • Keine (Teil-)Privatisierung von Strafvollzugsanstalten.
- 2013 • Schaffung unabhängiger Beschwerdestellen für Strafgefangene.
- 2014 • profitorientierte Unternehmen dürfen keine Geschäfte mit Gefangenen machen.
- 2015
- 2016

2017 **7.6. Medien – demokratisch und vielfältig**

2018 Eine funktionierende Demokratie braucht eine freie und vielfältige Medienlandschaft. Das
 2019 Internet hat diese in den letzten Jahren massiv verändert. Während sich private Streaming-
 2020 Angebote immer mehr durchsetzen, geraten Fernsehen und Radio zunehmend aufs
 2021 Abstellgleis. Vor allem ältere Menschen drohen von der Digitalisierung aller Lebensbereiche
 2022 abgehängt zu werden.

2023 Der Zugang zu zeitgemäßen Kommunikationsmitteln und Medien ist für ein demokratisches
 2024 Gemeinwesen zentral. Daher müssen die Netzneutralität gewahrt und der zügige Netzausbau
 2025 – insbesondere auf dem Land – durch öffentliche Mittel gesichert werden.

2026 Die vielfältigeren Angebote, die mit dem Internet entstanden sind, führen allerdings auch zu
 2027 einer Verflachung und Kommerzialisierung der Berichterstattung bis hin zur Verbreitung von
 2028 Fake News. Der öffentlich-rechtliche Rundfunk muss ein starkes Gegengewicht zu falschen
 2029 Nachrichten und Verschwörungstheorien darstellen und zur Herstellung einer kritischen
 2030 Öffentlichkeit beitragen. Dazu muss er sich den Änderungen im Nutzungsverhalten anpassen

2031 und darf nicht weiter beim Ausbau seiner digitalen Angebote behindert werden. Ebenso
2032 muss die innere Pressefreiheit in den Redaktionen geschützt werden.
2033 Hatespeech (Hassrede) im Internet stellt eine Gefahr für die Meinungsfreiheit dar. Wir setzen
2034 uns daher für einen Schutz der Betroffenen ein, insbesondere auch bei sexualisierter digitaler
2035 Gewalt gegen Frauen und Minderheiten.

2036
2037 **DIE LINKE fordert:**

- 2038 • Stärkung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks: Die digitalen Angebote des SWR,
2039 insbesondere für junge Menschen, müssen ausgebaut werden. Online-Angebote in
2040 Mediatheken müssen dauerhaft erhalten statt gelöscht werden und eine
2041 Weiterentwicklung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks gemäß des bisherigen
2042 Rundfunkstaatsvertrags gesichert werden.
- 2043 • Der Landesrundfunkrat Baden-Württemberg muss vielfältiger werden. Die
2044 Zusammensetzung muss nach transparenten und demokratischen Kriterien erfolgen.
2045 Insbesondere wünschen wir uns die Einbeziehung weiterer Bevölkerungsgruppen,
2046 wie z.B. queerer oder atheistischer Vertretungen.
- 2047 • Eine angemessene Bezahlung in den Redaktionen statt prekärer Beschäftigung durch
2048 Honorarverträge oder Beschäftigung als ungesicherte "Freie".
- 2049 • Finanzielle Förderung freier Radios und offener Kanäle (Bürger*innenfernsehen).
- 2050 • Das Land muss einkommensschwachen Haushalten eine subventionierte
2051 Grundversorgung mit kostenlosem Breitband-Internet zur Verfügung stellen.
- 2052 • Die Förderung seniorengerechter Angebote und Einstiegshilfen zur Nutzung digitaler
2053 Medien.

2054

2055 **7.7. Wirtschaftsdemokratie: Sozial- und Transformationsräte**

2056 Demokratische Mitbestimmung darf nicht am Betriebstor enden. Viele negative Beispiele
2057 zeigen, wohin das führt: Die Corona-Pandemie hat Missstände in der Lebensmittelindustrie
2058 aufgedeckt. Der Abgasskandal, aber auch z.B. das Verhalten von Wohnungskonzerne wie
2059 Vonovia und Deutsche Wohnen demonstrieren, dass kapitalistische Konzerne nicht im
2060 Interesse der Beschäftigten, Verbraucher*innen und der Umwelt wirtschaften. Wir wollen,
2061 dass diese zentralen Bereiche unseres Lebens demokratisch, von allen im Land lebenden
2062 Menschen, bestimmt werden. Wir wollen daher gemeinsam mit Gewerkschaften einen
2063 Diskussionsprozess über die Ausgestaltung demokratischer Eigentumsformen initiieren. In
2064 einem ersten Schritt fordern wir daher einen Privatisierungsstopp der öffentlichen
2065 Daseinsvorsorge.

2066
2067 **DIE LINKE fordert:**

- 2068 • Privatisierungsstopp: Öffentliche Daseinsvorsorge muss in öffentlicher Hand bleiben.
- 2069 • Ausbau und Demokratisierung der Mitbestimmung der Belegschaft in Aufsichtsräten,
2070 mit Veto-Recht gegen Massenentlassungen und Standortschließungen.
- 2071 • Verbindliche Einbeziehung der Belegschaften bei Fragen der Arbeitsorganisation
2072 durch Belegschaftsversammlungen.
- 2073 • Überführung von zentraler Infrastruktur und Schlüsselindustrien in demokratischer
2074 Kontrolle zugängliche Eigentumsformen durch eine Kombination von öffentlicher
2075 Beteiligung und Belegschaftseigentum.
- 2076 • Wirtschafts- und Sozialräte bei großen Infrastrukturmaßnahmen unter Einbeziehung
2077 von Nichtregierungsorganisationen, Umweltverbänden, Gewerkschaften und
2078 Bürger*innen.

- 2079 • Landespersonalvertretungsgesetz: Ausbau des gesetzlichen Mitbestimmungsrechts
2080 von Personalräten.
2081
2082

2083 **Kapitel 8: Für eine soziale, demokratische und zukunftsfähige** 2084 **Wirtschaft in Baden-Württemberg**

2085
2086 Die baden-württembergische Wirtschafts- und Industriepolitik orientiert sich seit
2087 Jahrzehnten an der Wirtschaftskraft der Automobil- und ihrer Zuliefererindustrie, die über
2088 viele Jahre für einen stabilen, mitunter sogar wachsenden Beschäftigungsmarkt sorgte. Die
2089 Politik der jetzigen Landesregierung und die der Vorgängerregierungen haben die von der
2090 Industrie verlangten Rahmenbedingungen oftmals „blind“ erfüllt, statt lenkend einzugreifen
2091 und auf die Stärkung von Ökologie und Innovation hinzuarbeiten.

2092
2093 Die Automobilbranche hat zu spät begonnen, den Mobilitätswandel innovativ
2094 voranzutreiben. Der Wunsch, den Status Quo beizubehalten, ist nach wie vor stark
2095 ausgeprägt. Stattdessen muss sich die Automobil- zu einer Mobilitätsindustrie wandeln und
2096 einen Beitrag zu nachhaltiger Mobilität leisten. Eine aktive Landespolitik darf diesen
2097 Veränderungsprozess nicht bremsen, sie muss die Umbruchphase aktiv begleiten. Es gilt, die
2098 Innovation innerhalb der Branche und darüber hinaus zu fördern und gleichzeitig konsequent
2099 einzufordern. Wenn es nicht gelingt diesen Konversionsprozess zu beschleunigen, müssen wir
2100 mit dem Verlust von Wirtschaftskraft und Arbeitsplätzen schon kurzfristig in dramatischen
2101 Dimensionen rechnen. Der „verschlafene“ Wandel in der Automobilindustrie wird nun
2102 versucht auf dem Rücken der Beschäftigten durch den Abbau von zehntausender
2103 Arbeitsplätze zu lösen. Dies lehnen wir als LINKE ab.

2104
2105 Gleichzeitig wird kaum wahrgenommen, dass neben der dominierenden Industrie der
2106 Dienstleistungsbereich mit Gesundheitswesen, Tourismus, Gastronomie, Handel und Kultur
2107 an wirtschaftlicher Bedeutung gewonnen hat. Viele Arbeitsplätze sind hier in den letzten
2108 Jahren entstanden. Bisherige Landesregierungen haben dabei ignoriert, dass in diesen
2109 Branchen keine oder eine nur geringe Einkommensentwicklung stattgefunden hat. Heute gibt
2110 es in Baden-Württemberg bundesweit mit etwa 23% die höchste Anzahl prekärer
2111 Beschäftigungsverhältnisse. Besonders betroffen davon sind Frauen. Dabei sind sie als
2112 Alleinerziehende oft diejenigen, die mit ihrem Einkommen die wirtschaftliche Basis ihrer
2113 Familien erwirtschaften.

2114
2115 Als LINKE ist die gleichberechtigte Einbeziehung aller Branchen - anstatt der bisher zu
2116 einseitigen Ausrichtung auf die Automobilindustrie - in der landesweiten Wirtschaftspolitik
2117 das Ziel, um gute und sichere Arbeitsplätze zu erhalten und zu entwickeln. Wir als LINKE
2118 wollen eine Wende in der Wirtschaftspolitik einleiten hin zu einer Wirtschaft, die Mensch
2119 und Natur dient, statt ihr zu schaden.

2120
2121 Es muss ein **Konversionsprogramm für die Automobilindustrie** aufgelegt werden. Kleine und
2122 mittlere Betriebe haben in der derzeitigen Transformationsphase oft nicht genug Ressourcen,
2123 um Beschäftigte ausreichend und zukunftsorientiert weiter zu bilden oder an Innovationen
2124 zu arbeiten. Das Konversionsprogramm muss daher einen Weiterbildungsfonds für
2125 Beschäftigte enthalten und Innovationen im ökologischen Bereich fördern z.B. für einen
2126 Antriebswechsel oder einen ressourcenfreundlichen Umbau der Fahrzeuge. Wir wollen einen
2127 Branchenrat einsetzen, der aus Unternehmen, Betriebsräten, Gewerkschaften,

2128 Umweltverbände und der Politik besteht und den Umbau der Automobilindustrie
2129 vorantreibt. Die Automobilindustrie soll kurzfristig weg von Verbrennungsmotoren kommen
2130 und langfristig eine Mobilitätsindustrie werden, die einen Beitrag zu nachhaltigeren Mobilität
2131 leistet wie durch die Produktion von E-Bussen für den ÖPNV. Fördermittel werden an den
2132 Stopp jeglichen Arbeitsplatzabbaus und die Einhaltung von Tarifverträgen geknüpft. Im
2133 Bundesrat werden wir eine Initiative für ein Veto-Recht der Beschäftigten bei
2134 Standortschließungen starten und zum Verbot von Massenentlassungen.

2135

2136 **Unternehmen in der Krise existenziell sichern und zu sozialen, ökologischen und**
2137 **demokratischen Unternehmen weiterentwickeln:** Unternehmen, die sich in der Krise
2138 befinden, sollen Hilfen aus öffentlicher Hand erhalten, um Arbeitsplätze zu sichern.
2139 Bürgschaften werden über die Landesbank vergeben, ein Beteiligungsfond an Unternehmen
2140 eingerichtet. Beteiligt sich die öffentliche Hand an Unternehmen, so muss sie aktiv eingreifen
2141 und Vorgaben machen, die soziale und ökologische Kriterien stärken, Mitbestimmungsrechte
2142 der Beschäftigten durchsetzen und die Tarifbindung sichern.

2143

2144 Einen breiten Branchenmix sicherstellen durch eine gleichberechtigte Unterstützung und
2145 Förderung der gesamten Wirtschaft. Wir wollen eine Wirtschaftspolitik realisieren, die aktiv
2146 die Abhängigkeit Baden-Württembergs von der Automobilindustrie reduziert und stattdessen
2147 einen breiten Branchenmix sicherstellt. Gerade Branchen wie die Kreativwirtschaft mit ihren
2148 230.000 Beschäftigten müssen ebenfalls im Fokus der Wirtschaftspolitik stehen. Mit einem
2149 breiten Branchenmix machen wir uns unabhängiger von Krisen in einzelnen Branchen und
2150 sichern dadurch langfristig und nachhaltig die Finanzen Baden-Württembergs ab. Wir wollen
2151 aktiv die Entwicklung aller Branchen hin zu einer sozial- ökologischen Wirtschaftswelt
2152 forcieren, indem sozial- ökologisch ausgerichtete Betriebe in allen Branchen aktiv von der
2153 Landesregierung gefördert werden.

2154

2155 **Die öffentliche Hand stärken durch den Stopp von Privatisierungen und der Unterstützung**
2156 **von Rekommunalisierungen:** Die Landesregierung beendet den Privatisierungsdruck auf die
2157 Städte und Gemeinden. Die Kommunalisierung und Rekommunalisierung von Einrichtungen
2158 der öffentlichen Daseinsvorsorge durch die Kommunen wird durch das Land finanziell und
2159 politisch unterstützt. Auf Landesebene sollen alle Tätigkeiten der öffentlichen
2160 Daseinsvorsorge wieder durch den Staat erfolgen.

2161

2162 **Soziale und ökologische Wirtschaftsförderung:** Alle Maßnahmen der Wirtschaftsförderung
2163 wie Kredit- und Flächenvergabe oder Vergaberecht müssen an sozialen und ökologischen
2164 Zielen ausgerichtet werden. Unternehmen sollen durch den Ausbau von Beratungsstellen
2165 und eine Anpassung der Förderrichtlinien der Landesbank unterstützt werden.

2166

2167 **Solidarische Ökonomie stärken:** Kooperativen, Genossenschaften und anderen
2168 Unternehmen im Teileigentum der Belegschaft sowie Sozialunternehmen sollen strategisch
2169 gefördert werden. Als Maßnahmen schlagen wir vor: Aufbau eigener Förder- und
2170 Finanzierungsinstrumente, bevorzugte Vergabe von Flächen, stärkere Berücksichtigung bei
2171 öffentlichen Vergaben, Aufbau von Beratungsstellen sowie Unterstützung bei
2172 Betriebsübernahmen. Des Weiteren wollen wir eine sozial-ökologische Wirtschaftskammer
2173 einrichten, die regionale Vorzeigeprojekte stärkt und Unternehmensgründungen im Bereich
2174 solidarischer Ökonomie durch Beratung und finanzielle Förderung unterstützt.

2175

2176 **Die Gemeinwohlökonomie fördern:** Die reine Fokussierung von wirtschaftlicher Tätigkeit auf
2177 Profitmaximierung lehnen wir als LINKE ab. Wir wollen stattdessen in Unternehmen stärker
2178 Themen wie demokratische Mitbestimmung, gute Arbeitsplätze oder ökologische

2179 Nachhaltigkeit in den Mittelpunkt stellen. Daher wollen wir über eine finanzielle Förderung
2180 die Einrichtung von Beratungsstellen zur Gemeinwohlbilanzierung von privaten
2181 Unternehmen in den Kommunen vorantreiben sowie Gemeinwohlbilanzen für landeseigene
2182 Betriebe sowie die Verwaltungen erstellen.

2183

2184 **Soziale und ökologische Kriterien im Landesvergaberecht stärker berücksichtigen:** Als LINKE
2185 unterstützen wir alle Maßnahmen bei der Ausschreibung öffentlicher Aufträge durch das
2186 Land Baden-Württemberg soziale und ökologische Kriterien wie z.B. die Verankerung von 13€
2187 Mindestlohn stärker zu berücksichtigen.

2188

2189 **Innovationen den Weg bereiten:** Wir brauchen eine aktive Förderung von Innovationen
2190 durch die Politik: ein landesweiter Innovationsrat aus Vertreterinnen und Vertretern der
2191 Wirtschaft, der Gewerkschaften und der Zivilgesellschaft soll eine Strategie für den
2192 Industriestandort Baden-Württemberg sichern. Regionale Innovationsagenturen und
2193 Beratungsstellen sollen den Austausch zwischen Unternehmen fördern und die Wissenschaft
2194 einbeziehen. Über ein Innovationsnetzwerk kann eine gemeinsame Grundlagenforschung im
2195 Sinne eines „Open Innovation“ Ansatz von kleinen und mittleren Unternehmen erfolgen,
2196 deren Ergebnisse allen Beteiligten zur Verfügung steht. Finanzmittel sollen auf Innovations-
2197 und Forschungsnetzwerke fokussiert werden statt einzelne Betriebe zu fördern.

2198

2199 **Hohe Investitionen auch in der Corona-Krise sicherstellen:** Baden-Württemberg hat
2200 deutschlandweit eine der höchsten Investitionsquoten von Unternehmen. Dies wollen wir
2201 als LINKE beibehalten durch eine Sicherstellung der existierenden Förderprogramme zur
2202 Unterstützung von Investitionen von Unternehmen. Wir wollen vermeiden, dass die
2203 schwierige Wirtschaftssituation durch die Corona-Pandemie zu einem drastischen Rückgang
2204 notwendiger Investitionen in wichtigen Branchen führt. Dabei ist für uns als LINKE wichtig,
2205 dass existierende Programme stärker anhand sozialer und ökologischer Kriterien ausgerichtet
2206 werden.

2207

2208 **Existenzgründung erleichtern:** Existenzgründungszentren und Beratungsstellen für die
2209 Gründung von Start-Ups sollen landesweit ausgebaut werden. Ein öffentlicher
2210 Wagniskapitalfond fördert innovative Start-Ups und sorgt für Unternehmensanteile, die
2211 soziale Kriterien sicherstellen.

2212

2213 **Nachhaltige und regionale Wirtschaftskreisläufe stärken:** Regionale Wirtschaftskreisläufe
2214 sorgen dafür, dass Arbeitsplätze vor Ort bleiben und kurze Transportwege weniger
2215 ökologischen Schaden verursachen. Dafür wollen wir Möglichkeiten des Vergaberechts
2216 nutzen als entsprechende Wirtschaftsförderung betreiben z.B. beim Aufbau regionaler
2217 Produktions- und Konsumgenossenschaften, wie im Lebensmittelbereich. Dazu gehört auch
2218 der Ausbau von Sharing-Angeboten oder Reparaturwerkstätten, um Konsum zu verringern.

2219

2220 **Gute Arbeit und soziale Sicherheit in der Plattformökonomie schaffen:** Unternehmen wie
2221 Lieferando, Uber und Clickworker vermitteln über das Internet Dienstleistungen. Dabei
2222 werden die Beschäftigten, oft schlecht bezahlte Solo-Selbständige, digital koordiniert und
2223 kontrolliert. Das Geschäftsmodell der Plattformen beruht im Wesentlichen auf der
2224 Ausbeutung der Beschäftigten. Diese Firmen sind einzuhegen, indem wir gemeinnützige
2225 alternative Plattformen fördern. Lohndumping und soziale Entsicherung müssen wir
2226 verhindern. Auf Bundesebene wollen wir daher die Arbeits- und Sozialgesetze
2227 modernisieren, damit auch Plattformarbeit Gute Arbeit ist.

2228

2229 **Lokalen Einzelhandel & Gastronomie fördern – aber sozial!** Der lokale Einzelhandel sichert
2230 viele Arbeitsplätze vor Ort und trägt zu attraktiven Kommunen bei. Wir wollen diesen
2231 unterstützen, vor allem gegen große Konzerne. Dazu gehört unter anderem, dass wir
2232 gesetzliche Möglichkeiten zur Flächenvergabe dafür nutzen und bezahlbare
2233 Gewerberäumlichkeiten sichern für Unternehmen mit hohen Sozial-Standards und sie bei der
2234 Digitalisierung unterstützen. Wir lehnen jedoch Maßnahmen wie verkaufsoffene Sonntage
2235 auf dem Rücken der Beschäftigten ab. Das Sonntagsverkaufsverbot muss erhalten bleiben
2236 und konsequent durchgesetzt werden.

2237
2238 **Wichtige Industriebereiche vor Übernahmen aus dem Ausland zulasten der Beschäftigten**
2239 **schützen.** Erfolgreiche Unternehmen aus Baden-Württemberg sind begehrte Investitionsziele
2240 im internationalen Kapitalmarkt. Wenn ein Aufkaufen kritischer Infrastruktur, das Abfließen
2241 von wichtigem Knowhow oder der Abbau von Arbeitsplätzen droht, muss die
2242 Landesregierung alle ihr zur Verfügung stehenden Instrumente nutzen.

2243
2244 **Nachhaltigen Tourismus stärken:** Wir wollen Baden-Württemberg als nachhaltigen
2245 Tourismus-Standort entwickeln. Er ist ein besonderer Wirtschaftsfaktor vor allem für
2246 Regionen im ländlichen Raum. Er soll mit den Menschen vor Ort gestaltet und negative
2247 Effekte wie Zweckentfremdung von Wohnraum verhindert werden.

2248
2249 **Ausbau der Gewerbeaufsicht um mindestens 500 Stellen,** damit Arbeits- und
2250 Verbraucherschutz durchgesetzt werden. Spätestens seit dem Bekanntwerden der
2251 skandalösen Arbeitsbedingungen in der Tierindustrie in Baden-Württemberg ist bekannt,
2252 dass die Gewerbeaufsicht völlig versagt hat.

2253

2254 **Kapitel 9: Solide und Solidarische Finanzen für unsere** 2255 **Lebensqualität.**

2256
2257 Eine gute Finanzpolitik ist die Grundlage für ein soziales und ökologisches Baden-
2258 Württemberg. Denn nur wenn der Staat genügend Einnahmen hat, kann er in die Zukunft
2259 investieren und einen starken Sozialstaat ermöglichen. Seit Jahren werden jedoch
2260 notwendige Investitionen in die soziale Infrastruktur zurückgehalten. Dies ist Folge einer
2261 falschen Agenda, die nur die kurzfristige Ausgeglichenheit des Haushalts und Vermeidung
2262 jeglicher Aufnahme von Krediten – Stichwort „Schwarze Null“ – im Auge behält, dabei aber
2263 die langfristig katastrophalen Folgen bewusst ignoriert: Fehlender sozialer Wohnungsbau,
2264 sanierungsbedürftige Schulen, fehlende Investitionen in den öffentlichen Nahverkehr, das
2265 Kaputtsparen des Gesundheitssystems. Die seit Jahren angehäuften Investitionslücken und
2266 auf Profit getrimmte Privatisierungen öffentlicher Dienstleistungen haben sich als Irrweg
2267 erwiesen, deren Lasten der nächsten Generation aufgebürdet werden.

2268
2269 Auch trifft es die Bundesländer und in Folge die Kommunen besonders stark, dass der Bund
2270 nicht genügend finanzielle Mittel bereitstellt. Öffentliche Investitionen werden zu drei Viertel
2271 über die Kommunen getätigt. Die Kommunen sind gerade in der aktuellen Krise die
2272 entscheidende Konjunkturlokomotive. Für eine gleichwertige Lebensqualität im ganzen
2273 Ländle kommt einer ausreichenden Finanzierung der Kommunen daher entscheidende
2274 Bedeutung zu. Zusätzlich sorgt die neu in der Landesverfassung verankerte Schuldenbremse
2275 dafür, dass der Handlungsspielraum von Land und Kommunen weiter verengt wird. Aufgrund
2276 der Corona-Krise sind sowohl Land als auch Kommunen unter weiter steigenden finanziellen
2277 Druck geraten. Die Rückzahlung der verschiedenen Konjunkturpakete und anderer sozialen

2278 Ausgaben darf nicht auf dem Rücken der Bevölkerung stattfinden, die die Krise ohnehin
2279 schon stark getroffen hat. Daher setzen wir uns als LINKE bundesweit für eine einmalige
2280 Vermögensabgabe für Superreiche ein, um diese historische Last angemessen zu bürden.

2281

2282 Es braucht eine finanzpolitische Wende. Wir als LINKE wollen ein Baden-Württemberg
2283 verwirklichen, dass sowohl im Land als auch in den Kommunen genug finanzielle Einnahmen
2284 hat, um in die Zukunft zu investieren und eine soziale und ökologische Perspektive zu
2285 schaffen. Und wir diese Einnahmen durch ein gerechtes und solidarisches Steuersystem
2286 realisieren, welches diejenigen stärker belastet, die viel haben. Gerade Superreiche und
2287 Konzerne haben in den letzten Jahren einen massiven Vermögenszuwachs erlebt. Daher
2288 braucht es nicht nur eine starke LINKE im Bundestag, sondern auch im Landtag.

2289

2290 **DIE LINKE tritt ein für:**

2291

2292 **Auflage eines umfassenden Investitionspakets** für das Land Baden-Württemberg, um den
2293 Investitionsstau zu beheben und eine leistungsfähige Infrastruktur zu ermöglichen. Die Krise
2294 muss als Chance genutzt werden, um den sozial-ökologischen Umbau unserer Gesellschaft zu
2295 beginnen.

2296

2297 **Priorisierung und Prüfung der Investitionen auf ihre ökologische Wirksamkeit.** Wir müssen
2298 Investitionen umwidmen und statt den Autoverkehr stärker ökologische Mobilitätsformen
2299 fördern und ein ganzheitliches Mobilitätskonzept erstellen. Genauso muss der
2300 Investitionsstau im Schienenverkehr beendet werden. Wir unterstützen daher z.B. die
2301 Forderung des VCD von zusätzlichen 100 Mio. € jährlichen Ausgaben bis 2030 für den Ausbau
2302 des Schienenverkehrs.

2303

2304 **Ein gesondertes Investitionspaket in den ländlichen Raum**, um entsprechende gleichwertige
2305 Lebensverhältnisse zu schaffen. Vor allem Investitionen in die Schieneninfrastruktur und die
2306 Breitbandversorgung sind vorrangig zu tätigen.

2307

2308 **Vollständiger Ausgleich aller fehlenden Einnahmen** und der gestiegenen Ausgaben der
2309 Kommunen. Die Kommunen, die kommunalen Eigenbetriebe und soziale und kulturelle
2310 Institutionen leiden unter starken Mindereinnahmen. Die Corona-Krise darf nicht zum Abbau
2311 des sozialen Netzes oder Verschleppung wichtiger Investitionen führen. Den Kommunen
2312 muss ermöglicht werden, dass Corona-bedingte Effekte im Haushalt isoliert werden und
2313 keine Haushaltssperren verhängt werden.

2314

2315 **Das Instrument der Haushaltssperren abschaffen** für die Kommunen. Bei Verhängung einer
2316 Haushaltssperre durch die übergeordnete Rechtsaufsichtsbehörde (Regierungspräsidium)
2317 kann das kommunale Gremium vor Ort nicht mehr selbst entscheiden, wofür sie dieses Geld
2318 ausgeben möchte. Dies führt lediglich zum Sozialabbau in den Kommunen und zu einer
2319 Entdemokratisierung aufgrund fehlender Handlungsmöglichkeit demokratischer gewählter
2320 Gremien. Insbesondere angesichts der massiven Folgen der Corona-Krise auf die
2321 kommunalen Einnahmen und Ausgaben ist es erforderlich, dass die erfolgten
2322 Haushaltssperren aufgehoben werden. DIE LINKE fordert einen Schuldenschnitt für
2323 überschuldete Kommunen und fordert die Übernahme von finanziellen Verbindlichkeiten.

2324

2325 **Schuldenbremse in der Landesverfassung abschaffen.** Sie würgt wichtige Investitionen in die
2326 Zukunft ab und ist kein Grundstein für eine nachhaltige Finanzpolitik. Ohne die Realisierung
2327 notwendiger Ausgaben in die Infrastruktur kann Baden-Württemberg nicht die
2328 Klimaschutzziele erreichen, genauso wenig wie ein gutes soziales Netz sicherstellen.

2329

2330 **Grunderwerbssteuer kurzfristig von 5% auf 6,5% erhöhen** nach dem Vorbild anderer
2331 Bundesländer. Danach wollen wir eine Reform ansteuern, in dem wir gestaffelte Steuersätze
2332 einführen, die die Wirtschaftskraft der Erwerber stärker berücksichtigen.

2333

2334 **Eine soziale Reform der Grundsteuer:** Wir lehnen als LINKE ab, dass die Besitzer eines
2335 kleinen renovierungsbedürftigen Häuschens genauso viel Grundsteuer bezahlen wie die
2336 Besitzer einer luxuriösen Villa auf einem Grundstück gleicher Größe. Damit werden die alten
2337 Ungerechtigkeiten nur durch neue größere Ungerechtigkeiten ersetzt. Wir wollen, dass der
2338 Wert des Gebäudes Bestandteil der Kalkulation der Grundsteuer wird.

2339

2340 **Ausbau der Gewerbesteuer zu einer Gemeindefinanzierungssteuer,** mit der alle Betriebe und
2341 besserverdienende Selbstständige, zum Beispiel Notare und Architekten, einen
2342 verantwortungsvollen Beitrag zur Finanzierung der kommunalen Infrastruktur leisten, denn
2343 sie alle profitieren von der kommunalen Infrastruktur.

2344

2345 **Steuerhinterziehung bekämpfen** durch eine deutliche Erhöhung der Anzahl an
2346 Betriebsprüfern. Schätzungen zufolge gehen in Deutschland 125 Milliarden Euro
2347 Steuereinnahmen verloren, besonders viel davon in Baden-Württemberg.

2348

2349 **Neuordnung des kommunalen Finanzausgleichs:** Wir brauchen eine höhere
2350 Grundfinanzierung der Kommunen, damit diese durch einen größeren Anteil der
2351 Gemeinschaftssteuern selbstständig Politik gestalten können. Gerade Kommunen im
2352 ländlichen Raum können nur wenige zusätzliche Einnahmen erzielen. Der kommunale
2353 Finanzausgleich sowie die Aufteilung der Gemeinschaftssteuern müssen dafür sorgen, dass
2354 besonders strukturschwache Regionen stärker als bisher unterstützt werden und damit
2355 landesweit gleichwertige Lebensverhältnisse geschaffen werden.

2356

2357 **Das Konnexitätsprinzip muss jederzeit eingehalten werden:** Das Prinzip „Wer eine Aufgabe
2358 bestellt, bezahlt sie“ muss gelten. Wenn über gesetzliche Regelungen Bund und Land den
2359 Kommunen neue Aufgaben zuweisen, dann müssen sie auch diese vollständig
2360 ausfinanzieren. Es darf keine Aufgabenzuweisung an die Kommunen ohne Sicherstellung der
2361 Finanzierung von Bund und Land erfolgen.

2362

2363 **Zusätzliche Einnahmequellen auf Landesebene schaffen:** Wir wollen beispielsweise als
2364 LINKE über ein Landesgesetz ermöglichen, dass die Kommunen eine Nahverkehrsabgabe
2365 erheben können bei Unternehmen und in sozial gestaffelter Form auch bei
2366 Einwohner*innen. Damit können wir die Mobilitätswende in den Kommunen finanziell
2367 ermöglichen, um den motorisierten Individualverkehr einzudämmen. Und durch die Leistung
2368 eines solidarischen Beitrags durch jede*n Bürger*in, sinken die Preise für jede* einzelne*n
2369 Nutzer*in und ein ticketfreier ÖPNV kann realisiert werden. Arbeitgeber sollen eine
2370 kommunale Pendlerabgabe zahlen, wenn sie ihren Beschäftigten kein Jobticket anbieten.

2371

2372 **Eine Bundesratsinitiative zur Wiedereinführung der Vermögenssteuer** in Deutschland.
2373 Millionäre müssen ihren notwendigen Beitrag zur Finanzierung des Gemeinwesens leisten.
2374 Deshalb unterstützt DIE LINKE die Forderung von Ver.di nach einer einmaligen
2375 Vermögensabgabe und einer dauerhaften Vermögenssteuer, um zu verhindern, dass die
2376 Krisenkosten auf die Schwächsten abgeladen werden. Ebenso wollen wir einen höheren
2377 Spitzensteuersatz und eine Reform der Erbschaftsteuer mit dem Ziel einer höheren
2378 Besteuerung großer Erbschaften. Diese Steuern würden direkt den Ländern zu Gute kommen
2379 und die Einnahmesituation stark verbessern.

2380

2381 **Kapitel 10: Konsequenz für Frieden und Abrüstung**

2382

2383 DIE LINKE will Krieg und Militarisation überwinden und lehnt konsequent Einsätze der
2384 Bundeswehr im Innern und im Ausland. Wir verurteilen, dass die Landesregierung immer
2385 wieder das Militär mit polizeilichen, logistischen und sonstigen Aufgaben anfordert. Unsere
2386 Geschichte hat gezeigt wie gefährlich eine solche Vermengung ist. DIE LINKE setzt für die
2387 konsequente Trennung von polizeilichen, militärischen und geheimdienstlichen Aufgaben.
2388 Die Bundeswehr darf nicht für polizeiliche Aufgaben im Inneren eingesetzt werden.
2389 Sich stetig zuspitzende internationale Konflikte unter Waffeneinsatz, in die Baden-
2390 Württemberg als Militär-, Rüstungsforschungs- und Produktionsstandort eingebunden ist,
2391 haben aufgezeigt, dass Gewalt kein Mittel zur politischen Konfliktlösung ist. Im Gegensatz zur
2392 Politik der Landesregierung steht die Linke für eine konsequente Friedens- und
2393 Abrüstungspolitik.

2394

2395 **Zivil-Militärische Zusammenarbeit (ZMZ) beenden**

2396 Ein wesentlicher Baustein dafür ist die so genannte Zivil-Militärische Zusammenarbeit (ZMZ).
2397 Seit Januar 2007 baut die Bundeswehr flächendeckend Kommandos von Reservisten auf –
2398 allein vier Bezirksverbindungskommandos und 44 Kreisverbindungskommandos in Baden-
2399 Württemberg. Dazu kommen seit wenigen Jahren die sogenannten „Reserve und
2400 Unterstützungskräfte“ (RSUKr) in Bruchsal, Walldürn und Stetten am kalten Markt (bis 2016
2401 noch Immendingen), die als größere Einheiten explizit für den Einsatz im Inneren aufgestellt
2402 werden. Sie sind zuständig für die ZMZ auf der Ebene von Regierungsbezirken,
2403 beziehungsweise Kreisen und kreisfreien Städten. Vorgeblich geht es dabei um die
2404 Unterstützung von zivilen Behörden beim Katastrophenschutz. Tatsächlich werden der zivile
2405 Katastrophenschutz und der militärische Zivilschutz, der für den Kriegsfall gedacht war, auf
2406 diese Weise zusammengelegt.

2407

2408 Konkret heißt das: Das Militär wurde durch die Umstrukturierungen der letzten Jahre
2409 dauerhaft in die Katastrophenschutzstäbe der örtlichen und regionalen zivilen Verwaltungen
2410 eingebunden. Damit droht die bisherige verfassungsrechtliche Ausnahme zum
2411 Normalzustand zu werden. Die Militärkommandos üben beständig mit zivilen Stellen,
2412 sammeln Kenntnisse und Informationen, haben Verbindungsbüros in Rathäusern und
2413 Landratsämtern. Offiziere bekommen maßgeblichen Einfluss auf Katastrophenschutzpläne
2414 und bestimmen mit, was Gefährdungen sind. Die Bundesregierung behält sich den Einsatz
2415 gegen Streikende und Demonstrierende ausdrücklich vor. DIE LINKE Baden-Württemberg
2416 lehnt eine derartige Zivil-Militärische Zusammenarbeit entschieden ab.

2417

2418 **Zivilen Katastrophenschutz ausbauen**

2419 Um eine strikte Trennung von militärischen und zivilen Strukturen im Katastrophenschutz
2420 herzustellen muss der zivile Katastrophenschutz ausgebaut werden. Er darf nicht weiter
2421 kaputtgespart und in seine Handlungsfähigkeit gefährdet werden: Länder und Kommunen
2422 dürfen nicht auf Kosten des zivilen Katastrophenschutzes wie dem Rettungswesen sparen, in
2423 der Hoffnung, dass die Bundeswehr diese Infrastruktur künftig übernimmt. Wir werden alles
2424 dafür tun, dass in Krisen- und Katastrophenfällen zivile und demokratische Einrichtungen über
2425 Prioritäten bei Hilfsleistungen entscheiden und nicht das Militär.

2426

2427 **Rüstungskonversion**

2428 Baden-Württemberg muss ein Land werden, in dem nicht für den Krieg, sondern für den
2429 Frieden produziert, geforscht und entwickelt wird. „Gute Arbeit“ bedeutet für uns auch, dass
2430 Belegschaften nicht länger für Tod und Zerstörung produzieren müssen, sondern dass sie in

2431 den Prozess der Konversion ihrer Unternehmen in zivile Produktion einbezogen werden. Wir
2432 fordern, dass die Landesregierung diese Konversionen unterstützt und mit dazu beiträgt, dass
2433 in Baden-Württemberg keine kriegsrelevanten Güter mehr hergestellt werden. DIE LINKE ist
2434 für eine volkswirtschaftliche Unterstützung für Firmen die dem Label Ziviler Betrieb
2435 beitreten: keine Subventionen und Fördergelder an Firmen und Konzerne in Baden-
2436 Württemberg, die an Rüstungsforschung und Herstellung von Rüstungsgütern und
2437 Kampfstoffen beteiligt sind. Für Unternehmen in der Rüstungsindustrie sollen keine Corona-
2438 Kredite fließen. Stattdessen fordern wir die Unterstützung der Konversion in zivile
2439 Produktion.

2440

2441 **Atomwaffenfreies Baden-Württemberg**

2442 Wir fordern die Landesregierung auf, den ICAN-Appell (atomwaffenfreies Baden-
2443 Württemberg) zu unterzeichnen wie in Bremen, Berlin, Hamburg und Rheinland-Pfalz bereits
2444 geschehen.

2445

2446 **Kriegsrelevante Infrastruktur in Baden-Württemberg schließen**

2447 Wir fordern die sofortige Schließung aller kriegsrelevanten Bundeswehr-Liegenschaften
2448 (beispielsweise Calw, Ulm, KSK, JSEC) und auch aller ausländischen Militärstützpunkte in
2449 Baden-Württemberg, insbesondere die militärischen US-
2450 amerikanischen Kommandozentralen EUCOM und AFRICOM in Stuttgart. Damit friedens- und
2451 sozialpolitische Ziele nicht gegeneinander ausgespielt werden müssen Regionen, die von den
2452 Schließungen betroffen sind mit umfassenden finanziellen und infrastrukturellen
2453 Maßnahmen unterstützt werden.

2454

2455 **Bundeswehr raus aus den Schulen – Bildung ist Friedenserziehung**

2456 DIE LINKE Baden-Württemberg spricht sich eindeutig gegen die Anwerbeversuche der
2457 Bundeswehr in Schulen, Hochschulen, Ausbildungsmessen und Arbeitsagenturen aus. Sie
2458 lehnt die Versuche entschieden ab, über Jugendoffiziere und aktive Reservist*innen auf die
2459 Lehrinhalte an Schulen und Hochschulen Einfluss zu nehmen. Momentan sind Offiziere
2460 regelmäßige Gäste in Berufsorientierungswochen an Schulen. In den Job-Centern warten sie
2461 auf Hartz-IV Empfängerinnen und -Empfänger unter 25 Jahren. Die Bundeswehr nutzt an
2462 dieser Stelle die Perspektivlosigkeit, die Zukunftsangst und die Armut vieler junger Menschen
2463 für ihre Rekrutierungspolitik aus. Wir fordern auch, dass die UN-Kinderrechtskonvention
2464 eingehalten wird, die eine Werbung von unter 18-jährigen verbietet. Damit wären
2465 Werbestände der Bundeswehr an Schulen und Bildungsmessen ausgeschlossen, an denen
2466 Schüler*innen unter 18 Jahren ohne Begleitung ihrer Erziehungsberechtigten teilnehmen.
2467 Wir fordern die sofortige Kündigung der Kooperationsvereinbarung zwischen Bundeswehr
2468 und Kultusministeriums. Stattdessen wollen wir die Friedensbildung stärken und Angebote
2469 wie die Servicestelle Friedensbildung ausbauen.

2470

2471 **Friedenspolitik und ein solidarisches weltoffenes Baden-Württemberg gemeinsam 2472 gestalten**

2473 Wir wollen landesweite und lokale Friedensinitiativen als Kooperationspartner*innen der
2474 Landesregierung mit beratender Funktion bei Fragen der Entmilitarisierung, der Konversion
2475 und des Schutzes der Bevölkerung vor Lärm-, Luft- und Bodenverschmutzung durch
2476 militärische Übungseinsätze fördern und anerkennen. Unser Ziel ist die Verstärkung der
2477 Friedenserziehung in den Schulen, der Auf- und Ausbau der kritischen
2478 Friedenswissenschaften an den Hochschulen, die Ausbildung von Fachkräften für den zivilen
2479 Friedensdienst, freiwillige Friedensdienste für Jugendliche und Erwachsene sowie der
2480 Ausbau internationaler Begegnungen und Städtepartnerschaften. Eine nachhaltige

2481 friedenspolitische Entwicklung in Baden-Württemberg muss gemeinsam mit Beschäftigten,
2482 Kommunen und friedenspolitischen Initiativen gestaltet werden.